

Editorial

von Karlheinz Weißmann

Der Vorstoß der Familienministerin von der Leyen zur Ausweitung der staatlichen Kinderbetreuung hat eine Debatte ausgelöst, die Interesse beanspruchen darf, weil es nicht nur um Erziehungs- oder Finanzierungs-, sondern um grundsätzliche Fragen geht.

Aufschlußreich ist zum ersten die Widerstandslosigkeit, mit der die Union neuerlich Positionen akzeptiert, die sie gestern oder vorgestern noch vehement bekämpft hatte (und als Opposition weiter bekämpfen würde). Die Proteste gegen den neuen Kurs stammen von den Hinterbänken, nicht einmal die CSU ist willens, das Elternrecht und das traditionelle Familienbild zu verteidigen, Bischof Mixa in seiner Polemik gegen die „Krippen“ beizuspringen oder wenigstens darauf hinzuweisen, daß man im Modellstaat Schweden neuerdings Eltern dafür bezahlt, wenn sie zwecks Erziehung ihrer Kinder zu Hause bleiben. Man beeilt sich, Solidarität mit der Frau Minister zu üben.

Aufschlußreich ist deshalb zum zweiten, daß die als „pragmatisch“ bezeichnete Linie immer deutlicher zum einzigen Merkmal der Unionspolitik wird. Die „moderne Großstadtpartei“ findet unter Merkel zu sich selbst, darf des Beifalls aus dem *juste milieu* ganz sicher sein, hört mit Wohlgefallen, daß sie die Lektionen seit „68“ aufgeholt habe und räumt guten Gewissens Stellungen, die sie im Grunde längst als verloren betrachtete. Soweit man überhaupt eine Rechtfertigung als notwendig erachtet, genügt der Hinweis, daß sich die Welt nun einmal gewandelt habe, daß man das nicht begrüßen müsse, es aber doch keinen Sinn habe, an den Realitäten vorbeizusehen.

Der Verweis auf die Wirklichkeit hat für das bürgerliche Lager und gerade die Konservativen immer starke Überzeugungskraft besessen. Wenn es noch so etwas wie einen Kern des politischen Selbstbewußtseins gibt, dann den, die Tatsachen nüchterner zu beurteilen als der Gegner. Allerdings dient solche „Realpolitik“ zu oft – und so auch hier – der Bemäntelung des Sichabfindens und des Opportunismus, schlimmstenfalls des Verrats, manchmal auch der Tarnung einer Geschichtsphilosophie minderen Ranges, die lehrt, daß sich im ewigen Wandel zuletzt das Vernünftige durchsetze.

Dem ist nicht nur entgegenzuhalten, daß dafür keine Garantie besteht, sondern auch, daß so das Wesen alles Politischen als Folge von Entscheidungen verkannt wird. Jede Berufung auf Sachzwänge, objektive gesellschaftliche Entwicklungen, den Konsens oder die Unabdingbarkeit des Kompromisses verschleiert nur, daß es im Kern um Entscheidungen geht, die von Menschen getroffen oder nicht getroffen werden, um bestimmte Ziele zu erreichen und andere zu vermeiden. Wer also gesetzgeberische Maßnahmen ergreift und finanzielle Mittel bereitstellt, um die staatliche Verwahrung von Kindern auszubauen, die Berufstätigkeit von Frauen zu fördern und die Stellung des „Alphatierchens“ zu schwächen, der entscheidet gegen die Familie, gegen deren organischen Aufbau, gegen Erziehung im eigentlichen Sinn und für die Ausweitung der Durchgriffsmöglichkeiten auf die Heranwachsenden.

Darüber muß von denen, die diese Entwicklung vorantreiben, natürlich niemand belehrt werden. Sie wissen sehr wohl, daß sie nicht einfach die Anpassung an die Wirklichkeit vollziehen, sondern aktiv Anteil nehmen an einem pädagogischen Projekt zur Umerziehung der Gesellschaft, die Vorstellungen angepaßt werden soll, die alles mögliche, aber weder bürgerlich noch konservativ sind.

Autorenportrait Lenore Kühn

von Detlef Kühn

Das hervorstechendste Merkmal Lenore Kühns (1878–1955) war wohl ihre Vielseitigkeit: In ihrer Jugend war sie eine begabte Pianistin. Später stellte sie ihr musikalisches Talent auch als Komponistin unter Beweis. Nach dem Abitur begann sie 1903 in Erlangen als eine der ersten Studentinnen dort das Studium der Philosophie, das sie in Freiburg fortsetzte und 1908 mit der Promotion abschloß. Ihr philosophisches Lebenswerk, die zweibändige *Autonomie der Werte*, hätte nach heutigen Maßstäben schon vom Volumen her zur Habilitation gereicht. In ihrem Brotberuf, dem Journalismus, den sie zeitlebens ausübte, widmete sie sich unter anderem kulturellen und Reisetemen, meist im Mittelmeerraum. Nach dem Ersten Weltkrieg verschrieb sie sich für einige Jahre der Politik. Als Mitarbeiterin und Schriftleiterin des Reichsfrauenausschusses der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) bemühte sie sich nach Einführung des Wahlrechts für Frauen um deren Stimmen für diese nationale, konservative und monarchistische Partei. Vor dem Hintergrund ihrer Erfahrungen in zwei gescheiterten Ehen entwickelte sich ihr Interesse an der gesellschaftlichen und rechtlichen Gleichstellung von Mann und Frau, dem sie sich in der Zeit der Weimarer Republik mit vollem Einsatz als Rednerin, Publizistin und Vorstandsmitglied im Bund deutscher Frauenvereine widmete. Dabei war sie kein Blaustrumpf. Im Gegenteil – ihr theoretisches und praktisches Interesse an Fragen der Sexualität mündete in ihre erfolgreichste Buchpublikation, die mehrere Auflagen und Übersetzungen ins Holländische und Japanische erlebte, wenn auch ihr Pseudonym zu Lebzeiten nicht aufgedeckt werden durfte: *Diotima – Die Schule der Liebe* war das erste Aufklärungsbuch aus der Sicht der Frau. Schließlich beschäftigte sich Le-

nore Kühn auch mit religionsphilosophischen Fragen, unternahm Ausflüge in die Soziologie, Archäologie und Anthropologie und versuchte sich am Ende ihres Lebens sogar an Problemen der Quantenphysik. Daß diese Vielseitigkeit die Gefahr der Zersplitterung einschloß, darf im Zeitalter der Spezialisten nicht verschwiegen werden. Dennoch weisen zahlreiche Bücher, Aufsätze und ihre Lyrik Lenore Kühn als Schriftstellerin und vor allem Frauenrechtlerin aus, die noch heute Interesse beanspruchen kann, zumal sie dem Umfeld der „Konservativen Revolution“ zuzuordnen ist.

Lenore Kühn wurde in Riga geboren. Sie stammt aus dem baltischen Deutschtum und hier aus dem Literatenstand, also der Schicht von Akademikern, die im Russischen Reich zwar nur selten direkten politischen Einfluß ausüben konnte, aber vor allem durch die evangelischen Pfarrer prägend auf die lettische und estnische Bevölkerung einwirkte. Zu ihren Vorfahren zählten mit der Patrizierfamilie Schwartz auch die Großkaufleute, die durch Selbstverwaltung die großen Städte regierten. Lenore Kühn war sich dieser elitären Herkunft bewußt. Ihre Kindheit überschatteten die Folgen der Russifizierungspolitik in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts, die die führende Rolle der deutschen Sprache und Bildung in den Schulen, in der Universität Dorpat (jetzt Tartu) und in der Verwaltung zugunsten des Russischen aufheben sollte, obwohl es in diesen früher auch offiziell so genannten „Deutschen Provinzen“ des Russischen Reiches nur wenige Russen gab. Lenores dezidiertes Nationalgefühl, das in früheren Generationen unter den baltischen Deutschen durchaus nicht selbstverständlich war, hatte seine Ursache in diesen Erfahrungen ihrer Jugend. Im Ersten Weltkrieg schon in Deutschland lebend, gehörte sie wie ihr Bruder Alfred Kühn, der als Journalist in Riga geblieben war, zu den Vertretern des baltischen Deutschtums, die für einen Anschluß des Baltikums an das Deutsche Reich eintraten. Die Erfahrungen der Familie mit dem bolschewistischen Terror im Baltikum im Jahre 1919 bestärkten noch zusätzlich ihre antikommunistische Einstellung.

Lenore Kühns Mutter Elly geborene Guleke hatte nicht nur einen starken Charakter, sondern war auch eine hervorragend ausgebildete Pianistin, die unter anderem bei Hans von Bülow in Frankfurt am Main studiert hatte. Sie war wegen eines gesundheitlichen Zusammenbruchs ihres Mannes faktisch die Ernährerin der Familie und wußte daher den Wert einer beruflichen Ausbildung auch für ihre Töchter zu schätzen. Dafür kam normalerweise nur die Gouvernanten-Ausbildung in Betracht oder – wie im Falle Lenores, deren musikalische Begabung die Mutter erkannte – ebenfalls die pianistische Karriere, die notfalls von einer Tätigkeit als Klavierlehrerin gestützt werden konnte. So studierte Lenore nach der Ausbildung durch die Mutter ab 1896 erst in Berlin an der Königlichen Hochschule für Musik und dann am Konservatorium in Paris bei dem damals schon berühmten, wesentlich älteren französischen Pianisten Raoul Pugno. Der verheiratete Künstler wurde ihre große Liebe. Er hat sie protegiert, ihr zum Beispiel Aufnahmen für das automatische Welteke-Klavier „Mignon“ ebenso ermöglicht wie ein Solo-Konzert in Paris im bekannten Konzertsaal Pleyel noch im Jahre 1906, als sie bereits in Freiburg bei dem Neo-Kantianer Heinrich Rickert Philosophie studierte und an ihrer Dissertation arbeitete.

Bereits während ihres Paris-Aufenthalts in den 1890er Jahren hatte Lenore Kühn an der Sorbonne philosophische Vorlesungen gehört. Schon vorher war sie auf Friedrich Nietzsche aufmerksam geworden, wahrscheinlich erstmalig durch einen Vortrag des protestantischen Theologen Professor Julius Kaftan in Berlin 1896, als der damals schon berühmte, aber geistesranke Philosoph noch unter der Pflege seiner Schwester Elisabeth Förster-Nietzsche seinem Ende in Weimar entgegendämmerte. Später wurde Friedrich Nietzsche *der* Fixpunkt im philosophischen Denken Lenore Kühns. Seinem Wirken widmete sie zahlreiche Publikationen, die unter anderem vor und während des Weltkriegs in der von ihrem ersten Ehemann Axel Ripke herausgegebenen Zeitschrift *Der Panther* oder später in der von Gertrud Bäumer herausgegebenen Zeitschrift *Die Frau* erschienen.

Durch diese Publikationen wurde Elisabeth Förster-Nietzsche auf die Bewunderin des Werks ihres Bruders aufmerksam. Die persönliche Bekanntschaft der beiden Frauen ist über zwanzig Jahre, von 1915 bis zum Tode Elisabeth Förster-Nietzsches im Jahre 1935, durch eine Fülle

Detlef Kühn: *Lenore Kühn – Eine nationale Mitstreiterin der Frauenbewegung*, in: *Nordost-Archiv* 14 (1981).

Armin Mohler und Karlheinz Weißmann: *Die Konservative Revolution in Deutschland 1918–1932. Ein Handbuch*, Graz 2005.

von Briefen und Postkarten im Nietzsche-Archiv in Weimar belegt. Frau Förster-Nietzsche hat Lenore Kühn, die als Freiberuflerin immer in Geldnöten war, auch materiell unterstützt. Diese revanchierte sich mit Literaturhinweisen und -exzerpten sowie Übersetzungen einschlägiger Aufsätze in ausländischen Zeitschriften. 1927/28 arbeitete Lenore Kühn einige Monate als wissenschaftliche Hilfskraft im Nietzsche-Archiv. Daß das gute Verhältnis zwischen den beiden Frauen noch kurz vor Elisabeth Förster-Nietzsches Tod faktisch zerstört wurde, ist aus den Verhältnissen im Dritten Reich zu erklären. Darauf ist noch zurückzukommen.

Der Einstieg in die politische Tagesarbeit, den Lenore Kühn ursprünglich sicher nicht angestrebt hatte, war eine Folge des von Deutschland verlorenen Krieges. Im Osten wie im Westen wurden Teile des Reichsgebietes von Feindmächten und anderen Nachbarn annektiert. Die praktisch rein deutsche Stadt Danzig wurde von Polen begehrt. In den Abstimmungskampf schaltete sich die Politikerin Käthe Schirmacher ein. Lenore Kühn verließ ihr Domizil in München und unterstützte sie vor Ort nach Kräften. Es nützte zwar alles nichts, denn Danzig wurde trotz eines Votums für Deutschland vom Reich abgetrennt und zu einer Freien Stadt erklärt. Die inzwischen gegründete DNVP hatte aber erkannt, daß sie sich den neuen Herausforderungen stellen mußte. Dazu gehörte auch der Kampf um Wählerinnen, die erstmals bei allgemeinen Wahlen stimmberechtigt waren. Die DNVP und ihre Vorläuferorganisationen hatten sich zwar nie als Vorkämpfer des Frauenwahlrechts profiliert. Jetzt suchte sie aber ihre Chance unter konservativen und vorwiegend evangelischen Frauen und baute den Reichsfrauenausschuß als wichtigen Teil des Parteiapparats aus. Mehrere Frauen, darunter auch Käthe Schirmacher, wurden aussichtsreich für die Weimarer Nationalversammlung und dann den Reichstag aufgestellt. Käthe Schirmacher dürfte auf Lenore Kühn hingewiesen haben, die nach Beendigung ihrer Aufgabe in Danzig im Juli 1919 hauptamtlich in die Dienste der Partei trat.

Neben den üblichen Aufgaben der Mitgliederbetreuung und Korrespondenz mit Interessentinnen übernahm sie hier im Herbst 1919 den Pressedienst *Frauenkorrespondenz für nationale Zeitungen*. 1921 folgte die Schriftleitung der Mitgliederzeitschrift *Die Deutschnationale Frau*. Damit war sie in eine Position gekommen, „ohne eigentlich politische Funktion ... in den kommenden Jahren maßgeblich die Haltung der DNVP in der Frauenpolitik“ (Süchting-Hänger) zu definieren. Neben Kuno Graf Westarp und Walther Graef gehörte sie 1920 zu den Redakteuren des Parteiprogramms. Als berufstätige Frau ohne Kinder stellte sie dabei die Mitarbeit der Frau im öffentlichen Leben und in der Erwerbsarbeit besonders heraus. Ihr Textentwurf „Die deutsche Frau ist als Hüterin der sittlichen und religiösen Grundlagen des Familienlebens wie auch des Volkslebens beim Wiederaufbau unentbehrlich. Ihr steht die gleichberechtigte Mitarbeit am öffentlichen Leben zu. Die Rechte der Frau als verantwortliche Persönlichkeit in der Erziehung des künftigen Geschlechts und im Berufs- und Familienleben sind auszugestalten“ wurde nach intensiver Diskussion mit Westarp um folgenden Satz ergänzt: „Die unersetzlichen Werte, die durch die Arbeit der Hausfrau und Mutter geschaffen werden, sind sozial und wirtschaftlich anzuerkennen.“ Die Historikerin Andrea Süchting-Hänger bezeichnet es zu Recht als bemerkenswert, daß eine Frau an so maßgeblicher Stelle an dem Parteiprogramm der DNVP mitgearbeitet hat, was bisher in einschlägigen Arbeiten einfach übergangen worden sei. Ansonsten, was den Inhalt dieser Programmaussage anbelangt: Was hat sich eigentlich in den letzten hundert Jahren geändert? Dieser Teil der Frauen- und Familienpolitik beschäftigt uns noch heute.

1923 schied Lenore Kühn aus dem Arbeitsverhältnis mit der DNVP aus, wohl um ihre Unabhängigkeit zu retten und den unvermeidlichen Zwängen der Parteiarbeit zu entgehen. Immerhin war sie in den vergangenen fast fünf Jahren zu einer Autorität in der Frauenpolitik vor konservativem Hintergrund herangewachsen. Das sicherte ihr auch weiterhin als Publizistin Aufmerksamkeit und Einfluß. 1924/25 versuchte sie, zusammen mit Walther Schotte, durch Gründung der Zeitschrift *Frau und Nation* auch die verlegerische Unabhängigkeit zu erreichen. Die Finanzmittel stammten wohl aus der Umgebung des Juni-Klubs beziehungsweise Deutschen Herrenklubs, vielleicht auch vom Verleger Eugen Diederichs in Jena. Die Resonanz der Zeitschrift mit Niveau reichte aber nicht aus,

Andrea Süchting-Hänger: *Das „Gewissen der Nation“*. *Nationales Engagement und politisches Handeln konservativer Frauenorganisationen 1900 bis 1937*. Schriften des Bundesarchivs, Bd 59, Düsseldorf 2002.

um sie dauerhaft zu etablieren. Nach sechs Ausgaben wurde sie eingestellt.

Lenore Kühn bewahrte sich weiterhin ihre eigene Meinung, notfalls auch im Gegensatz zu ihrer Partei. So unterstützte sie die (zustimmende) Resolution deutscher Frauen, die Anfang 1932 der Abrüstungskonferenz in Genf übergeben werden sollte, nachdem die Welt-Petition mit einer Klausel versehen worden war, die die unbedingte Rechtsgleichheit zwischen den bereits abgerüsteten Nationen, also Deutschland, und den übrigen forderte, obwohl deutsch-nationale Medien die Zustimmung selbst mit dieser Klausel kritisiert hatten. Lenore Kühn stellte öffentlich klar: „Die Idee des Weltfriedens sogar verleugnen und die Anstrengung durch die Frauen für eine ‚ungeheuerliche Selbstüberschätzung der Frau‘ zu halten, heißt für mich allerdings den Geist einer ‚mütterlichen Weltkultur‘ verleugnen. ... Daß Wehrhaftigkeit (als Gesinnung) und Friedhaftigkeit (als Grundhaltung) nicht vereinbar sein sollen, scheint mir das Mißverständnis einer völlig ermatteten Weltstimmung und eines überreizten Pessimismus zu sein ...“ Andererseits kritisierte sie die liberale Vorsitzende des Deutschen Staatsbürgerinnen-Verbands, Dorothee von Velsen, 1930 herb, die zum Beispiel den 30.000 Frauen, die 1929 bei der Reichtagswahl allein in Köln NSDAP gewählt hatten, die staatsbürgerliche Gesinnung abgesprochen hatte. Lenore Kühn: „Das zeitweise Hintanstellen von Sonderinteressen [gemeint ist: der Frauen; D.K.] gegenüber dem nationalen Staatsinteresse ist ... kein Zeichen der politischen Unreife, sondern der Reife, und ich möchte zum Beispiel ebenso wenig etwa meine Einstellung zur Deutschnationalen Volkspartei – wo die Frauen anfangs wirklich nicht auf Rosen gebettet waren, bis sie sich durch Arbeit eine geachtete Stellung errangen – einfach als ein feiges oder blödes Unterdrücken unter ‚männliche Machtpolitik‘ (immer noch lieber als unter männliche Ohnmachtpolitik) von solcher einseitigen Betrachterin gewertet wissen, sondern als die klare staatsbürgerliche Überzeugung: seht ihr in der Frauenfrage und mancher anderen Sonderfrage auch anders als ich, so ficht es mich nicht an, da ich wirklich das Wohl der Nation und nicht das ‚Frauenwohl‘ in erster Linie bei euch suche. ... Vielleicht würden aber sogar jene 30.000 Frauen von Köln sich sehr gern auf eine Partei, welche die Belange der Frau weiter und gerechter faßt, gestützt haben, wenn sie nur in jenen Parteien eine ihrer Ansicht nach genügend kraftvolle Behauptung des nationalen Gedankens, nach innen wie nach außen, gesehen hätten ...“



Lenore Kühn, etwa 1920

Dies führt uns zur Frage aller Fragen, zumindest aus heutiger Sicht: Wie hielt es Lenore Kühn mit den Juden? Kein Zweifel: In ihrer Tagespublizistik der zwanziger Jahre finden sich Formulierungen, die heute als eindeutig antisemitisch definiert sind. So sieht sie zwischen Juden und Deutschen eine grundlegende Gefühlsverschiedenheit in bezug auf nationales Ehrgefühl und den nationalen Gedanken. 1923 erklärt sie die Schließung der Grenzen gegen jüdische Einwanderer für eine selbstverständliche Notwehrmaßregel des deutschen Staates gegen drohende Überfremdung von Blut und Kultur des deutschen Volkes. Jüdische Journalisten, die 1926 die Politik der deutschen Regierung kritisierten, nannte sie „Schädlinge im deutschen Volkskörper“ oder „parasitische Quälgeister“. Noch nach dem Kriege beanstandete sie, jüdische Regisseure seien im Kulturbereich völlig überrepräsentiert gewesen. Dennoch kann man Lenore Kühn wohl nicht als rassistisch bezeichnen. Mit assimilierten Juden, die sich als Bestandteil der deutschen (Kultur-) Nation betrachteten, hatte sie überhaupt

Nicht nur die „drei K“
– Plakat der DNVP aus
den zwanziger Jahren



- Auswahlbibliographie:
- Das Buch Eros*, Jena 1920.
- Kant contra Einstein*, Erfurt 1920.
- Wir Frauen*, Friedrich Mann's Pädagogisches Magazin, H. 920, Langensalza 1925.
- Autonomie der Werte*, 2 Bde, Berlin 1926 und 1930.
- Magna Mater*, Jena 1928.
- Sang des Lebens*, Gotha 1928.
- Schöpferisches Leben*, Friedrich Mann's Pädagogisches Magazin, H. 1148, Langensalza 1928.
- Diotima – Die Schule der Liebe*, Jena 1930; zahlreiche Neuauflagen bis 1965.
- Deutschheit und Glaube*, Eisenach 1934.
- Das Individuum im Weltbild Goethes und Nietzsches*, Schildhorst 1948.
- Lob des Blau*, Bremen 1948.
- Asien über Dir. Eine soziologische Kulturstudie zur europäischen und asiatischen Mentalität*, Pähl o. J. [1953].

Erinnerungen an livländisches Landleben, hrsg. und eingeleitet von Detlef Kühn, Lüneburger ostdeutsche Dokumentationen, Bd 2, Lüneburg 1983.

keine Probleme. Dafür stehen drei Namen, deren Träger noch nach 1945 aus dem Exil enge Kontakte zu ihr unterhielten, wie sich aus zahlreichen Zeugnissen in ihrem Nachlaß im Bundesarchiv ergibt. Martha Kassel, eine spätere Berliner Ärztin, die vor 1933 zum (evangelischen) Christentum konvertierte, just als Lenore Kühn aus der Kirche austrat, war eine ihrer ältesten und sozusagen „dicken“ Freundinnen; beide kannten sich seit der gemeinsamen Aufnahme ihrer Studien 1903 in Erlangen. Julius Bab, der bekannte Schriftsteller, Dramaturg und Theaterkritiker, legte großen Wert darauf, mit Lenore Kühn 1948, als er im Rahmen einer Vortragsreise durch das zerstörte

Deutschland nach München kam, zusammenzutreffen. Und schließlich Fritz Wertheimer, Generalsekretär des Deutschen Auslandsinstituts in Stuttgart, der der unschuldige Anlaß dafür wurde, daß das jahrelang gute Verhältnis zwischen Elisabeth Förster-Nietzsche und Lenore Kühn 1934 zerbrach.

Das kam so: Fritz Wertheimer kannte Lenore Kühn ebenfalls seit gemeinsamen Studientagen in Freiburg. Sie blieben auch danach in Verbindung. Als Wertheimer die Leitung des Deutschen Auslandsinstituts übernahm, veröffentlichte Lenore Kühn mehrfach in dessen Zeitschrift *Der Auslandsdeutsche*, 1928 zum Beispiel einen Bericht über „Deutschtumsarbeit in Spanien“. Im Sommer 1933 wurde Wertheimer von den Nationalsozialisten entlassen. In ihrer spontanen Art überlegte Lenore Kühn, wie man ihm und seiner Familie helfen könne. Ihr fiel Elisabeth-Förster-Nietzsche ein, von der sie wußte, daß sie mit dem nunmehrigen Reichsinnenminister Wilhelm Frick seit dessen Zeit als Innen- und Volksbildungsminister in Thüringen ein freundschaftliches Verhältnis unterhielt. In mehreren Briefen versuchte Lenore Kühn die Schwester Nietzsches für das Schicksal Wertheimers zu interessieren, dessen erfolgreiche Arbeit in Stuttgart sie unterstrich. Sie bedrängte Frau Förster, anders kann man es nicht bezeichnen, bei Frick zugunsten von Wertheimer zu intervenieren. Deren unlustige und eigentlich ablehnende Haltung wollte sie nicht zur Kenntnis nehmen, bis Elisabeth Förster-Nietzsche ihr schließlich eine schroffe Absage erteilte, was die Kommunikation zwischen beiden Frauen endgültig beendete.

Lenore Kühn hatte in einer für sie nicht untypischen Naivität das grundsätzliche Element in der Entlassung Wertheimers verkannt. Sie betrachte ihren Studienfreund als einen guten Deutschen. Die ungerechte Behandlung seiner Person empörte sie. Deshalb sprang sie ihm bei. Das war für sie selbstverständlich. Ähnlich verhielt sie sich nach 1945 in einem ganz anders gelagerten Fall von Ungerechtigkeit, als nämlich die Witwe des Feldmarschalls Erich Ludendorff, Dr. Mathilde Ludendorff, in Bayern mit einem langwierigen Entnazifizierungsverfahren überzogen wurde, obwohl das Ehepaar und die von ihm geleitete Bewegung, der „Bund für Gotterkenntnis (L.)“, sich frühzeitig mit Adolf Hitler und dem Nationalsozialismus überworfen hatten. Auch in diesem Fall erhob Lenore Kühn ihre Stimme zugunsten der Unterlegenen.

Trotz ihrer deutschnationalen Einstellung fand Lenore Kühn im Dritten Reich vor allem wegen ihrer kämpferisch-frauenrechtlerischen Haltung kaum noch Publikationsmöglichkeiten.

Nachdem auch die nationale Frauenzeitschrift *Die deutsche Kämpferin* 1937 ihr Erscheinen einstellen mußte, blieb ihr nur noch die Zuarbeit für Artikeldienste wie dem des Korrespondenzverlages Seifert in Berlin, dem sie Reise- und Kultur-Artikel, Gedichte und Buchbesprechungen lie-

ferte. Auch Gertrud Bäumer, die *Die Frau* noch bis 1944 herausbringen konnte, druckte ab und an Beiträge von ihr. Weltanschaulich engagierte sich Lenore Kühn in der „Deutschen Glaubensbewegung“, die 1933 von dem Indologen und Religionshistoriker Jakob Wilhelm Hauer gegründet worden war, aber weder Beifall noch gar Unterstützung der Nationalsozialisten fand. Für diese Organisation veröffentlichte Lenore Kühn-Frobenius, wie sie seit ihrer zweiten Ehe mit dem Maler Hermann Frobenius, einem Bruder des Afrikaforschers Leo Frobenius, hieß, in den dreißiger Jahren drei bessere Flugschriften – ihre einzigen selbständigen Publikationen im Dritten Reich. Eine andere in dieser Zeit entstandene völkerpsychologische Arbeit, *Asien über Dir*, konnte nicht erscheinen, weil zum Beispiel der Verlag Junker und Dünnhaupt die Zensur fürchtete. Dr. Paul Junker schrieb Lenore Kühn 1943: „Sie wissen ja selbst, was die Zensur verbieten würde. Es ist die allzu starke Parallele, die Sie zwischen dem Osten und uns in gewissen weltanschaulichen Erscheinungsformen ziehen.“ Das Werk erschien nach dem Krieg im Verlag der Ludendorff-Bewegung. Auch ein anderes längst fertiges Buch, *Das Individuum im Weltbild Goethes und Nietzsches*, kam erst 1948 aus der Schublade.

Nachdem sich die Erforschung der Geschichte der Frauenbewegung in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts fast völlig auf deren linken Flügel und das liberale Bürgertum (natürlich auch auf die Rolle der Frau im Nationalsozialismus) konzentriert hat, haben einige jüngere Historikerinnen nun auch die deutschnationalen und konservativen Frauen als lohnendes Forschungsobjekt entdeckt. Was bislang noch auf sich warten läßt, ist die genauere Betrachtung speziell der Frauen, die zum Umfeld der „Konservativen Revolution“ gerechnet werden können. Hier wie schon im politischen Bereich hat Lenore Kühn, ebenso wie ihre Mitstreiterinnen Pia Sophie Rogge-Börner, Gerda von Buttlar-Below, Beda Prilipp und andere, einen nicht unerheblichen Einfluß ausgeübt.



Institut für Staatspolitik
Rittergut Schnellroda
06268 Albersroda

Was der Verfassungsschutz verschweigt

Bausteine für einen Alternativen
Verfassungsschutz-Bericht
Herausgegeben von Hans-Helmuth
Knütter und Josef Schußlburner
580 Seiten, broschiert, 15 Euro

Die Herausgeber, ausgewiesene Kenner der Materie, haben es sich zur Aufgabe gemacht, den Verfassungsschutz der BR Deutschland beim Wort zu nehmen: Worüber müßte der Verfassungsschutz eigentlich berichten, wenn es ihm wirklich um den Schutz der Verfassung ginge? Warum verschweigt er die Gefahren, die dem Grundgesetz drohen und macht sich damit selbst zum Instrument der Unterhöhnung grundgesetzlich verbürgter Grundrechte? Mit scharfer Analyse und großer Detailfreude werden diese Fragen beantwortet.

Bestellen unter:
www.staatspolitik.de
Fax/Tel.: (03 46 32) 9 09 42

Bewegung im Überbau

von Karlheinz Weißmann

Vor einiger Zeit hat Frank Schirrmacher die Grenzen des Konsens mit zwei Namen markiert: „Habermas“ und „Stoiber“. Habermas zur Abgrenzung nach links und als Symbol für die Integration der Achtundsechziger, Stoiber zur Abgrenzung nach rechts und als Symbol für das Erbe der Bonner Republik. Dem einen wird das Liebäugeln mit dem Marxismus nachgesehen, dem anderen das Unbehagen an einer „durchrafften“ Bevölkerung, der eine wird anerkannt als Staatsphilosoph eines Gemeinwesens, das eigentlich nur „Gesellschaft“ sein will, der andere als Verkörperung jener Praxis, die den westdeutschen Wiederaufstieg ermöglichte.

So zutreffend Schirrmachers Vorschlag sein mag, er hat doch einen gravierenden Mangel: Habermas und Stoiber sind alt. Nach konventioneller Auffassung gehören sie in den Ruhestand. Ihre Präsenz muß die Angriffslust der Nachdrängenden reizen. Die Attacke auf Habermas im letzten Jahr hatte deshalb nur vordergründig mit verzehrten Meldezetteln oder der dunklen Vergangenheit eines „Produkts der *reeducation*“ (Habermas über Habermas) als Pimpfenführer zu tun, sondern mit der Möglichkeit, einen Mann von diesem Einfluß überhaupt anzugreifen, ohne dabei größeren Schaden zu nehmen. Noch offenkundiger als im Fall von Habermas ist die altersbedingte Demontage Stoibers. Gerade war man dabei, die jämmerliche Vorstellung zu vergessen, die er in Berlin als Aspirant auf einen Ministersessel geboten hatte, da wurde seine Stellung als Landesvater und Parteivorsitzender durch den Vorstoß einer Provinzgröße in Frage gestellt, und zwar so nachhaltig, daß alles nach einem baldigen Ende seiner Laufbahn aussieht.

Vortrag, gehalten am 17. Februar 2007 auf dem 13. Berliner Kolleg des Instituts für Staatspolitik.

Sicher ist der Konflikt in der CSU vor allem ein innerparteilicher, also Normalität, und insofern unerheblich für die Einschätzung der größeren Zusammenhänge. Das ist anders im Fall der Kampagne, die gegen Habermas geführt wurde. Als der *Cicero* im vergangenen November mit dem Titel „Vergeßt Habermas“ erschien, war das Provokation, eine Provokation, bei der die Substanz der Argumente kaum eine Rolle spielte. Habermas kennt dieses Spiel, er hat es oft genug inszeniert, und nimmt es entsprechend ernst. Seine und die Verteidigung seiner Parteigänger wirkte routiniert, aber lustlos. Die Empörungsbereitschaft ließ zu wünschen übrig. Das zeigt auch: Habermas ist noch eine Größe, aber das Interesse an seiner Person und seinen Auffassungen schwindet.

Wenn der Angriff nicht stärker durchschlug, hatte das vor allem mit fehlender Vorbereitung zu tun, auch mit fehlender Ernsthaftigkeit. Verantwortlich ist dafür Wolfram Weimer, Chefredakteur des *Cicero*. Offenbar betrachtete er das Ganze als eine Art Experiment, einen Test der Stimmungslage. Daß die sich wandelt, ist auch am Erfolg von *Cicero* zu erkennen. Viele Beobachter hatten der Zeitschrift kaum Chancen zugestanden. Mittlerweile erscheint sie fest etabliert und bildet eine Brücke zwischen den politischen Magazinen und Zeitschriften mit Beiträgen essayistischen Charakters. Was die Positionierung angeht, so liebäugelt Weimer mit dem Begriff „konservativ“. Im Juni des vergangenen Jahres ließ er etwa eine Umfrage zum Thema „Wie konservativ ist der Zeitgeist?“ durchführen, aber die Ausbeute war mager, bis auf die klugen Erwägungen Jürgen Busesches. Die Zustimmung hatte atmosphärische, kulturelle, biographische Gründe, aber keine politischen. Eine Positionierung im rechten Spektrum kam sowieso nicht in Frage. Diesen Ruch hat *Cicero* von Anfang an gemieden, unter den Mitarbeitern vor allem auch solche rekrutiert, die im linken oder linksliberalen Milieu verankert sind.

Wenn sich überhaupt so etwas wie eine Weltanschauung des *Cicero* erkennen läßt, dann wäre die wohl am ehesten mit „neue Bürgerlichkeit“ zu bezeichnen. Der Begriff hat seine Karriere parallel zum Aufstieg der Zeitschrift erlebt und hängt mit PISA-Schock und Integrationsdebatte ebenso zusammen wie mit der Wahrnehmung neuer Zwänge, die aus Volkstod und Staatsverschuldung resultieren. Zu den wichtigsten Protagonisten gehören neben den Veteranen Arnulf Baring und Paul Kirchhof jüngere Intellektuelle wie der Historiker Paul Nolte, der regelmäßig Beiträge für *Cicero* schreibt. Sie betrachten sich als Stichwortgeber des Zeitgeistes. Man findet Vorbehalte gegenüber Amerika, aber grundsätzlich ist die Orientierung prowestlich, europäisch, staats skeptisch und unternehmerfreundlich. In vielem erscheinen die Auffassungen der „neuen“ wie die der „alten Mitte“, nur bereinigt um das Erbe des rheinischen Kapitalismus und gewisse Fixierungen des Kalten Krieges. Man ist auch smarter und weltläufiger. Die Denk- und Handlungskonzepte werden nach angelsächsischem Muster geformt, was bedeutet, daß man dem Deutschen als einem Spezifischen mit Reserve gegenübersteht. Patriotismus mag seinen Zweck erfüllen – auch dafür bieten die USA das Modell –, aber er muß gegenwarts- und zukunftsbezogen sein, Vergangenheit ist nicht erwünscht. Bezeichnenderweise ist das Geschichtsbild des *Cicero* ganz konventionell.

Das alles kann nicht getrennt werden von der ironischen Attitüde, die in den redaktionellen Beiträgen gepflegt wird. Sie bestimmt aber auch die natürliche Grenze der Wirksamkeit. Das Problem wird gelegentlich sogar den Ironikern bewußt. Im April 2004 hat Weimer seine Kolumne mit der Überschrift „Gibt es ein Jenseits der Ironie?“ versehen. Die Frage stelle sich, folgt man seiner Argumentation, weil die ironische Kultur des Westens zunehmend ganz und gar unironischen Konkurrenten gegenüber trete: den sendungsbewußten Amerikanern, den leistungsstarken Asiaten, den zahlreichen Afrikanern. Damit kehre der Ernst in die Debatte zurück, und das sei „... gar nicht schlecht. Denn dann müßte man sich wieder anstrengen, wieder neugierig sein, wieder fragen und lernen und wollen. Etwas ernst nehmen, Respekt pflegen, den Kulturpessimismus wieder als Kleiderbügel begreifen, auf den man ein ironisches Gewand hängen kann, aber eben keine Identität. Aus dem Schutt des Ironischen hieße es die Grundmauern der Tradition wieder freilegen, das Politische wieder als das Bürgerliche begreifen, das Kulturelle als das Eigene, vielleicht sogar das Religiöse als das Sinnstiftende entdecken, das Wort jedenfalls wieder als den Anfang und nicht als einen Witz am Ende.“

Die Erstausgabe von *Cicero. Magazin für politische Kultur* erschien im April 2004, seitdem monatlich. Die verkaufte Auflage beträgt ca. 70.000 Exemplare.

Jens Hacke: *Philosophie der Bürgerlichkeit. Die liberalkonservative Begründung der Bundesrepublik*, Göttingen 2006.

Man kann diesen Sätzen Hellsichtigkeit nicht bestreiten, indes weiß Weimer sehr genau, daß der ironische Gestus Existenzbedingung seines Organs ist. Den Erfolg am Markt verdankt er nicht nur außerordentlichen finanziellen Mitteln, sondern auch der ungeschriebenen Regel, ernste Fragen zu meiden, nicht nach den Verantwortlichen für die Misere zu suchen, die tatsächlichen Mängel der Politischen Klasse zu beschweigen und Möglichkeiten gründlicher Abhilfe undiskutiert zu lassen. Die Inkonsequenz des Angriffs auf Habermas paßt gut in dieses Bild.

Vielleicht würde *Cicero* auch Inkonsequenz als Vorzug deuten, Ausweis überlegener Einsicht, Fehlen deutsch-idealistischer Belastung. Damit wäre man jedenfalls nahe an der These, die in einem der bemerkenswertesten Bücher des vergangenen Jahres vertreten wird: Jens Hackes *Philosophie der Bürgerlichkeit*. Bemerkenswert ist das Buch übrigens nicht wegen der Substanz, sondern wegen seines Erscheinens überhaupt. Es befaßt sich mit dem (angeblichen) Einfluß der Schule des Philosophen Joachim Ritter auf die Debatten der Nachkriegszeit. Der Autor versteht seine Arbeit aber gleichzeitig als Versuch, der „neuen Mitte“ eine Geschichte zu geben, eine Tradition, die sie mit früheren „liberalkonservativen“ Ansätzen verbindet. Als wichtigste Träger solcher Überlieferung gelten ihm Hermann Lübke und Odo Marquard, daneben noch Ernst-Wolfgang Böckenförde und Martin Kriele. Die Auswahl ist willkürlich und orientiert sich faktisch an dem Einfluß, den die betreffenden gewonnen haben. Was Hacke nonchalant übergeht, ist nicht nur die Tatsache, daß keiner von den Genannten je als „konservativ“ gelten wollte, sondern auch, daß die konservativen Protagonisten des Ritter-Kreises – Günter Rohrmoser, Reinhart Maurer und Bernard Willms – vollständig ausgespart werden. Das führt nicht nur zu einer Verzeichnung, sondern auch dazu, daß etwas als Erfolgsgeschichte präsentiert wird, was nichts weniger war, als das. Die von Hacke vorgestellten „Liberalkonservativen“ kennzeichnete ein Riecher für Karrierehemmnisse und die Entschlossenheit, sich etwas vorzumachen. Während die „Rechtskonservativen“ immerhin für sich in Anspruch nehmen können, den Kampf aufgenommen zu haben, der dann verloren ging, zogen sie es allemal vor, im Ernstfall ein ruhiges Plätzchen zu suchen, am Bodensee etwa, am besten auf der schweizerischen Seite.

Daß solche Haltungen unter Intellektuellen durchaus auf Sympathie rechnen dürfen, kann man auch darauf zurückführen, daß sie allgemeineren Verhaltensmustern entsprechen: gespielte Überlegenheit, ruchloser Optimismus, Weigerung, auf den Kern zu kommen. In einer bemerkenswerten Analyse hat Stephan Grünewald die These aufgestellt, daß die deutsche Mentalität vor allem durch solche Züge bestimmt sei. Grünewald, von Hause Psychologe und Leiter eines privaten Instituts für Kultur-, Markt- und Medienforschung, beschäftigt sich normalerweise nicht mit dem großen Ganzen. Aber in *Deutschland auf der Couch* geht es genau darum: um den „Verlust des wirklichen Lebens“, gekennzeichnet durch vier Faktoren: „Das vertagte Leben“, „Der zerstückelte Alltag“, „Das schicksallose Leben“, „Das Schwinden der Alltagskompetenz“. Grünewald erklärt die kollektive Neigung, alle Erwartungen einer grundsätzlich besseren Zukunft zuzuweisen, die Fragmentierung von Zeit in (lästige) Arbeitszeit und (arbeitsartig gestaltete) Freizeit, die Illusion eines ganz beherrschbaren Daseins und den dramatischen Verlust jener Fähigkeiten, die früher der gesunde Menschenverstand garantierte, zu Ursachen für den „rasenden Stillstand“, der unsere Lage kennzeichnet, die allseits als problematisch empfunden wird, die aber niemand zu ändern vermag. Die Deutschen reagierten mit „Coolness“ oder „Simulation“, aber der Anschein von Distanz oder die Flucht in ekstatische Ausnahmesituationen schafften keine Abhilfe.

Vieles von dem, was Grünewald anspricht, findet man auch bei anderen Trendforschern, Unternehmens- oder Politikberatern. Was ihn von diesen unterscheidet, ist das Fehlen der aufgesetzten Fröhlichkeit. „Mut zum wirklichen Leben“, so seine Position, bedeute auch Hinnahme der prinzipiellen Beschränkung menschlicher Existenz durch „Schicksal“ und „Vergänglichkeit“. Nur wenn man beides einbeziehe, gebe es die Möglichkeit sinnvoller Existenz – für den einzelnen wie die Gemeinschaft – und entstehe jene Spannung, die den Menschen dazu bringe, sich den Herausforderungen des Daseins zu stellen und Selbständigkeit zu gewinnen.

Stephan Grünewald:
Deutschland auf der Couch. Eine Gesellschaft zwischen Stillstand und Leidenschaft, Frankfurt a.M. und New York 2006.



Die Vorstellungen Grünewalds erinnern nicht zufällig an eine weltanschauliche Position, die man als „konsequent liberal“ oder als „libertär“ bezeichnen könnte. Auffällig ist auch, daß hierzulande das Interesse an einer Denkschule wächst, deren Einfluß in den USA oder Großbritannien seit langem große Bedeutung hat. Ein erstes Indiz dafür war schon der Erfolg des Buches *Demokratie. Der Gott, der keiner ist* von Hans-Hermann Hoppe. Aber für den deutschen Geschmack war daran vieles zu exzentrisch. Eigentlich hätte von Anfang an die Rezeption solcher Autoren wie Friedrich August von Hayek, Wilhelm Röpke oder Ludwig von Mises näher gelegen. Hayek und Röpke hat Hans Jörg Hennecke, ein junger Politikwissenschaftler, in den letzten Jahren umfangreiche Biographien gewidmet. Sein Interesse ist allerdings keineswegs antiquarisch, vielmehr sucht er nach Möglichkeiten, die Position des „wahren Neoliberalismus“ auch praktisch umzusetzen.

Hans-Hermann Hoppe: *Demokratie. Der Gott, der keiner ist*, Waltrop und Leipzig 2003.

In diesen Zusammenhang gehört ein Aufsatz, den er zum Ende des zweiten Kabinetts Schröder unter dem Titel „Regieren ohne inneren Kompaß“ veröffentlichte. Die Aufzählung der Fehlleistungen und Struktur-schwächen war nicht neu, sowenig wie die Bemerkungen über die Defizite des politischen Personals, was aber auffiel, war die Stoßrichtung der Argumentation: „Die Krise kam nicht über Nacht, sondern ist hausgemacht: Längst haben sich die großen Reformwerke von einst – Adenauers Rentenreform, die Neuordnung des Föderalismus zu Zeiten der Großen Koalition, die Ausdehnung der Staatstätigkeit unter sozialliberaler Ägide, die Einführung einer umlagefinanzierten Pflegeversicherung in der Ära Blüm – als verhängnisvolle Fehlentscheidungen entpuppt.“ Die Krise ist aus der Sicht Henneckes vor allem eine „ordnungspolitische“, beruhend auf Staatsinterventionismus, Überregulierung, Phlegma und einer fehlenden „Kultur der Freiheit“.

In einen größeren Rahmen eingefügt erscheint diese Analyse in seinem 2003 veröffentlichten Buch *Die dritte Republik*. Es handelt sich dabei weniger um Geschichtsschreibung mit dem Zweck, die letzten zehn Jahre zu historisieren, eher um eine Darstellung in praktischer Absicht, die vor allem die Unzulänglichkeit der rot-grünen Ansätze nachweist. Die dritte, also die „Berliner Republik“, habe, so Hennecke, nur eine Chance, wenn sie den rot-grünen Irrweg verlasse und an den „Gründungserfolg der Bonner Republik“ anschließe. Der war nach Meinung des Verfassers bestimmt durch die Trias Westbindung (vor Wiedervereinigung) – Marktwirtschaft – Leistungsbereitschaft. Von den dreien interessieren ihn vor allem die beiden letzten Faktoren. Das ist auch einer „Agenda 2020“ zu entnehmen, die Hennecke mit Daniel Dettling, Vorstandsvorsitzender des *think tanks* berlinpolis, formuliert hat. Die darin vertretenen Positionen wirken aber nur pointiert, wenn es um Deregulierung und die Forderung nach größerer Risikobereitschaft geht, sie verblässen, wenn man einen Blick auf die Bestimmung des politischen oder metapolitischen Rahmens wirft.

Hans Jörg Hennecke: *Die dritte Republik. Aufbruch und Ernüchterung*, München 2003.

Immerhin hat Hennecke unlängst hervorgehoben, daß es entscheidend auf die „Erneuerung der konservativen und liberalen Prinzipien“ – in

dieser Reihenfolge – ankomme, aber inhaltlich bleibt das unscharf. Es stellt sich die Frage, ob das eher als Klugheit oder als Feigheit zu werten ist. Nimmt man wohlwollend Klugheit an, so darf man weiter vermuten, daß hier alles weitere ausgespart bleibt, weil die Erfahrung lehrt, daß seine Thematisierung mit einer Wucht zurückschlägt, der der einzelne nicht gewachsen ist.

Wer nicht bereit ist, solche Klugheit walten zu lassen, hat ein höheres Maß an Unabhängigkeit gewonnen, oder wird durch sein Temperament gezwungen, unangenehme Wahrheiten auszusprechen. Für den ersten Fall steht hier Peter Sloterdijk, von dem man spätestens seit dem Skandal um seine „Menschenpark“-Rede wissen kann, daß er zum Tabubruch neigt. Dieser Neigung bleibt er auch in seinem neuesten Buch *Zorn und Zeit* treu. Es handelt sich vordergründig um die philosophische Auseinandersetzung mit einem vernachlässigten Faktor des Weltgeschehens, eben dem „Zorn“. Sloterdijk weist auf die uns fremdartige Anschauung der Antike von der Macht des Zorns hin und rehabilitiert dessen produktive Aspekte. Das geschieht in Auseinandersetzung mit zwei Positionen: der christlichen und der aufklärerischen. Der Vorstoß gegen die biblische Lehre dürfte zu den schärfsten der neueren Zeit gehören. Jedenfalls hält sich Sloterdijk nicht lange mit irgendwelchen Nebensachen auf, sondern attackiert das Christentum in seinem Kern. Er betrachtet es als eine weltfremde, strukturell verlogene Lehre, die nur mit Hilfe absurder Zusatzannahmen ihre Prinzipien aufrechterhalten könne. Vor allem erscheint ihm das Gott zugestandene Zornmonopol indiskutabel. Es habe wesentlich dazu beigetragen, den Wert des Zorns in den Augen der Europäer zu negieren. Eine Tendenz, die aber erst in der Neuzeit vollständig zur Geltung gekommen sei, da die Aufklärung ihrerseits Affektkontrolle propagierte und einem unrealistischen Menschenbild anhing. Die großen radikalen Bewegungen des zwanzigsten Jahrhunderts – Kommunismus und Faschismus – erscheinen insofern wie Ventile eines ungeheuren Zornstaus, der sich im Laufe der Zeit aufgebaut hatte.

Die Schwächen von Sloterdijks Argumentation sind unverkennbar, vor allem das Schiefe der historischen und theologischen Bezüge, aber man darf ihre Stärken nicht übersehen. Was ihn antreibt, ist neben dem Bemühen, Anhaltspunkte für die Richtigkeit einer originellen These zu finden, die Klärung der Frage, welche Zukunftsperspektiven eröffnet werden, wenn neue „Zornbanken“ mit gigantischen „Guthaben“ entstehen, in den Ländern Asiens und Afrikas, in deren islamisch geprägten Gebieten vor allem, mit ihrem Menschen- beziehungsweise Männerüberschuß und einer Weltanschauung, in der Zorn und zornige Praxis als legitim betrachtet werden. Allerdings glaubt Sloterdijk nicht daran, daß der Islam imstande sein werde eine „Weltopposition“ nach dem Muster der kommunistischen Bewegung zu bilden. Seine „passéistische“ Grundstruktur mache das unmöglich, auch das Fehlen eines Zentrums; die Gefahr sei im Einzelfall groß, insgesamt aber zu bewältigen.

Vielleicht ist deshalb das „Axiom“, das Sloterdijk aufstellt, wichtiger als eine Reihe von Einsichten, zu denen mittlerweile auch andere gekommen sind: „In der globalisierten Situation ist keine Politik des Leidensausgleichs im Großen mehr möglich, die auf dem Nachtragen von vergangenem Unrecht aufbaut, unter welchen welterlöserisch, sozialmessianisch oder demokratiemessianisch codierten Verbrämungen auch immer.“ Sloterdijk hütet sich wohlweislich, daraus konkretere Folgerungen zu ziehen und kommt uns allen Ernstes mit der „Weltkultur“, aber die Durchführung einer „hygienischen“ Maßnahme, die den „Vorwurfsbewegungen“ schlechterdings das Existenzrecht abspräche, hätte unabsehbare Folgen für das Selbstverständnis des Westens, Deutschlands vor allem.

Die Argumentation Sloterdijks hat einen deutlich nietzscheanischen Zug. Das verbindet sie mit derjenigen Wolfgang Sofskys, der hier der zweiten oben angesprochenen Kategorie zugerechnet wird, also der Gruppe derjenigen, die nicht anders können. Als 1993 sein Buch *Die Ordnung des Terrors* veröffentlicht wurde, haben viele eine glänzende akademische Karriere erwartet. Die Arbeit über die Struktur des Konzentrationslagers schien in jeder Hinsicht zu passen: Das Thema war politisch korrekt, der Erscheinungsort auch und gegen die Tendenz gab es keine Einwände. Manchmal äußerte sich aber ein gewisses Unbehagen über das abgründig pessimistische Menschenbild, das der Darstellung Sofskys zugrunde lag.

Peter Sloterdijk: *Zorn und Zeit. Politisch-psychologischer Versuch*, Frankfurt a.M. 2006.

Wolfgang Sofsky: *Traktat über die Gewalt*, zuletzt Frankfurt a. M. 2005.

Seitdem sind fast fünfzehn Jahre vergangen, und es wird zu den ewigen Geheimnissen der Rekrutierung deutscher Professoren gehören, daß Sofsky keinen Lehrstuhl erhielt. Immerhin hat ihm das die Gelegenheit gegeben, weiter zu schreiben und sich je länger je weniger an die Vorgaben zu halten, die das akademische Milieu sonst macht. Wie man den Titeln seiner letzten Bücher unschwer entnehmen kann – *Traktat über die Gewalt – Zeiten des Schreckens – Das Prinzip Sicherheit* – konzentriert sich sein Interesse im wesentlichen auf zwei Fragen: Was fürchten wir am meisten?, und: Läßt sich dagegen ein Mittel finden?

Die erste Frage beantwortet Sofsky mit einem Verweis auf den Schrecken der Gewalt und des Schmerzes. Seiner Meinung nach gehört das Absehen von diesen Faktoren zu den Defiziten moderner politischer Theorien, deren Annahmen und Entwürfe deshalb einen illusionären Charakter haben. Um solcher Täuschung zu entgehen, ist Sofsky sehr vorsichtig, was die Beantwortung der zweiten Frage betrifft. Im Grunde sieht er aber nur die Schaffung einer Institution, die mittels Gewalt die Gewalt eindämmt, als Möglichkeit an. In einem Essay über das Wesen der Macht heißt es: „In der Befugnis zum Verletzen und Töten liegt die Wurzel politischer Macht. Dies mag in Friedenszeiten zeitweilig in Vergessenheit geraten. Doch ist die Verleugnung des Ausnahmezustands historisch kurzsichtig und naiv. Auch die demokratische Eliteherrschaft währt nicht ewig. Auch sie greift im Ernstfall auf die Waffen zurück, welche die Ordnungshüter in den Depots bewahren. Die letzte Grundlage politischer Macht, sei sie demokratisch oder oligarchisch verfaßt, ist die Verletzungsmacht, die jeder Untertan am eigenen Leib zu spüren bekommt.“ In einem seiner jüngsten Texte geht Sofsky sogar noch einen Schritt weiter und erklärt, daß zu den Voraussetzungen politischer Handlungsfähigkeit die Fähigkeit gehört, über den Feind zu entscheiden.

Wolfgang Sofsky: *Das Prinzip Sicherheit*, Frankfurt a.M. 2005.

Trotzdem ist es bisher nicht dahin gekommen, daß mit Nachdruck auf die Parallelität der Argumentation zwischen Sofsky und Carl Schmitt hingewiesen wurde. Wahrscheinlich hängt das damit zusammen, daß er viel tut, um die Ästhetik des Ernstfalls zu meiden. Für Sofsky ist unbestreitbar, daß der Staat der Neuzeit mit seinem Gewaltmonopol die Gewalt gerade nicht beseitigt, sondern ungeheuer gesteigert hat. Daraus die üblichen Fehlschlüsse zu ziehen, versagt er sich aber ebenfalls. Freiheit bleibt für ihn ein hohes Gut, und die wird eben nicht geschützt durch Gleichheit oder Beteiligung aller an allem, sondern ist zu messen „an der Stärke der Barrieren, die den einzelnen vor den Maßnahmen der Obrigkeit, den Übergriffen der Nachbarn und den Attacken der Feinde schützen“.

Man kann Sofskys Konzept als Übertragung von Hobbes auf das einundzwanzigste Jahrhundert betrachten, aber weiter führt vielleicht, wenn man seine Thesen mit ähnlichen von Herfried Münkler oder Karl Otto Hondrich zusammenstellt. Sie alle haben in den letzten zehn, fünfzehn Jahren vorsichtig, niemals ohne Camouflage, begonnen, die Selbstverständlichkeiten der Nachkriegspolitologie in Frage zu stellen und eine neue, wenn man so will „veristische“ Konzeption zu entwickeln, die ohne konventionelle Lügen arbeiten will. Was ihnen dabei entgegenkam, war das Erlahmen der utopischen Energien, die Möglichkeit, auf ähnliche Ansätze in Nachbarländern hinzuweisen, und – vor allem anderen – die Veränderung der Lage. Seit 1945 litt das Nachdenken über Politik hierzulande unter der Menge normativer Vorgaben, die zwar verschieden motiviert waren, aber immer Realitätsverlust zur Folge hatten. Es war insofern gleichgültig, ob der Rahmen durch die Umerziehung, das westliche Wertebewußtsein oder die Ideologien der Neuen Linken bestimmt war, es ging immer um ein Absehen von konkreten Bedingungen. Nur Außenseiter beharrten auf der Anschauung, daß die politische „Wirklichkeit ... in aller bisherigen Geschichte die konkreter politischer Subjekte in konkreten Lagen“ (Hans-Joachim Arndt) war und daß es dabei bleiben werde, solange die Geschichte andauere.

Wenn nicht alles täuscht, dann wird dieser Tatbestand erst jetzt wieder allgemeiner anerkannt. Daß mancher Neophyt dabei zu Einsichten kommt, die man außerhalb des offiziell anerkannten Bereichs immer bewahrte, ist nicht gerecht, muß aber hingenommen werden. Auch diese – fallweise bittere – Einsicht gehört zu den Bedingungen lagegerechten politischen Denkens.

Hans-Joachim Arndt: *Politische Lageanalyse*, in: *Pipers Wörterbuch zur Politik*, Bd 1, München und Zürich 1985.

www.vorkriegsgeschichte.de

Ein Gespräch mit General Gerd Schultze-Rhonhof

Sie haben ein sehr erfolgreiches und gleichzeitig gewagtes Buch geschrieben: 1939. Der Krieg, der viele Väter hatte. Das Buch beschäftigt sich mit dem langen Anlauf zum Zweiten Weltkrieg. Können Sie den Inhalt Ihres Buchs in fünf Thesen gießen, die man nicht mehr vergißt?

Schultze-Rhonhof: So grundsätzlich habe ich noch nie über mein eigenes Buch nachgedacht. Aber die fast sechshundert Buchseiten lassen sich sicherlich in fünf Thesen zusammenfassen. Ich will es versuchen.

Erste These: Keine Phase der Geschichte ist ohne Kenntnis ihrer Vorgeschichte zu begreifen. So ist es auch mit der von mir beschriebenen Phase der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg. Der Kriegsbeginn von 1939 ist ohne die Person Hitler nicht zu begreifen. Hitler und die Bereitschaft der Deutschen, ihm in den Krieg zu folgen, sind ohne den Vertrag von Versailles unverständlich. Die allgemeine Empörung des deutschen Volkes über Versailles ist ohne die Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs nicht zu verstehen. Und auch diese Vorgeschichte kann man nur begreifen, wenn man das aggressive Konkurrenzgebaren der großen Staaten im Europa des neunzehnten Jahrhunderts kennt.

Zweite These: Der Zweite Weltkrieg hatte viele Väter. Wenn man den unmittelbaren Kriegsanaß von den Kriegsursachen unterscheidet, kommt man schnell darauf, daß Hitler zwar den letzten Anshub zum Krieg gegeben hat, daß die Ursachen dieses Krieges aber von einer ganzen Anzahl verschiedener Regierungen in den vorhergehenden Jahrzehnten zusammengebraut worden sind. Diese unheilvolle Politik fing nicht erst mit dem Versailler Vertrag an, sie begann schon kurz vor und nach dem Jahre 1900, als Engländer, Russen und Franzosen dem deutschen Aufstieg als Handels-, See- und Industriemacht mit Kriegsvorbereitungen und Militärbündnissen begegneten. Und nach dem Ersten Weltkrieg waren es die Siegermächte, die mit dem Versailler Knebelvertrag eine derart explosive Nachkriegsordnung in Europa etablierten, daß ein weiterer Krieg in Europa so gut wie unumgänglich wurde, es sei denn, die Sieger hätten diese Ordnung später nachgebessert.

Auch der Staat Polen hat nach dem Ersten Weltkrieg mit seinen Gebietsforderungen, Kriegsdrohungen und Kriegseröffnungen gegen die Sowjetunion, gegen Litauen, die Tschechoslowakei und Deutschland nicht minder zum Zweiten Weltkrieg beigetragen. Desgleichen Italien, die USA, die Sowjetunion und die Tschechoslowakei, die die Kriegsgefahr mit ihrer Vorkriegspolitik eher angefacht statt gedrosselt haben.

Das alles klingt sehr viel mehr nach Hegemonialkrieg als nach einem Kampf der freien gegen die faschistische Welt ...

Schultze-Rhonhof: Ich komme in meiner dritten These darauf zu sprechen. Sie lautet: Der Erste und der Zweite Weltkrieg bilden strategisch und historisch eine Einheit. Für uns Deutsche steht der Zweite Weltkrieg zwar ohne geschichtlichen Zusammenhang für sich, weil wir ihn als das Ergebnis nationalsozialistischer Expansionspolitik als Unikat betrachten. Doch die Briten – und mit ihnen auch ich – sehen in ihm die Fortsetzung des Ersten Weltkriegs. Die Briten umschreiben, analog zum ersten Dreißigjährigen Krieg von 1618 bis 1648, den Zeitraum vom Beginn des Ersten Weltkriegs 1914 bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs 1945 deshalb auch oft als den zweiten Dreißigjährigen Krieg. Sie unterteilen diesen Zeitraum nicht, wie wir Deutsche, in zwei unterschiedliche Epochen, sondern sie begreifen ihn als Einheit, in der zwei Kriege um die Vorherrschaft in Europa stattgefunden haben. Die Bezeichnung „Zweiter Dreißigjähriger Krieg“ ist daher mehr als eine bloße Zeitbeschreibung; sie ist vor allem inhaltlich bestimmt und läßt erkennen, daß den Ereignissen der Jahre 1914 bis 1945 aus Sicht der Briten gleichbleibende politische und wirtschaftliche Ziele zugrunde lagen. 1948 schrieb Winston Churchill im Vorwort zu seinen Memoiren: „Als Ganzes werden diese Bücher die Geschichte des Zweiten Dreißigjährigen Kriegs umschließen.“ Und 1995 bezeichnete der britische Premierminister John Major das Kriegsende von 1945 in einer öffentlichen Gedenkrede zum 8. Mai als „das Ende eines Dreißigjährigen Kriegs“.

Meinen Sie, daß sich ein solcher Begriff, der ja eine sehr nüchterne, pragmatische und in diesem Sinne politische Sicht auf die Geschichte beweist, auch in Deutschland durchsetzen könnte?

Schultze-Rhonhof: Ich glaube, daß wir in Deutschland noch weit davon entfernt sind, die Politik nicht moralisch, sondern „kalt“ zu betrachten. Meine vierte These ist geeignet, ein wenig von dieser Kälte zu verströmen. Sie lautet: Es gibt keine dauerhafte Völkerfreundschaft. Es gibt nur Allianzen mit gemeinsamen Interessen. Die Beispiele Erster Weltkrieg, Zweiter Weltkrieg und Kalter Krieg zeigen, daß sich die Verbindungen der Staaten und Völker mehr auf Interessengleichheit als auf Freundschaft gründen. Solange die Gemeinsamkeit der Interessen überwiegt, werden selbst Bündnisnachteile hingenommen. Das sollte man nicht mit Freundschaft durcheinanderwerfen.

Nehmen Sie Polens Position. Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs verbünden sich die Polen mit den Siegern, fordern deutsches Land und bieten den Franzosen 1933 und 1936 mehrmals an, mit ihnen einen Zweifrontenkrieg gegen das Deutsche Reich in ihrer Mitte zu eröffnen. Als das nicht funktioniert, werden die Polen Verbündete der Deutschen, was nur so lange anhält, bis Deutschland den Anschluß Danzigs und einen freien Zugang zu seiner seit 1918 abgeschnittenen Provinz Ostpreußen fordert. Polen geht zurück auf die Seite Englands und Frankreichs, die beide Schutz gegen die deutschen Ansprüche versprechen. Doch auch Frankreich und England kennen keine Freundschaft. Sie opfern den verbündeten Staat Polen, um sich damit den Pakt mit der Sowjetunion zu erkaufen und zu erhalten.

Rußland selbst ist im Ersten Weltkrieg mit Frankreich, England und Amerika verbündet, wird aber nach der eigenen Niederlage gegen Deutschland und der Revolution von seinen bisherigen Verbündeten nicht mehr beachtet. Die Sowjets behandeln von da an mögliche Alliierte alleine nach dem Vorteil, den es bringen könnte. So verhandelt die sowjetische Regierung im Sommer 1939 zur gleichen Zeit mit den Deutschen, Briten und Franzosen, um sie als Partner zu gewinnen, und um sie zu einem Kriege gegeneinander anzustacheln. Im Zweiten Weltkrieg steht die Sowjetunion erst auf Deutschlands Seite, doch sie bereitet schon zu dieser Zeit ihren Seitenwechsel vor. Dann treibt sie ihren Preis für den Fortbestand der deutsch-sowjetischen „Waffenbrüderschaft“ mit Forderungen derart

in die Höhe, daß Adolf Hitler den Fehler begeht, Rußland anzugreifen, so daß die Sowjets mit Berechtigung die Seite wechseln. Nach dem Sieg folgt der Kalte Krieg mit neuen „Freundschaften“.

Als Beispiele der Völkerfreundschaft könnten bestenfalls Amerika und England auf der einen und Österreich und Deutschland auf der anderen Seite stehen, jeweils durch Sprache, Geschichte und Kultur verbunden. Doch auch die Freundschaft zwischen den USA und England ist auf Eigennutz gegründet. Die USA fordern von Großbritannien die Aufgabe ihres Wirtschaftsimperiums, der Ottawa-Zone, und die Auflösung des britischen Kolonialreichs. Ein zu hoher Preis für eine Freundschaft.

Deutschland und Österreich, bis 1866 im Deutschen Bund vereinigt, kämpfen im Ersten Weltkrieg auf derselben Seite und vereinigen sich 1938 durch den Anschluß. Dieser Anschluß wird heute in Österreich allerdings sehr unterschiedlich bewertet. Es gibt keine selbstlose Freundschaft zwischen Völkern.

Sehen die beteiligten Völker und Regierungen ihre Freundschaften und Seitenwechsel vielleicht aus einer anderen Perspektive als Sie?

Schultze-Rhonhof: Ja, das ist auch ganz normal. Ich möchte meine fünfte These deshalb so formulieren: Die Handelnden und die Historiker messen mit zwei Ellen. Natürlich sehen und beschreiben Historiker die Geschichte aus unterschiedlichen Perspektiven. Je nach eigener Herkunft haben Sie ein unterschiedliches Verständnis von Legitimität und geschichtlichen Kausalitäten, auch unterschiedliche Auffassungen von Recht und historischen Ansprüchen. Das führt zwangsläufig zu ganz anderen Bewertungen der Fakten. Doch wenigstens die Tatsachen sollten idealerweise in den Geschichtsbüchern übereinstimmen.

Nur schwer verständlich ist allerdings, daß deutsche Historiker deutsche Geschichte bei gleichen Fakten so unterschiedlich beschreiben. Die Historiographie fällt in unserem Lande durch Auswahl und Weglassen der Fakten und manchmal auch durch die „passende“ Verwendung längst aufgedeckter Fälschungen sehr unterschiedlich aus.

Viele Historiker in Deutschland ordnen ihre Arbeit offensichtlich einem ideologisch-politischen Überbau unter. Ein großer Teil von ihnen „schreibt alles schlecht“, was zu Kaisers Zeiten und im Dritten Reich geschehen ist, weil ihm die demokratische Legitimität gefehlt hat oder weil es von Menschen in einem Unrechtsregime ausgegangen ist. Dieselben Forscher und Autoren „schreiben alles gut“, was die späteren Sieger getan oder angerichtet haben, weil sie angeblich Demokraten waren. Da haben wir die zwei verschiedenen Ellen, die heute in Deutschland maßgeblich und für viele Historiker und Autoren wohl verpflichtend sind.

Nun sind bisher über 27.000 Exemplare Ihres Buchs verkauft worden, es liegt in der fünften Auflage vor. Für ein Sachbuch, das nicht ständig in irgendeiner Sendung oder einer großen Zeitung angepriesen wird, ist das sehr viel. Welche Kanäle findet Ihr Buch, um zum Leser zu gelangen?

Schultze-Rhonhof: Vordergründig sind das meine Vorträge, die ich in Deutschland und Österreich halte und dankenswerterweise die Buchrezensionen, die inzwischen etwa sechzig kleinere und mittelgroße Zeitschriften gebracht haben. Im Hintergrund sind es vermutlich die Empfehlungen der Leser untereinander. Ich habe versucht, mich auf junge Leser und auf Menschen einzustellen, die kaum Berührung mit der Geschichtsschreibung haben. Ich habe mich bemüht, verständlich und übersichtlich zu schreiben, mit kurzen Sätzen, ohne Fremdworte und in einem leicht zugänglichen Sprachrhythmus. Drei Register am Ende des Buchs, ein Sach- und ein Personenregister sowie ein Quellenverzeichnis sollten alles schnell auffindbar und das Buch damit als Nachschlagewerk geeignet machen. Auf all das führe ich den bisherigen Zuspruch der Leser zurück.

Über die letzten zehn Tage vor dem Ausbruch des Kriegs haben Sie ein Hörbuch produzieren lassen. Ist das nur eine Marketing-Idee oder sehen Sie durch die suggestive Wirkung des gesprochenen Worts einen pädagogischen Mehrwert?

Schultze-Rhonhof: Es war zunächst eine Mischung aus Marketing-Idee für das gedruckte Buch und dem Versuch, auch „Nichtleser“ zu erreichen. Letzteres ist gelungen. Ersteres offensichtlich nicht. Aber die Vorstellung

des Produzenten, daß wir mit einem Hörbuch vor allem jüngere Menschen ansprechen würden, hat mir sehr gefallen.

An die suggestive Wirkung des gesprochenen Wortes habe ich überhaupt nicht gedacht. Das Hörbuch hat zwar diese suggestive Wirkung, aber ich will ja nicht suggerieren. Ich will überzeugen. Und das schafft eigentlich nur ein Buch mit seinen überprüfbaren Quellenangaben. Wer wissen will, ob das stimmt, was ich geschrieben habe, soll stichprobenweise die Quellen prüfen. Das wird ihn außerdem noch tiefer in die Materie einführen. Die Quellenlage zählt, nicht die betörende Wirkung der Stimmen der zwei Profisprecher, die die Texte lesen. Übrigens, das inzwischen erschienene zweite Hörbuch mit dem Titel *Der Zweite Dreißigjährige Krieg* ist eine gesprochene Kurzfassung des gesamten Buchs *1939. Der Krieg, der viele Väter hatte*.



Es gibt mittlerweile neben Ihren Vorträgen, dem Buch selbst und den Hörbüchern noch einen vierten Zugang zu Ihren geschichtspolitischen Thesen: Sie haben vor einigen Wochen eine Internet-Seite freigeschaltet, www.vorkriegsgeschichte.de. Diese Seite enthält kapitelweise Zusammenfassungen Ihres Buchs. Was bezwecken Sie damit?

Schultze-Rhonhof: Zwei Zwecke hatte ich im Auge. Erstens die Wahrheit zu verbreiten und zweitens junge Leser zu erreichen. Mir war bei meinen Recherchen zum Buch aufgefallen, daß viele Geschichtsaufsätze, die man etwa über die Suchmaschine *google* findet, antideutsche Propagandaschriften sind. Ein Schüler, der drei oder fünf solcher Schriften unter den ersten Eintragungen in der Suchmaschine *google* findet, glaubt natürlich, daß das stimmt, was er da liest. Es mußte also auch die „wahre Geschichte“ oft genug im Internet erscheinen. Und zweitens war mir längst klargeworden, daß Schüler und Studenten sich in aller Regel kein so dickes Buch wie meines kaufen werden. Also habe ich die zwanzig wesentlichen Kapitel des Buchs auf kurze Texte gerafft und als „Internet-Buch“ ins Netz gestellt. Hier haben Schüler und Schülerinnen, Studenten und Studentinnen nun entweder unter www.vorkriegsgeschichte.de oder nach Stichworten wie „Zuspitzung um Danzig 1939“ oder „Wirtschaftliche Kriegsgründe 1918–1939“ die Möglichkeit, sich Informationen oder Textbausteine für ihre Hausarbeiten, Seminararbeiten und ähnliches zu holen.

Hat Ihr Versuch, diese Einseitigkeit der Suchergebnisse im Internet zu beheben, schon gefruchtet?

Schultze-Rhonhof: Bisher ja. Dank der vielen Verlinkungen, die www.vorkriegsgeschichte.de inzwischen – ja auch mit Ihrer Hilfe – erfahren hat, sind die Stichworte aus dem Internet-Buch in den Suchmaschinen zum Teil überraschend gut plazierte. So findet man www.vorkriegsgeschichte.de unter dem Stichwort „Polens Minderheiten 1920–1939“ bereits auf Platz sechs von 1,2 Millionen Eintragungen. Unter anderen Stichworten bei weniger Eintragungen ist www.vorkriegsgeschichte.de inzwischen auch schon einige Male auf Platz eins gelandet. Damit stoßen neue Leser bei ihren Geschichtsrecherchen im Internet auf die Kurzform von *1939. Der Krieg, der viele Väter hatte*. Das ist schon so etwas wie ein Gegengewicht gegen die Einseitigkeit. Wenn das Gewicht noch zunehmen will, braucht es weitere Verlinkungen.

Ihr Antrieb, die Wahrheit zu verbreiten, klingt nach Sendungsbewußtsein. Wie langfristig muß eine geschichtspolitische Arbeit wie die Ihre angelegt sein?

Schultze-Rhonhof: Vermutlich auf eine Generation. Die Generation meiner Kinder hat die deutsche Alleinschuld am Zweiten Weltkrieg so verinnerlicht, daß sie nicht mehr umlernen kann. Dazu ist die tägliche Berieselung im Radio, in den Zeitschriften, Kinos und auf den Fernsehschirmen auch zu penetrant. Eine Chance für das Hinzulernen der Deutschen besteht nur, wenn der Gymnasial- und Universitätsbetrieb eines Tages in der Geschichtslehre von unten her neu durchgearbeitet wird. Dazu bedarf es der heute Zehn- bis Zwanzigjährigen.

Polnischer Nationalismus

von Stefan Scheil

„Nach dem bevorstehenden Krieg sollte Polen Danzig, Ostpreußen, Ober- und Zentral-Schlesien einschließlich Breslau und Zentral-Pommern einschließlich Kolberg annektieren; Polen sollte außerdem eine Reihe von Pufferstaaten unter seiner Protektion und Herrschaft entlang von Oder und Neiße gründen.“ Mit diesem formidablen Programm trat der polnische Nationaldemokrat und Publizist Jędrzej Giertych im Sommer 1939 auf den Plan. Er war nicht der einzige, der mit diesen aggressiven Expansionsforderungen das antideutsche Klima zusätzlich anheizte. Diese Forderungen wurden mehr oder weniger laut auch in Regierungskreisen erhoben. Sie standen am Ende einer langen Entwicklung, die den polnischen Nationalismus mehr und mehr auf einen territorial revisionistischen Kurs getrieben hatte, der nicht nur die Grenzen des Jahres 1772 ins Visier nahm. Man wollte es um jeden Preis besser machen als das untergegangene Königreich und die Adelsrepublik. Dazu schien gegenüber Deutschland nicht weniger als eine Totalrevision der Geschichte der letzten anderthalb Jahrtausende angemessen – wie man sie in Polen ausdeutete.

Dieser moderne polnische Nationalismus ist erst sehr spät mit all seinen Aspekten ins Blickfeld der Forschung geraten. Vor einigen Jahren veröffentlichte etwa Werner Benecke eine fundierte Untersuchung über die Polonisierungspolitik in den Ostgebieten der Zweiten Polnischen Republik zwischen 1919 und 1939. Wenig später deutete Brian Porter den polnischen Nationalismus des neunzehnten Jahrhunderts als Extrembeispiel und Vorreiter für eine europäische Entwicklung: *Als der Nationalismus zu hassen begann* erschien in der renommierten Oxford University Press. Roland Gehrke widmete sich in seiner Dissertation einem ganz besonderen Aspekt des polnischen Nationalismus: dem sogenannten Westgedanken. Gehrke wollte klären, wie es möglich war, daß im Lauf des neunzehnten

Werner Benecke: *Die Ostgebiete der Zweiten Polnischen Republik*, Wien 1999.

Jahrhunderts Teile Deutschlands zum Gegenstand polnischer Ansprüche werden konnten, die entweder niemals oder nur vor Jahrhunderten für kurze Zeit zu Polen gehört hatten. West- und Ostpreußen, Pommern und Schlesien waren die meistgenannten Ziele polnischer Agitation. Aber auch Mecklenburg, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen gerieten ins Blickfeld, ja vereinzelte Stimmen orteten gar das Rheinland und Schwaben als Bereiche polnischer Tradition.

Allein diese Bestandsaufnahme ist schon spektakulär und deutet an, in welchem Maß hier das Reich des Absurden betreten wurde. Wahrscheinlich kann es keine nachvollziehbare Erklärung dafür geben, daß seit etwa 1800 mit einer fast beliebigen Mischung aus strategischen, geographischen, wirtschaftlichen, historischen, religiösen, ethnischen und letzten Endes willkürlichen Behauptungen an einem Expansionsprogramm gearbeitet wurde. Anders als bei den räumlich vergleichbar weitgespannten polnischen Ansprüchen in Osteuropa, die sich auf eine Feudaltradition der Frühen Neuzeit beriefen und darauf, daß polnische Truppen mehrmals in Moskau einmarschiert waren, war der Westgedanke eine voraussetzungslose Neuschöpfung. Wie nicht nur Friedrich Nietzsche beobachtet hat, ist der Verstand im Zweifelsfall ein gehorsamer Diener des Willens. Warum sich dieser Wille hier so extrem nach Westen richtete, wird ein Geheimnis bleiben.

Zeitlich hängt das Aufkommen des Westgedankens mit dem Zusammenbruch des alten polnischen Staates zusammen. Noch dessen Verfassung von 1791 hatte zwar Anspruch auf alle Gebiete erhoben, die vor und nach der ersten polnischen Teilung russisch geworden waren. Sie verzichtete aber auf jede Erwähnung preußischer Landstriche und erkannte Preußens Grenzen daher auch dort an, wo sie östlich der Grenze des Deutschen Reiches lagen. Das änderte sich, als die Adelsrepublik nicht mehr existierte und die polnische Publizistik dem eigenen Adel die Schuld daran gab. Zunächst nicht ohne Ähnlichkeit zur deutschen Romantik wurde auch in Polen das Volk als Träger der Geschichte entdeckt. Herders Polenbild vom friedlich siedelnden Bauernvolk übte nachhaltigen Einfluß auf das polnische Selbstverständnis aus. So hatte man sich selbst zuvor noch nie gesehen. Zusammen mit der damals aktuellen Katastrophe der Auslöschung des polnischen Staats klang der damit verbundene Opfermythos durchaus plausibel und fand weite und dauerhafte Verbreitung. Unter anderem öffnete dieses Klischee die Tür zu den Behauptungen, dieses Bauernvolk würde eigentlich immer noch auf dem gesamten Boden Preußens leben und sei dort nur unterdrückt.

Als früheste programmatische Äußerung in diese Richtung machte Roland Gehrke eine Arbeit des Geistlichen und Politikers Hugo Kolontaj aus, der 1808 die Oder-Neiße-Grenze als künftige Grenze Polens nannte und bei dem bereits die wesentlichen Elemente des Westgedankens ausgebildet waren. Schlesien sollte zu Polen gehören, da es historisch polnisch sei, außerdem generell alles Land östlich der Oder, weil alle Bevölkerung dort polnisch sei und dazu noch Ost- und Westpreußen, da es dort angeblich eine litauisch-polnische Mischbevölkerung gebe. Deutsche aber könne man dort nicht suchen, „wo es keine gibt und niemals welche gab“. Um genau diese Behauptungen sollte der Westgedanke künftig vorwiegend kreisen. Dazu gesellte sich eine charakteristische politische Komponente. Aus eigener Kraft konnte Polen solche Pläne nicht realisieren und deshalb fehlte schon bei Kolontaj nicht der Appell an eine Entscheidung der Großmächte: Napoleon sollte es damals sein, der dem neuen Polen seine Wünsche erfüllte.

Nun dachte Napoleon ebensowenig wie andere Staatsmänner des neunzehnten Jahrhunderts daran, auf so etwas einzugehen. Polen geriet samt seinem neu entwickelten Nationalismus für weitere hundert Jahre zwischen die Räder der Großmächte. Die Aufstände gegen Rußland blieben erfolglos. Auch scheiterten alle Versuche, die Autorität der Westmächte für die polnische Sache einzuspannen. Es gab daher Zeit, den Westgedanken in Ruhe weiterzuentwickeln.

Waclaw Nalkowski und Eugeniusz Romer etwa lieferten seit den 1880er Jahren neue geographische Argumente und brachten originelle Gedanken in die Diskussion ein. So behaupteten sie, daß alle Flüsse bis zur Oder ihre großen Zuflüsse angeblich nur von Osten erhielten und deshalb als Teil einer einzigen großen geographisch-politischen Struktur zu sehen

Brian Porter: *When Nationalism Began to Hate – Imagining Modern Politics in Nineteenth-Century Poland*, New York 2000.



Drang nach Westen. Ende der dreißiger Jahre in Polen verbreitete Propagandakarte mit den angeblichen Grenzen des slawischen beziehungsweise polnischen Siedlungsraums in der Vergangenheit

Henryk Baginski: *Poland and the Baltic*, Edinburgh 1942 (englische Übersetzung der polnischen Ausgabe von 1927).

Shlomo Aronson: *Hitler, the Allies and the Jews*, Cambridge 2004.

Roland Gehrke: *Der polnische Westgedanke bis zur Wiederrichtung des polnischen Staates nach Ende des Ersten Weltkriegs*, Marburg a. d. L. 2001.

seien. Da wurde die Oder zum natürlichen Grenzfluß. Später führte man auch das angeblich ähnliche Klima zwischen der Oder und dem Dnjepr als verbindendes Element an. Diese Gedanken kehrten in den zwanziger Jahren des letzten Jahrhunderts nicht nur in den Arbeiten des polnischen Generalstabsoffiziers Baginski fast wortwörtlich wieder. Sie deuteten auf eine neue Tendenz hin: Der Westgedanke und der Plan einer polnischen Ostexpansion waren bisher unterschiedlich begründet worden. Es hatte von den historisch argumentierenden „Ostlern“ auch Kritik an den haltlosen Argumenten des Westgedankens und den damit verbundenen Vertriebsplänen an Deutschen und Juden gegeben.

Nun begann beides im neuen Konzept eines gigantischen, polnischen „Dritten Europa“ zu verschmelzen, das von Berlin bis Borodino und von Riga bis Odessa reichen sollte. Autonomie für Minderheiten war dort nicht vorgesehen. Die Ukrainer, Litauer und Weißrussen sollten polonisiert werden, die Deutschen und die Juden waren zu vertreiben. In diesem geistigen Umfeld entstand dann der Madagaskar-Plan, jene „ursprünglich polnische Idee einer Teufelsinsel für die Juden“ (Shlomo Aronson). Dieses Konzept wurde erst nach Neugründung des polnischen Staates vollständig entwickelt, aber schon nach den Verhandlungen von Versailles seufzte der italienische Außenminister Sforza, wenn es nach der polnischen Delegation gegangen wäre, so wäre „halb Europa ehemals polnisch gewesen und hätte wieder polnisch werden müssen.“

Parallel zur ideologischen Verfestigung wurde gegen Ende des neunzehnten Jahrhunderts verstärkt über politische Konstellationen nachgedacht, in deren Rahmen dies alles verwirklicht werden konnte. Daß dazu eine Erschütterung der internationalen Politik durch einen großen Krieg nötig war, wurde in den entsprechenden politischen Zirkeln Polens bald Allgemeingut. Gestritten wurde aber darüber, ob die polnische Unabhängigkeit besser im Rahmen einer russischen Niederlage gegen Deutschland realisiert werden und Polen sich dann später gegen Westen wenden sollte, oder ob man mit einer Spekulation auf einen russischen Sieg besser fuhr. Danach sei zuerst unter russischer Protektion der Westgedanke zu verwirklichen und man könne sich dann später, dank der polnischen „kulturellen Überlegenheit“ gegenüber den anderen Völkern dort, wieder gegen den Osten orientieren. Roman Dmowski, der Gründer der Nationaldemokraten, vertrat letzteres. Josef Pilsudski, der Sozialist und spätere Diktator, neigte eher zu einem primär rußlandfeindlichen Kurs in Anlehnung an die Mittelmächte, auf deren Seite er im Krieg auch kämpfte. Am Ende behielt Pilsudski mit seiner Prognose vom Juni 1914 recht, Rußland werde von den Mittelmächten geschlagen werden, die danach ihrerseits gegen die Westmächte verlieren würden. Er stand 1918 bereit, die Macht zu ergreifen.

Verblüffend bleibt, daß diese Absichten in aller Öffentlichkeit verkündet werden konnten. Die neuen Nationalisten agitierten nicht in Hinter-

zimmern, sondern publizierten in angesehenen Zeitungen und Verlagen. Sie hatten in der Regel eine respektable Stellung. Männer wie Wojciech Korfanty saßen gar im deutschen Reichstag. Ihre Pläne waren nicht geheim. Sie fanden dennoch nur ein gewisses Echo in den „Polenspiegeln“, mit denen die deutsche Öffentlichkeit durch Zitate aus der polnischen Presse auf den dort erhobenen Anspruch auf weite Teile Deutschlands aufmerksam gemacht werden sollte. Das gelang nicht. Erst als im Frühwinter 1918 der polnische Eroberungsversuch mit den Aufständen in Posen, Westpreußen und Oberschlesien seinen Anfang nahm und nur teilweise abgewehrt werden konnte, wurde das politische Deutschland auf die Gefahr aufmerksam, wie Gehrke ausführt. Materiell wie ideell traf dieser Angriff ein Deutschland unvorbereitet, das sich eben noch auf einer Stufe mit den Weltmächten gewähnt hatte.

In manchen der damals veröffentlichten antideutschen Pamphlete kam ein Haß zum Ausdruck, der Ilja Ehrenburgs späteren antideutschen Kampfschriften in nichts nachsteht, und auch die ruhigeren Passagen hinterlassen oft den Eindruck, manch polnischer Autor habe den eigenen Phantasien geglaubt. Jan Kowalczyk zum Beispiel rechnete in einer 1917 in Kopenhagen erschienenen Schrift die Zahl der Deutschen in Ostpreußen auf dreihunderttausend herunter, die er dann als „überflüssig“ bezeichnete. Es sei also deutlich, daß die deutschen Bevölkerungsangaben „künstlich vermehrt“ seien. In einer Veröffentlichung gab wenigstens Roman Dmowski zu, daß in Wahrheit selbst Oberschlesien und Westpreußen mehrheitlich deutsch waren. Das hinderte ihn dennoch nicht daran, in Versailles beide Provinzen und zudem noch Ostpreußen für Polen zu verlangen – unter Vorlage anderer, frei erfundener Zahlen. Als die Alliierten zur Kontrolle teilweise Volksabstimmungen verlangten, war sein Ärger dementsprechend groß. Militanter Antisemit, der er war, schrieb er diese Entwicklung einer „kolossalen Zunahme des jüdischen Einflusses“ zu. Folgerichtig legte die polnische Regierung dann im Juli 1920 gegen das Abstimmungsergebnis von Allenstein Protest ein, obwohl dort unter internationaler Aufsicht nicht weniger als 97,5 Prozent der Bevölkerung für Deutschland gestimmt hatten.

Man mag dieses polnische Vorgehen für völlig irrational halten, es blieb kein Einzelfall. Leise und konsequent hatte die polnische Nationalbewegung bereits vor der Wiederherstellung staatlicher Strukturen den Kampf aufgenommen. Der Posener Schulstreik von 1906/07, in dessen Gefolge ein subversiv organisierter eigener Schulbetrieb aufgebaut wurde, die effizient arbeitenden Vereinigungen zum Kauf von Land im Deutschen Reich und die im russischen Teil Polens landesweit organisierte Boykottbewegung gegen den jüdischen Handel in den Jahren 1912/13 wiesen bereits auf Feindbilder und Methoden hin, die erfolgreich gegen den „Feind“ angewandt werden konnten.

Der polnische Nationalismus und seine Affekte sind nicht nur historische Phänomene. Beides wirkt fort bis in die Gegenwart. Das ist am Einfluß der Familie Giertych besonders deutlich zu erkennen. Die Anschauungen des eingangs erwähnten Jędrzej Giertych werden offenbar von dessen Sohn Maciej und dem Enkel Roman zuverlässig weitergeführt. Maciej machte jüngst als Mitglied des Europaparlaments mit der Veröffentlichung einer Broschüre von sich reden, in der er das Judentum aus der europäischen Kulturtradition gestrichen wissen wollte. Roman Giertych hat es nach der Rückkehr von einigen Ausflügen in neo-nationalsozialistische Politikformen zum polnischen Vizepremier gebracht. Es überrascht nicht, wenn in ihrer politischen Arbeit weiterhin hergebrachte Klischees wie das von der unterdrückten polnischen Minderheit in Deutschland und dem Überfallmythos von 1939 transportiert werden. Es finden sich in Deutschland auch reichlich willige Historiker, nicht zuletzt im Deutschen Historischen Institut Warschau, die dies trotz besseren Wissens unkorrigiert lassen. Auch das überrascht kaum.



Polnische Nationalitätenpolitik. Zerstörung einer westukrainisch-orthodoxen Kirche in den dreißiger Jahren

Maciej Giertych: *Civilizations at War in Europe*, Straßburg 2007.

Davon haben wir nichts gewußt

von Fritjof Meyer

Es enden die Versuche nicht, eine Kollektivschuld der diktatorisch regierten Bevölkerung an den Staatsverbrechen zu behaupten, natürlich nur bei den Deutschen, nicht etwa bei Russen oder Chinesen, zu schweigen von demokratisch regierten Völkern. Das 1945/46 von den Westmächten offiziell installierte Werkzeug einer Gesamtschuld aller Deutschen an den Verbrechen der Nationalsozialisten benutzt derzeit noch die Warschauer Regierung Kaczynski als „moralischen Trumpf“ Polens zur Rechtfertigung des (ohnehin irreversiblen) Landraubs. Die subtilere Form des Anwurfs eines „Tätervolkes“ ist aus der Mode gekommen, neuerdings kommt mit Götz Aly die „Konsensdiktatur“ auf. Da meldet sich auch Daniel Jonah Goldhagen wieder, der Erfinder einer „vast majority“, die vom Judenmord nicht nur gewußt, ihn auch gewünscht habe und zum eigenhändigen Vollzug bereit gewesen sei. In Übereinstimmung mit der Goebbels-Propaganda befindet Goldhagen, daß „das Verhältnis von Naziregime und deutschem Volk ... von gegenseitiger Unterstützung geprägt war“, und deshalb sei die Vorstellung vom totalitären Terrorstaat größtenteils fiktiv.

Goldhagen schrieb das in der *Welt* vom 6. Mai 2006 in einer Rezension des neuen Buches von Peter Longerich, dem er „zutiefst fehlerhafte Schlußfolgerungen über die Reaktion der Deutschen auf die Verfolgung und die Motive des Regimes“ vorwirft. Longerich, Professor in London, ist ein seriöser Wissenschaftler, der in seinem früheren Werk *Politik der Vernichtung* festgestellt hatte, das Protokoll der Wannseekonferenz habe nicht die Ermordung, sondern die Vertreibung der europäischen Juden vorgesehen. Nun hat er die Schicksalsfrage untersucht, was die Deutschen denn überhaupt vom massenhaften Morden zur Tatzeit erfahren hätten.

Er distanziert sich dabei immer wieder von der bisher als Standardwerk geltenden Studie David Bankiers, der die „breite und grundsätzliche

Götz Aly: *Hitlers Volkstaat*, zuletzt Frankfurt a.M. 2006

Peter Longerich: *„Davon haben wir nichts gewußt!“ Die Deutschen und die Judenverfolgung 1933–1945*, München 2006.

Zustimmung“ der Bevölkerung zur Politik des Regimes behauptet hatte, wobei „weite Kreise der deutschen Bevölkerung, darunter Juden ebenso wie Nichtjuden, entweder gewußt oder geahnt haben, was in Polen und Rußland vor sich ging“. Longerich rügt, Bankier habe häufig Berichte über Widerspruch und moralische Bedenken ignoriert und Schweigen schlicht als Zustimmung gewertet.

Schwierig sei es, anhand mündlicher Berichte, der vorhandenen Meldungen der Gestapo-Spitzel, Dokumente aus dem Widerstand, Beobachtungen ausländischer Geheimdienste, Nachkriegserinnerungen und Prozeßakten ein Stimmungsbild zu gewinnen, zumal eine herrschende Stimmung sich kaum gebildet haben könne, wie es auch Victor Klemperer notiert hatte: „Wer kann Volksstimmung beurteilen, bei achtzig Millionen, Unterbindung der Presse und allgemeiner Angst vor dem Mundaufturn?“ Immerhin gelangt Longerich zu dem Schluß: Einen breiten antisemitischen Konsens gab es nicht, die Indifferenz gegenüber der Judenverfolgung bedeutete keine Billigung, sonst hätte das Regime keine großangelegten Kampagnen veranstalten müssen, um die äußere Zustimmung vorzutäuschen. Die antijüdischen Maßnahmen waren keineswegs populär.

Longerich prüft die Reaktion auf den eintägigen NS-Boycott jüdischer Geschäfte im April 1933 – tatsächlich eine Reaktion auf den von US-Juden ausgerufenen Boycott deutscher Waren, die ihrerseits mit Übergriffen auf Juden in Deutschland begründet wurden. Die Schilderung dieser Übergriffe war jedoch maßlos übertrieben, und Longerich kommt zu dem Resultat: „Die Mehrheit der Bevölkerung war offensichtlich nicht bereit, ihr Einkaufsverhalten nach ‚rassenpolitischen‘ Gesichtspunkten auszurichten.“

Zum Kristallnacht-Pogrom 1938 – an dem sich die Bevölkerung nicht beteiligt hat – beruft sich Longerich auf das einhellige Urteil der Historiker wie auch der Gestapo und des Propagandaministeriums (sowie der von Longerich nicht zitierten US-Konsuln in mehreren Städten): Mehrheitlich habe die Bevölkerung negativ auf die Ausschreitungen reagiert, hauptsächlich wegen der angerichteten Zerstörungen. Doch selbst Bankier registrierte bei vielen Menschen Schamgefühle, auch Angst sei aufgekomen.

Nach dem mit allgemeiner Besorgnis aufgenommenen Kriegsausbruch spielte die antisemitische Propaganda keine wesentliche Rolle, erst Mitte 1941 geriet das jüdische Thema zur zentralen Frage des Krieges – wohl zur Rechtfertigung des nicht mehr gewinnbaren Zweifrontenkrieges, ein von Longerich nicht erwogener Gesichtspunkt: „Die Juden“, repräsentiert durch die wirren Propagandisten Kaufman (später auch Morgenthau) und Ehrenburg wurden hinter beiden Fronten als Kriegstreiber zur Vernichtung aller Deutschen ausgegeben. Longerich stellt fest, daß in der Goebbels-Propaganda gewalttätige Ausschreitungen gegen Juden in Deutschland verschwiegen, antisemitische Übergriffe verharmlost, das wahre Ausmaß der „Kristallnacht“ verheimlicht wurden. Die Formeln „Vernichtung und Ausrottung“ der Juden wurden propagiert, ohne daß man auch nur andeutete, was das konkret bedeutete.

Weil Hitler beständig eine neue Novemberrevolution wie 1918 und dementsprechend den Einfluß der deutschen Juden („Meckerer und Miesmacher“) auf die deutschen Nichtjuden fürchtete, betrieb Goebbels ihre Isolierung und ihre Abschiebung, eben weil sie eine „negative Stimmung erzeugen“. Die Verordnung zum Tragen des Davidsterns erging im September 1941, zum Zeitpunkt eines allgemeinen Stimmungseinbruchs. Goebbels konstatierte eine reservierte bis ablehnende Aufnahme, Parteien registrierten durch die Kennzeichnung herausgeforderte „Mitleidäußerungen“, Longerich die „ganz überwiegend negative Reaktion ... zumindest in Teilen der Bevölkerung“.

Goldhagen hat die Verfolgten als „absolut entscheidende Quellen“ angesehen, und so sei denn die Sternträgerin Elisabeth Freund zitiert: „Die Judensterne sind nicht populär. Das ist ein Mißerfolg der Partei, und dazu kommen die Mißerfolge an der Ostfront.“ Ein US-Korrespondent rapportierte einen „monumentalen Mißerfolg.“ Keinerlei Übergriffe gegen die Gekennzeichneten fanden statt. Victor Klemperer notierte, daß Nichtjuden sich ihm, dem nunmehr erkennbaren Juden, gegenüber offener äußerten als gegenüber den allemal denunziationsverdächtigen Nicht-Sternträgern – die Kennzeichnung war im Sinne ihrer Erfinder kontrapro-

David Bankier: *Die öffentliche Meinung im Hitler-Staat. Die „Endlösung“ und die Deutschen. Eine Berichtigung*, Berlin 1995.

Victor Klemperer: *Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher 1933–1945*, Berlin 1995.

Konrad Löw: „*Das Volk ist ein Trost*“. *Deutsche und Juden 1933–1945 im Urteil der jüdischen Zeitzeugen*, München 2006.

duktiv. Eine Fülle weiterer jüdischer Zeugnisse mit ähnlichem Tenor hat Konrad Löw in seinem Buch *Das Volk ist ein Trost* zusammengetragen – und muß sich seither seinen Beitrag zur differenzierten Sicht auf die Stimmungslage vorhalten lassen.

Ende 1941 befahl Hitler, wohl wegen der Ernährungslage („unnütze Esser“) und stimuliert von der sowjetischen Deportation der Wolgadeutschen, die deutschen Juden in den Osten seines Machtbereichs zu vertreiben. Goebbels bemerkte, daß die – anfangs von Mitbürgern beobachteten – Verschleppungen kein günstiges Echo fanden: „Unsere intellektuellen und gesellschaftlichen Schichten haben plötzlich wieder ihr Humanitätsgefühl für die armen Juden entdeckt.“ Der schwedische Bankier Jacob Wallenberg berichtete nach einem Berlin-Besuch, daß viele Deutsche „angewidert seien über die Art und Weise, in der Juden von deutschen Städten in Ghettos in Polen deportiert werden würden.“

Longerich dokumentiert auch aus seiner Sicht „recht deutliche Hinweise“ auf das wirkliche Los der Deportierten, die jeder deutsche Normalbürger hätte wahrnehmen können: Nachrichten über rumänische und slowakische Deportationen in der deutschen Presse, Hitlers wiederholte Prophezeiung vom Januar 1939 einer Vernichtung der Juden im Fall eines Weltkrieges (und eines eigenen Territoriums für sie im Friedensfall), schließlich eine Mitteilung der *Münchener Neuesten Nachrichten*, trotz der „eisernen Hand“ der Besatzungsbehörden harre die Judenfrage in der Sowjetunion noch der Lösung. Am 16. November 1941 schrieb Goebbels in der Zeitung *Das Reich* („Die Juden sind schuld“), „wir erleben eben den Vollzug“ der Prophezeiung Hitlers, das „Weltjudentum“ – also nicht oder nicht nur die deutschen Deportierten – erleide „nun einen allmählichen Vernichtungsprozeß“. Hitlers Sekretär Bormann aber gab die Sprachregelung heraus, es sei zu verbreiten, daß die Juden in Arbeitslager kämen.

Was mit den Juden geschah, verschwieg das Regime konsequent, in der Propaganda fanden die Deportationen nicht statt und der Antisemitismus trat 1942 in den Hintergrund; der Reichspressechef erteilte am 11. Juni 1942 – nach dem Heydrich-Attentat – die generelle Weisung: „Veröffentlichungen über Maßnahmen gegen die Juden sind verboten.“

Longerich widmet ein Kapitel dieser „Endlösung“ als öffentliches Geheimnis“. Der Massenmord an den Juden war eine „Geheime Reichs-sache“, deren Offenlegung mit dem Tod bedroht war. „Massenhaft“, so Longerich, brachten Soldaten Informationen über Erschießungen in Osteuropa ins Reich, so daß die Stimmungsberichte der Gestapo, Longerichs Quelle für entsprechendes Wissen im Volk oder wenigstens für Gerüchte, sie nicht ignorieren konnten. Diese Spitzelberichte hält er selbst für unzuverlässig, da sie instrumentalisiert worden seien – von den Berichterstatern wie den Redakteuren, die sie den führenden Stellen zuleiteten. Longerich führt nicht „massenhaft“, sondern wenige dünne Belege an, zwei Beispiele seien zitiert:

– SD-Außenstelle Erfurt, April 1942, über einen Zeitungsartikel betreffend SD-Partisanenbekämpfung: In der Bevölkerung werde kolportiert, „daß der Sicherheitspolizei die Aufgabe gestellt sei, das Judentum in den besetzten Gebieten auszurotten. Zu Tausenden würden die Juden zusammengetrieben und erschossen, während sie erst zuvor ihre Gräber gegraben hätten.“

– SD-Außenstelle Schwabach, Dezember 1942: eine der „stärksten Beunruhigungen in kirchlich gebundenen Kreisen und in der Landbevölkerung bilden zur Zeit Nachrichten aus Rußland, in denen von Erschießung und Ausrottung der Juden die Rede ist.“

Man muß davon ausgehen, daß in der zweiten Jahreshälfte 1941 im deutsch besetzten Osteuropa mindestens eine halbe Million Juden erschossen wurde, allerdings hauptsächlich von den zu strengstem Stillschweigen verpflichteten SD-Einsatzgruppen. Es fällt auf, daß Longerich nur einen verbürgten Fall (Meinberg) schildert, in dem ein zu identifizierender Soldat als Augenzeuge einer Juden-Exekution davon in der Heimat einer konkreten Person erzählt hat – die bereits nur noch ein Zeuge vom Hörensagen ist. Die Auswertung Zehntausender Feldpostbriefe (die der Zensur unterlagen) ergab, daß die Judenfrage darin keine besondere Rolle spielte und Berichte über die „Endlösung“ eher selten auftauchen. Die von Longerich angeführten Quellen reichen mithin nicht als Beleg, daß

Fritz Süllwold: *Deutsche Normalbürger 1933–1945. Erfahrungen, Einstellungen, Reaktionen. Eine geschichtspsychologische Untersuchung*, München 2001.

auch nur eine Minderheit in Deutschland über sicheres Wissen um die Massenmorde verfügt habe, die Endlösung insoweit ein „öffentliches Geheimnis“ gewesen sei.

Doch Longerich bemerkt auch: „Hingegen sind konkrete Einzelheiten über den Einsatz von Gas zur Ermordung von Juden, geschweige denn über Vernichtungslager, in den offiziellen Stimmungsberichten nicht zu finden.“ Für das Thema Mord durch Gas beschränkt sich Longerich auf Zeugnisse dafür, daß es möglich war, Zutreffendes zu erfahren; über das Maß der Verbreitung und den Grad der Glaubwürdigkeit kann er nichts aussagen. Seine Quellen sind:

– Tagebücher, Briefe, Memoiren: Victor Klemperer hatte vom Gasmord nichts Zutreffendes gehört. Longerich zitiert nur einen Beleg, dessen Quelle eine Schweizer Zeitung ist, die sich wiederum auf den unzuverlässigen Bericht der Auschwitz-Flüchtlinge Vrba und Wetzler gestützt haben wird, sowie das Tagebuch der Ursula von Kardorff, die dem Bericht denn auch kaum Glauben schenkte (obwohl einer ihrer Verwandten zu den Wissenden gehört hatte). Der bekannte Informationssammler Karl Dürckfeld stützt sich auf den Sender BBC – Longerich stellt fest, daß die alliierte Propaganda keine zuverlässige Quelle gewesen ist, die Wahrheit jedenfalls „für den durchschnittlichen deutschen BBC-Hörer nicht ohne weiteres zu erkennen war“. Er verzichtete dabei auf einen Verweis auf die alliierte Greuelpropaganda des Ersten Weltkriegs – die beispielsweise hinsichtlich der Seife aus Leichen fortgesetzt worden war.

– Gerichtsakten: Ein Berliner Kaufmann erzählte im November 1943 über die Ermordung von Juden in Gaswagen, und eine Frau hatte 1943 Meldungen ausländischer Sender über Gasmorde an Juden weitergegeben.

– Schriftstücke des Widerstands: Longerich nennt Ruth Andreas-Friedrich, die aber nichts vom Gasmord gehört hat, und Helmuth James von Moltke, der seiner Frau schrieb, ihm habe ein Mann, der aus dem Generalgouvernement kam, „authentisch über den ‚SS-Hochofen‘ berichtet“, in dem „täglich 6000 Menschen ‚verarbeitet‘ werden“. Moltke: „Ich habe es bisher nicht geglaubt“, wobei er hätte bleiben können, da es diesen Hochofen nicht gegeben hat. Longerich hätte auch Moltkes Äußerung zitieren können, nach der neunzig Prozent der Deutschen von der Ermordung der Juden nichts wußten, oder auch die Befürchtung Goerdelers in der Haft, 100.000 Juden seien ermordet worden.

– Interviews des britischen Geheimdienstes mit Reisenden aus Deutschland: Ein Berliner Philharmoniker erzählte im Juni 1943 einem jüdischen Freund in Lissabon, „daß Juden mit Hilfe von Gas getötet wurden“.

Selbst Bankier stellte fest, daß sich aus solchen subjektiven Quellen kein allgemeiner Schluß auf die Einstellung „der Deutschen“ ziehen läßt. Natürlich gab es Gerüchte, doch ihre Quellen sind unbekannt, sie lagen offenkundig – mangels zutreffender Details – nicht in den Vernichtungslagern, sondern gingen eher auf das verbreitete, auch von Kurt Tucholsky gepflegte Trauma des Gastods im Ersten Weltkrieg und auf Nachrichten über die „Euthanasie“ an nichtjüdischen Behinderten in deutschen Anstalten zurück. Die tatsächlich umlaufenden Gas-Gerüchte betrafen auch die Tötung von Verwundeten, Bombenopfern, Flüchtlingen. Selbst alliierte Geheimdienste verfügten über keinerlei gesicherte, zutreffende Informationen.

Eine von Longerich als Quelle herangezogene Lehrerin aus der Stadt Auschwitz erzählte später, warum sie über ihre Beobachtungen geschwiegen habe: „Ein Weitererzählen hätte damals nur noch mehr Leute unglücklich gemacht, sie in größte Gefahr gebracht. Und hier konnte leider niemand helfen.“ Die Anweisung der BBC-Leitung vom 14. Dezember



Als der Schuldige noch klar war; Plakat der Sowjetischen Militärverwaltung zu den Nürnberger Prozessen, 1946

David Bankier: Fragen zum Holocaust, Göttingen 2006.



Als das wichtigste Ziel noch klar war; Plakat zu einer Ansprache des „Reichsvorsitzenden“ der SPD, Kurt Schumacher, 1946

1942 zum Herausstellen der Massenmorde an den Juden enthält denn auch den Satz: „Auch wenn die Deutschen nichts gegen die Massaker tun könnten, so sei es doch gut, wenn sie sich beunruhigt und beschämt fühlten.“

Longerich meint, die Ankunft der Massentransporte in Auschwitz (wobei Hunderttausende Häftlinge auch das Lager verließen), die weithin sichtbaren hohen Flammen (die von Kremierungsexperten bestritten werden) und der Geruch verbrannter Leichen (eher der IG-Farben-Chemiefabriken) hätten beobachtet werden können. Auch sei unter den Häftlingen, die in andere Lager überstellt wurden, der Massenmord ebenso bekannt gewesen wie den Zivilarbeitern deutscher Firmen und den Bewohnern der benachbarten Städte.

Doch drei Jugendliche aus der Umgebung von Auschwitz, die später der Redaktion des Nachrichtenmagazins *Der Spiegel* angehörten, erinnerten sich daran, daß Auschwitz als etwas Schreckliches galt, doch vom Gasmord nicht die Rede war: Hellmuth Karasek, dessen Vater Ortsgruppenleiter in Bielitz war, Klaus Reinhardt, der in Kattowitz gegen die SS-Lagermannschaft Fußball spielte, und Karl-Heinz Vater, der mit dem Dresdner Kreuzchor vor der Belegschaft (einschließlich Häftlingen) von Monowitz gesungen hatte.

Longerich meint, Gerüchte über die „Endlösung“ hätten auch Ministerialbeamte, Parteipropagandisten und die Teilnehmer der Wannseekonferenz (die das ausnahmslos bestritten haben) gehört, und kommt dennoch zu dem Schluß: „Angesichts der großen Zahl potentieller Quellen über den Vernichtungsprozeß muß es eigentlich erstaunen, daß die heute noch feststellbaren Gerüchte über die Verwendung von Gas und insbesondere über die Existenz von Vernichtungslagern so vage beziehungsweise so rar sind.“

Das läßt sich erklären. Auch der Gasmord in Auschwitz war eine „Geheime Reichssache“, deren Verrat mit der Todesstrafe bedroht war. Das in der deutschen Geschichte unikale Verbrechen vermochten denn auch die Vollstrecker vor Ort und ihre Befehlsgeber in Berlin so total zu verhüllen, daß nur sie selbst über exakte Kenntnisse verfügten. Zu dem kontroversen Thema erklärt jetzt wieder der Historiker Ahlrich Meyer das Nichtwissen zum „Kern der Selbstentlastung einer ganzen Generation“ und behauptet, „daß seit Ende des Jahres 1942 auf internationaler Ebene ein gesichertes Wissen um den Stand der ‚Endlösung‘ vorhanden und öffentlich zugänglich war“, allerdings fehlte „lange Zeit fast jeder Hinweis auf den Lagerkomplex Auschwitz-Birkenau“.

Bis in die Gegenwart hat sich über Dimension und wichtige Details des Verbrechens vor allem in Auschwitz die letzte Klarheit nicht finden lassen. Neben der fortgesetzten Multiplikation der Opferzahlen gibt es auch ein seltsames Diminutiv, etwa bei Rita Sereny, die Auschwitz gar nicht für ein Vernichtungslager hält, oder Daniel Goldhagen, der den Gasmord als „epiphenomenal“ im Holocaust, als nebensächlich einstuft. Dokumente sind rar, ebenso zuverlässige Zeugen.

Martin Gilbert: *Auschwitz und die Alliierten*, München 1985.

Den gesamten Tathergang in seinen drei sichtbaren Schritten (des Einsperrens der Opfer in einer Kammer, des Einschüttens von Zyklon-B und des Herausholens der Leichen) konnten gleichzeitig nur die SS-Lagerfunktionäre beobachten, nur sie können als Augenzeugen gelten – und sie haben auch, zumeist unter rechtsstaatlichen Bedingungen, den beispiellosen massenhaften Gasmord bezeugt (in Sonderheit die SS-Ärzte Fischer, Frank, Kremer, Lucas, Münch, Schatz sowie – mit stärkeren Einschränkungen – die Häftlingsärzte Lettich, Bendel, Nyiszli).

Doch schon die Dienstaufsicht im Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt der SS in Oranienburg wußte nichts Genaueres. Am 4. September 1943 richtete der für den KL-Arbeitseinsatz zuständige SS-Obersturmbannführer Maurer eine Anfrage an den (gleichrangigen) Lagerkommandanten Höß, was denn 21.500 einsitzende, nicht arbeitsfähige Juden machten: „Irgend etwas kann hier nicht stimmen!“ Wachposten, welche die Juden ins Lager begleiteten, kannten nicht das Los ihrer Transporte, wie Goldhagen festhielt.

Die Opfer wurden fast ausnahmslos beinahe bis zum letzten Atemzug über ihr Schicksal getäuscht, nur Gerüchte über den konkreten Tathergang hörten sogar die Häftlinge, die täglich die „Ausmusterung“ für die Gaskammern erlebten; jene im Sonderkommando zur Verbrennung der Leichen waren während des Tötungsvorgangs im Sektionsraum oder Kohlenraum des Krematoriums eingeschlossen.

Die polnische Widerstandsbewegung erfuhr trotz ständiger Kontakte ins Lager und aus dem Lager nichts Zutreffendes über Methoden und Umfang des massenhaften Sterbens im Gas. Die sowjetischen Befreier des Lagers 1945 trafen völlig unvorbereitet auf das zu besetzende Terrain, obwohl die kommunistische Widerstandsgruppe im Lager über hinreichend Kontakte zur Außenwelt verfügte und ein österreichischer Kommunist nach seiner Flucht aus Auschwitz Moskau erreicht hatte. Die UdSSR-Führung gab das Resultat der Feststellungen vor Ort – außer einer märchenhaften *Prawda*-Reportage – vier Monate lang nicht preis, danach beharrlich mit der Phantasiezahl von mindestens vier Millionen Opfern.

Trotz umfassender geheimdienstlicher Aktivitäten einschließlich der Stationierung eines per Fallschirm abgesetzten Beobachters („Urban“) in der Nähe des Lagers, trotz scharfer Luftbildaufnahmen und gelungener Flucht von mehreren hundert Häftlingen gewannen die alliierten Regierungen keine Vorstellung von der auf Erden installierten Hölle. Sie schenkten der Ankündigung des deutschen Informanten Edgar Schulte vom Sommer 1942 ebensowenig Glauben wie 1944 den freilich arg übertriebenen Berichten der Flüchtlinge Vrba und Wetzler: Selbst US-Präsident Roosevelt und Britenpremier Churchill fanden es zunächst schwierig zu akzeptieren, daß jemand solche Greuel in solch großem Ausmaß begangen haben könnte. Bis zu diesem Zeitpunkt, so Filip von Freudiger, ein Repräsentant der Budapester Orthodoxen Jüdischen Gemeinde, hatte „niemand irgendeine Vorstellung von Auschwitz“.

Doch eine zutreffende Darstellung lieferte im November 1943 den Zionisten in Budapest ein Mittelsmann, wahrscheinlich war es Oskar Schindler, Trinkpartner von Amon Goeth, dem Kommandanten eines nahe Auschwitz gelegenen Arbeitslagers. Auf die Frage, ob Auschwitz ein Vernichtungslager sei, antwortete er: „Das kann sein für Alte und Kinder. Ich habe auch gehört, daß dort Juden vergast und verbrannt werden.“ Seiner Meinung nach habe es keinen allgemeinen Befehl zur Judenvernichtung gegeben, sondern: „wahrscheinlich gefährliche oder nutzlose Juden zu vernichten. Sie [die Lager-SS] haben diesen Auftrag mit der Brutalität vollstreckt, an die sie schon zu Hause gewöhnt waren ...“ Die Frage, ob die bisher Verschonten eine Chance hätten, das Kriegsende zu überleben, bejahte er prompt: „Vor einigen Wochen [recte: Monaten, nämlich April 1943, F.M.] ist eine Verordnung von Himmler in diesem Sinne ausgegeben worden. Die Tendenz ist sichtbar. Man will die jüdischen Arbeitskräfte schonen.“ Doch die Lager-SS könne sich „schwer abgewöhnen, täglich einige 10 oder 100 Juden zu erschießen ...“

So konstatierte denn der ehemalige Auschwitz-Häftling und spätere polnische Außenminister Bartoszewski, die Mehrheit der deutschen Bevölkerung habe sich – was immer sie im Krieg über die NS-Verbrechen hatte wissen können – von dem Auschwitzer Massenmord erst durch den Frankfurter Prozeß 1963/64 überzeugen lassen. Longerich sieht das an-

Henryk Swiebocki: *London wurde informiert ... Berichte von Auschwitz-Flüchtlingen*, Oswiecim 1997.

ders: Als im Frühjahr 1943 die sowjetischen Massenmorde an polnischen Kriegsgefangenen in Katyn bekannt wurden, ordnete Hitler eine Propagandakampagne an, mit der die Schuld an dem Massaker Juden zugeschoben wurde. Konkrete Täter konnten gar nicht benannt werden, es handelte sich um die Obsession, irgendwie steckten hinter allem Bösen „die“ Juden, kollektiv. Möglicherweise mußte Hitler einen anderen Schuldigen als Stalin benennen, weil er gerade zu diesem Zeitpunkt, nach der Niederlage von Stalingrad, sich mit Stalin zu arrangieren erwog.

Goebbels schrieb im *Reich* einen Kommentar, in dem die Juden („Leitartikler, Rundfunksprecher, Bankiers und GPU-Kommissare“) als Urheber des Krieges und „Kitt“ der feindlichen Koalition bezeichnet wurden, ihr Ziel sei es – unter Berufung auf Kaufmans Sterilisierungsphantasien *Germany must perish* – Deutschland zu vernichten: Als sie diesen Plan faßten, „unterschrieben sie damit ihr eigenes Todesurteil“. Die badische Gauzeitung schloß sich an: „Es geht zwischen uns und den Juden darum, wer wen überlebt ... dann dürfen wir das Judentum zwischen uns nicht existieren lassen.“ Klemperer folgerte aus diesem Artikel: „1. Sie haben angefangen. 2. Unsere Judenvertilgung ist in Deutschland selber gar nicht populär.“ Im nächsten Artikel dieser Zeitung hieß es, die Juden seien für den Luftkrieg gegen die Zivilbevölkerung haftbar zu machen, weshalb „ihre Vernichtung die allein notwendige Sühne für dieses Verbrechen sein kann.“

Das reicht Longerich für sein Urteil: „Nach der drastischen Art und Weise, in der im Zuge der Katyn-Kampagne über die Beseitigung der Juden gesprochen wurde, sollte niemand mehr behaupten können, er habe von diesen Vorgängen nichts gewußt.“ Longerich spekuliert sogar, die Kampagne habe derart „die deutsche Bevölkerung zu Zeugen und Mitwissern des Massenmords an den Juden“ machen wollen. Deshalb nennt er das entsprechende Kapitel, wie bereits erwähnt: „Die Endlösung als öffentliches Geheimnis“.

Eine ganze Reihe der – instrumentalisierten – Spitzelberichte meldet vor allem aus intellektuellen und kirchlichen Kreisen, es würden Parallelen zwischen Katyn und der (immerhin öffentlich angekündigten) Ermordung der Juden gezogen. Schon nach acht Wochen wurde die Kampagne gegen den „jüdischen Bolschewismus“ Ende Mai/Anfang Juni eingestellt und auch nicht mehr aufgenommen. Andeutungen führender Nationalsozialisten über eine „Ausrottung“ der Juden verstummten. Der Judenmord wurde zum „Un-Thema“, so Longerich. Tatsächlich erging im April/Mai 1943 Himmlers Befehl, den Gasmord wieder auf Geisteskranke zu beschränken; die Vernichtungslager an der deutsch-sowjetischen Interessengrenze wurden geschlossen.

Und dann zieht Longerich ein Resümee, das sich aus seiner gesamten Darstellung gerade nicht ergibt, sondern nach seinen vielen unkonventionellen Erkenntnissen mit einer überraschenden Volte der politischen Korrektheit geschuldet erscheint. Es ist seine Vorstellung „von der Größenordnung des Bevölkerungsanteils, der seinerzeit in irgendeiner Form vom Holocaust wußte: Nicht die Mehrheit, aber doch ein erheblicher Anteil der Bevölkerung und nicht etwa nur eine kleine, auf eine bestimmte Region, Berufssparte oder auf ein soziales Milieu beschränkte Minderheit. ... In der deutschen Bevölkerung waren generell Informationen über den Massenmord an den Juden weit verbreitet.“

Allein dieser Satz genügt manchen Lesern, etwa dem Rezensenten der *Zeit*, zum üblichen Verdikt des deutschen Volks zu gelangen. Saul Friedländer etwa äußert unter Berufung auf Longerich: „Anfang 1943 waren die Informationen über die massenhafte Vernichtung von Juden im Reich so weit verbreitet (auch wenn man von den ‚technischen Einzelheiten‘ meist keine genaue Kenntnis hatte), daß sie wahrscheinlich die Mehrheit der Bevölkerung erreicht hatten.“ Zum Beleg fügt er auch noch das – von Thomas Mann über BBC gestreute, frei erfundene – „Gerücht“ über Vergasung im Eisenbahntunnel an. Und: „Ganz allgemein entlarvt die neuere historische Forschung die deutsche Unkenntnis über das Schicksal der Juden als mythisches Konstrukt der Nachkriegszeit.“

Das aber hat Longerich eben nicht belegt, vielmehr – indem er es nicht hat belegen können – das Gegenteil glaubhaft gemacht: Davon haben wir wirklich nichts gewußt.

Saul Friedländer: *Das Dritte Reich und die Juden. Bd 2: Die Jahre der Vernichtung 1939–1945*, München 2006.

Autoren dieses Heftes

Josef Daum, 1979, studierte Geschichte und Volkswirtschaft in Dresden und Berlin. Derzeit Promotion über ethnologische Wirtschaftskonzepte.

Siegmar Faust, 1944, Schriftsteller, studierte Kunsterziehung und Geschichte, später Literatur. Politische Haft in der DDR, 1976 Freikauf durch die BR Deutschland. Letzte Buchveröffentlichung: *Der Provokateur. Ein politischer Roman*, München 1999

Detlef Kühn, 1936, Jurist, von 1972 bis 1991 Präsident der Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben – Gesamtdeutsches Institut, von 1992 bis 1998 Direktor der Sächsischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien, heute Publizist in Berlin. Verheiratet, ein Kind. Buchveröffentlichung: *Das Gesamtdeutsche Institut im Visier der Staatssicherheit*, Berlin 2001

Ellen Kositzka, 1973, studierte Germanistik und Geschichte, freie Publizistin. Verheiratet, sechs Kinder.

Götz Kubitschek, 1970, studierte Germanistik, Geographie und Philosophie. Verheiratet, sechs Kinder. Seit 2002 selbständiger Verleger (Edition Antaios). Letzte Buchveröffentlichungen: *20 Jahre Junge Freiheit. Idee und Geschichte einer Zeitung*, Schnellroda 2006

Dr. Erik Lehnert, 1975, studierte Philosophie, Geschichte sowie Ur- und Frühgeschichte, promoviert in Philosophie. Verheiratet, drei Kinder. *Die Existenz als Grenze des Wissens. Grundzüge einer Kritik der Philosophischen Anthropologie bei Karl Jaspers*, Würzburg 2006
Gerhard Nebel. Wächter des Normativen, Schnellroda 2004

Fritjof Meyer, 1932, leitete von 1966 bis 2002 die Ostberichterstattung des Nachrichtenmagazins *Der Spiegel*. 1984 veröffentlichte er das Buch *Weltmacht im Abstieg – Der Niedergang der Sowjet-Union*.

Dr. Stefan Scheil, 1963, Studium der Geschichte und Philosophie, promoviert als Historiker. Letzte Buchveröffentlichungen: *1940/41 – Die Eskalation des Zweiten Weltkriegs*, München 2005

Daniel Leon Schikora, 1977, studierte Geschichte und Sozialwissenschaft in Erfurt und München. Derzeit Promotion über die *laïcité* in Frankreich.

Generalmajor a.D. Gerd Schultze-Rhonhof, 1939, verließ 1995 aus Protest gegen das „Soldaten sind Mörder“-Urteil des Bundesverfassungsgerichts die Bundeswehr. Seither Arbeit als freier Publizist und Buchautor. Verheiratet, drei Kinder. Buchveröffentlichung: *1939. Der Krieg, der viele Väter hatte. Der lange Anlauf zum Zweiten Weltkrieg*, München 2006

Dr. Martin Voelkel, 1951, studierte Religionspädagogik in Darmstadt und arbeitet als Geschäftsführer eines mittelständischen Unternehmens. Verheiratet, zwei Kinder.

Andreas Vonderach, 1964, studierte Geschichte, Anthropologie, Geographie und Politikwissenschaft. Letzte Buchveröffentlichung: *Landleben in der Heide. Volkskundliche Fotografien von Wilhelm Carl-Mardorf*, Heide 2005

Dr. Karlheinz Weißmann, 1959, Studium der Geschichte und Evangelischen Theologie, promoviert als Historiker. Verheiratet, ein Kind. Letzte Buchveröffentlichungen: *Das Hakenkreuz. Symbol eines Jahrhunderts*, Schnellroda 2006
Unsere Zeit kommt. Götz Kubitschek im Gespräch mit Karlheinz Weißmann, Schnellroda 2006

Gender ohne Ende

von Ellen Kositzka

Es würde die Sache nett aufmischen, wenn sich unsere Gender-Apologeten gelegentlich an ihrem – uneingestandenem – Urvater Otto Weininger (1880–1903) orientierten. In seinem Mammutwerk *Geschlecht und Charakter* ging der kurz vor seinem Freitod zum Protestantismus konvertierte Wiener Jude davon aus, daß es unzählige sexuelle Zwischenstufen gäbe. „M“ und „W“, wie er die Idealformen der Geschlechter klassifizierte, fänden sich im einzelnen Menschen niemals in reiner Ausprägung. Das Problem mit gerade dieser These einer allfälligen wesensmäßigen Bisexualität dürfte für heutige Gender-Denker in Weiningers deutlicher Misogynie begründet sein. Etliche seiner zahlreichen Anhänger (von Alfred Kubin bis zum ausgewiesenen Frauenfreund Karl Kraus) haben versucht, dies schönzureden. Erfolglos: Weininger verachtete das Weibliche.

Es gilt festzuhalten, daß zumindest für unsere Breiten – wobei der greise Psychoanalytiker Horst-Eberhard Richter darin längst ein globales Phänomen sieht – die Krise der Geschlechter die Krise schlechthin ist. Der ausufernde und buchstäblich bodenlose Genderdiskurs kennt vielfältige Implikationen. Der Bogen, der sich hier aufspannt, reicht von grundsätzlicher Identitätsproblematik, über Sexual- und Gebärverhalten, Arbeitsmarktpolitik bis hin zur Entwertung der heimischen Sphäre. Letztere weist ja über Erziehungsfragen weit hinaus (über verlorengegangene Kochkünste und andere zum dämlichen Klischeebild degradierte Hausfrauenfertigkeiten sowieso) und selbst in die Eigentumsfrage hinein: Wem Scholle und Herd – Begriffe, die ohne Führungszeichen heute fast schamlos nackt wirken – nichts mehr gelten, wer auf Nachwuchs (oder dessen Erziehung) verzichtet, findet das, was er sein Eigen nennen darf, nur mehr in der Welt

Horst-Eberhard Richter:
*Die Krise der Männlichkeit
in der unerwachsenen Ge-
sellschaft*, Gießen 2006.

der mobilen und flüchtigen Dinge. Ein weites Feld, das noch dringend mit Klugheit beackert werden sollte. Vorsicht ist hier geboten, sind doch Blut und Boden verbrannte Begriffe.

All jene Nichtigkeiten, die durch die populäre „Frauen sind anders, Männer auch“-Literatur hervorgehoben werden (vom Spielverhalten bis zur Einparkproblematik), verschleiern die tatsächliche Bedeutung dessen, was uns heute als bloß angelerntes „Rollenverhalten“ verkauft wird und in Wahrheit den grundlegendsten Menschheitsunterschied markiert.

Dabei scheint der Genderismus bei weitem (noch) nicht *mainstream*, sondern eine Art Elitenphänomen zu sein. Den mannigfaltigen Verlautbarungen von Ämtern, Gewerkschaften und Lehrstühlen sowie den ungezählten Neuerscheinungen wissenschaftlicher Fachverlage über diverse marginale Implikationen des *gender mainstreaming* (die einmal mehr Kopfschütteln erzeugen darüber, in welche randständige und millionenfach ungelesene Fragestellungen zig junge Wissenschaftlerinnen ganz reale Lebenszeit investieren) steht eine Vielzahl an gerade entgegengesetzten Meinungsäußerungen gegenüber. Gerade aus „Volkes Mund“: Dazu muß man einmal die Diskussionsbeiträge in Eva Hermans Netztagebuch (in der deutlichen Mehrzahl zustimmend) mit denen in Alice Schwarzers *blog* (überwiegend kritisch) vergleichen.

Dank für ihre Suada gegen die Karrierefrau hätten gerade einige ihrer schärfsten Kritiker an Frau Herman zu richten. Immerhin darf das Eva-Prinzip, als Gegnerschaft verstanden, in ungezählten Fällen nun, marketingtechnisch gewitzt, als Untertitel für gedruckte „eigene Meinungen“ dienen. Einige darunter sind der Erwähnung kaum wert und müssen nun irgendwie entsorgt werden. Daß in unserem Haushalt keine Bücher mehr verbrannt werden, liegt nicht an der Einsicht in die Despektierlichkeit solchen Vorgangs, sondern an der glaubwürdigen Aussage des Kaminfegers, der Heizwert sei gering, die entstehenden Rußablagerungen aber beträchtlich. Daher kommen Bücher bestimmter Kategorien nicht mehr auf dem Kaminholz zu liegen, sondern gelten als Saunalektüre. Nach zwei Saunadurchgängen versagt die Leimbindung, zeitgleich ist der Inhalt erfaßt, hernach steht die Altpapiertonne bereit. Als Kategorie gilt hier keine geistige – wo leben wir denn! –, sondern eine gewissermaßen antimaterialistische Auffassung: Wozu bloße Buchstaben horten, warum Regalmeter vergeuden für Schrifttum, das keinesfalls Geist, nicht einmal Ungeist ist, an dem man sich entzünden könnte. Es ist einfach nichts, gar nichts. In der Klimadebatte, nebenbei, müßte endlich auch die Vermeidung von solichem ressourcenaufwendigen Gedankenmüll ihren Platz finden.

Eines dieser Produkte – Traktat wäre deutlich zuviel gesagt – stellt Désirée Nicks *Eva go home* dar. Man darf die aufgeblondete RTL-Schlammkönigin zitieren und das Zitierte (ursprünglich gegen Herman gerichtet) gegen sie selbst wenden: „Über den Inhalt des Buches weiß man Bescheid, ohne es gelesen zu haben. Aufmerksamkeit zu bekommen oder gar Bücher zu verkaufen sagt absolut gar nichts über die Qualität von Parolen aus. Aufmerksamkeit wird jedem Unsinn zuteil, wenn er nur katastrophal genug ist. Und Interesse findet man dank unserer medialen Vernetzungen für jegliche Art von Abnormität.“ Nick ist sechsundvierzig, war einst Lehrerin für katholische Religion und reüssiert seit Jahren mit Kabarettprogrammen wie „Hängetitten deluxe“. Ihr vielbeworbener Rundumschlag gegen das Herman-Buch (O-Ton: „Eva H. diskriminiert die Emanzipation“) soll witzig und fulminant sein, versiegt aber erwartbar in aberwitzigem Gequatsche à la „Mädels, laßt euch nicht verarschen!“ und „Drum laßt uns Frauen weitergehen – Brustwarzen gegen den Wind.“

Altpapier, zweitens: das von „Herrmann Evers“ (wie einfallsreich!) wohl binnen eines bierseligen Abends hingesudelte *Super Eva! Männer sagen Danke für eine neue Dämlichkeit*. Das Witzigkeitsniveau ländlicher Hauptschulparties dürfte höher sein als die fiktiven Porträts der angeblich evakompatiblen neuen Männer, die Evers hier bemüht launig in ihren „angestammten Territorien“ vorstellt: im Puff natürlich, im Fitneß-Studio, in der Kneipe. Einzige Frage, die offenbleibt: Wie kann ein Autor, wie ein Verlag so etwas nötig haben? Weininger würde sagen, Geschwätzigkeit – hier gar inhaltslose – sei eine Kategorie der Weiblichkeit. Das gilt auch, zwar um etliche Niveaus höher zu veranlagten, für den Rede- und Schreibdrang, der den Suhrkamp-Hausautor, Radio-DJ und vielgefragten Podiumsdiskutierer Thomas Meinecke antreibt.

Désirée Nick: *Eva go home. Eine Streitschrift*, Frankfurt a.M. 2007.

Herrmann Evers: *Super Eva! Männer sagen Danke für eine neue Dämlichkeit*, Frankfurt a.M. 2006.

Thomas Meinecke: *Feldforschung. Erzählungen*, Frankfurt a.M. 2006.



Man darf sich ernsthaft fragen, womit sich Meinecke seinen Ruhm verdient hat. Der harmlos-behäßig wirkende zweiundfünfzigjährige Hamburger punktet mit seinen dekonstruktivistischen Kollagen zu Themen der Pop-Sphäre als Jedermannsliebbling in der Medienwelt. Seine jüngste Textsammlung zur Genderthematik ist teilweise englisch verfasst, der Rest gemahnt häufig an halbgeare Übersetzungen aus dem Amerikanischen, deren Übersetzung in ein Deutsch für das Normal-Gehirn notwendig, aber eben auch völlig überflüssig wäre. Meinecke: „Als Mae West zur Blütezeit des flachbrüstigen Working Girls die kurvenreiche Diva der 1890er Jahre wiedereinsetzte und zur am eigenen Leib recycelten, resignifizierten, nämlich auch noch um einen dem komplexen afrikanisch-amerikanischen Signifying entlehnten Jive erweiterten Darstellung brachte, war es logisch bereits female Impersonation im Sinn von High camp als schräger Strategie, in der Vergnügen und Kritik zur Deckung gelangten.“ Es geht, meist affirmativ, habituell mitwischerisch und stets intellektualistisch gespreizt, um Kleintiere in prominenten Männerhintern, um apokryphe Bibelstellen, die Jesus als Schwulen entlarven. Mit seiner Vorliebe für die Struktur der Oberfläche, für Glitter und Tand liefert Meinecke geschliffen-hybriden Intim-Klatsch für akademisch Fortgeschrittene. Um im Slang des Autors zu bleiben: *trash*.

Reichlich geschwätzig zeigt sich ebenfalls die studierte Philosophin Thea Dorn (Christiane Scherer lehnte ihren Künstlernamen an T. Adorno an) in ihrer Studie über jene Anti-Evas, die sie als „Germanys next Rolemodels“ begreift.

Thea Dorn: *Die neue F-Klasse. Wie die Zukunft von Frauen gemacht wird*, München 2006.

Weininger übrigens sah Emanzipationsbedürftigkeit allein in „dem Anteil M“ begründet, den eben jene Frauen in sich trügen. Dorns Interviews mit acht mustergültigen Karrierefrauen wie der allseits gefeierten Moderatorin Charlotte Roche (über deren Faible für harte Pornos) und der antiislamistischen Frauenrechtlerin Seyran Ates (über deren teils sehr private Vorlieben und Probleme) sind weitgehend ohne Neuigkeitswert (paradigmatisch etwa die Frage an die schöne Minenräumerin Vera Bohle: „Gehe ich recht in der Annahme, daß Du schon als Mädchen lieber mit Wasserpistolen als mit Puppen gespielt hast?“), wenn auch unterhaltsam zu lesen. Verzichtbar dagegen das eigene insgesamt sechzigseitige Erfolgsfrau-Entblößungsprogramm, mit dem die telegene Talk-Dame Dorn, die mit vor Männerblut triefenden Splatterkrimis berühmt wurde, ihre Gespräche einrahmt. Daß sie mit siebzehn entjungfert wurde und seither „mit den wenigsten ein zweites mal schlief“ – wer will das wissen, und was nutzt dies der von ihr konstatierten „finsteren Lage“ der Frauen, die beispielsweise als Leiterinnen von Mordkommissionen immer noch beklagenswert unterrepräsentiert sind? So ist es: Die neuen Anti-Evas verbitten sich das Gejammer um strukturelle Benachteiligung, um eben solche doch wieder und wieder festzustellen. Daher kommt auch Karin Deckenbachs „freche und selbstbewußte“ „Abrechnung mit den Zumutungen, denen Frauen heute wieder ausgesetzt sind“ reichlich jämmerlich daher. Unglaublich, daß immer noch über neunzig Prozent der Ehefrauen den Namen des Gatten annehmen! Daß es immer noch Frauen gibt, die für ihre Kinder den erlernten Beruf aufgeben, obgleich „die Verhältnisse sie nicht dazu zwingen“! Die hier breitträumig zitierten geistig-emotionalen Beschäftigungsräume cooler *selfmade*-Ladies sind beredt: Welche Art Sex mit welchem Mann *groovt* am meisten? Und was tun mit dem „spröden“ Mann, der beim ersten *date* nicht mal knutschen will? Ein Schelm, der hier erneut auf Weininger zurückgreift, der für das Vollweib nur zwei Wege bereithielt: den der Mutter oder den der Dirne. Dabei hat Deckenbach ihrer Kollegin Herman doppelt zu danken: Die Eva-Vorlage dient hier nicht nur dazu, um mit persönlichen Beobachtungen und Bauchgefühlen einen Gegentrend herbeizupalavern, die Autorin füllt ihr redseliges Konvolut zudem seitenlang mit Auszügen aus Hermans Buch.

Karin Deckenbach: *War was, Eva? Wer sich nicht wehrt, endet am Herd*, München 2006.

Neben all dem Müll gibt es auch zwei Neuerscheinungen zum großen Themenkreis der Geschlechterrollen, die an sich keine Gemeinsamkeiten

aufweisen, sich aber in zwei Punkten deutlich von den oben besprochenen abheben: a) kommen sie im Titel ganz ohne Rosa-Pink und Dekolleté aus, b) bedeutet ihre Lektüre unbedingten Gewinn.

Zum einen handelt es sich um das schmale Bändchen *Gender* aus der Feder des journalistisch begnadeten Volker Zastrow. Die beiden Aufsätze *Politische Geschlechtsumwandlung* und *Der kleine Unterschied* sind 2006 bereits in der *FAZ* erschienen. Wer mit dem feministischen Diskurs ein wenig vertraut ist, wird zwar keine wirklich neuen Erkenntnisse gewinnen aus der Darstellung der Sachlage des hochamtlichen *gender mainstreamings* und der Wiedergabe des brutal gescheiterten Menschenversuchs des amerikanischen Psychiaters John Money, der aus dem genital operativ beschädigten Zwilling Bruce Reimer durch rigide Erziehungsmaßnahmen und Hormongaben Brenda Reimer werden ließ. Gleichwohl bringt Zastrow die Sachlage detailliert auf den Punkt; er liefert somit prägnante Grundlagenlektüre. Grundsätzliches hat ebenfalls die sieben- und vierzigjährige *Zeit*-Redakteurin, Fernsehfrau und Jury-Vorsitzende des Ingeborg-Bachmann-Preises Iris Radisch im Blick, und dies ohne ausgelutschte Kampfbegriffe wie „Rabenmutter“ oder „Eva Herman“ im Munde zu führen oder sich als dreihundertfünfzigste Wortmelderin auf den vielbespielten familienpolitischen Schauplätzen zu tummeln. Radisch pflegt einen Essay-Stil, wie man ihn sich wünscht. Das privat grundierte Mitteilungsbedürfnis mit all seinen assoziativen Verkettungen wird hier nicht von ideologieversessener Polemik getragen, sondern atmet die Weisheit eines „gelebten Lebens“: Die sperrangelweit offenen Türen, die derzeit der verkniffene Haufe der *mainstream*-Doppelbelasteten einrennt, meidet Radisch. Stattdessen richtet sie den prüfenden Blick auf die knirschenden Türangeln und den an den Rahmen abblätternen Putz. Ihr Eingangsszenario handelt vom Mann der Stunde, der abends aus „Vorstandszentrale und Hauptquartier“ heimkehrt. Er will sich zu seiner Frau „auf die Gartenbank setzen und ihren Kindern beim Spielen zuschauen. Aber siehe da: Zu Hause steht die Wiege leer, und die Frau ist arbeiten.“

Radisch, darin gleicht sie ihren vollemanzipten Kombattantinnen in der Hermans-Schlacht, ist allein ihrem Milieu und Ausbildungsgrad verhaftet. Die Rede ist durchweg von akademischen Müttern; Angehörige des Prekariats und das Gros der austauschbar Beschäftigten bleiben außen vor. Solche Schwerpunktsetzung hat ihr Recht, eben weil der Rollen-Diskurs ein elitärer ist. Wo Thea Dorn sich gegen Kinder entschied aufgrund des „Spannungsverhältnisses zwischen ‚Moderne‘ und Mutterschaft“, hat Radisch (bei ähnlichem Ausgangspunkt: „Mit Kindern kommt die Moderne ins Stottern“) eben diesen Spagat vollzogen. Sie schreibt als „späte Mutter“ dreier Töchter (verheiratet übrigens mit *FAZ*-Redakteur Eberhard Rathgeb) und Vollzeit-Karrierefrau intellektuellster Prägung.

Unsere Gattung, stellt Radisch fest, habe sich „ihr Leben so eingerichtet, daß dieses Leben der eigenen Fortpflanzung nicht mehr zuträglich ist. Die selbsterlebten „Verkrüppelungen eines akademischen Lebens in den gebärfähigsten Jahren“ („mein spezieller Alltag entsprach jahrelang dem eines intellektuellen Rentnerpaares“) beschreibt sie als realistischen Allgemeinzustand. Der Kampf um die Rückkehr der gebildeten Frau (die Autorin spricht von der ersten Generation der „Bildungszombies“) an Herd und Wiege ist in Radischs Augen ausgefochten, ohne aber – wie ihre Kolleginnen – einer „Schönfärberei der familiären Liberalisierungsschäden“ das Wort zu reden. Wie aber finden wir in unserer rundum gesättigten Wohlfühlwelt zu Kindern, Glück und Liebe? Mit der Abschaffung des Ehejochs vergangener Müttergeneration habe die Liebe andererseits „ihr Gehäuse verloren“: Nicht dem Weg der harten Zahlen (Gebärquoten etc.) gilt Radischs Annäherung, sondern dem „weichen“ Terrain der Liebeskonstellationen. Mit der Proklamierung einer „gleichberechtigten Partnerschaft als Lichtgestalt unter den Liebesmodellen“ tangiert sie nur oberflächlich betrachtet altbacken-sozialdemokratische Klischees. Unterm Strich sind wir hier nämlich wieder bei Weininger, dem unsäglichen, dessen Grundgesetz lautete: „Zur sexuellen Vereinigung trachten immer ein ganzer Mann (M) und ein ganzes Weib (W) zusammenzukommen, wenn auch auf die zwei verschiedenen Individuen in jedem einzelnen Fall in verschiedenem Verhältnisse verteilt.“ Die Unfallrate auf dem Emanzipationsweg sei enorm, gesteht Radisch ein. Ihr Versuch erscheint eventuell lebenswert, lesenswert allemal. Ob er gelungen ist, dürfen ihre Enkel beschreiben.



Volker Zastrow: *Gender. Politische Geschlechtsumwandlung*, Waltrop und Leipzig 2006.

Iris Radisch: *Die Schule der Frauen. Wie wir die Familie neu erfinden*, München 2007.

Entwicklungspsychologie als Schlüssel

von Andreas Vonderach

Der Aachener Soziologe Georg W. Oesterdiekhoff hat in den letzten Jahren in mehreren Büchern eine umfassende Theorie zur Kulturbedingtheit der kognitiven Fähigkeiten des Menschen vorgelegt.

Ihr Kern besteht in der konsequenten Anwendung der Entwicklungspsychologie Jean Piagets (1896–1980). Piaget ist durch Beobachtungen und Experimente zu einem Vier-Stadien-Schema der kindlichen Entwicklung der kognitiven Fähigkeiten gelangt, wobei die höheren Stadien auf den niedrigeren aufbauen. Der Säugling bis etwa anderthalb Jahre verharrt noch in einer vorstellungslosen, *sensomotorischen* Phase des Denkens. In ihr orientiert sich das Kind sinnlich in seiner räumlich-gegenständlichen Umgebung. Im zweiten Lebensjahr entwickelt es die Fähigkeit zum symbolischen Denken, das heißt äußere Sachverhalte innerlich zu repräsentieren. Diese *präoperationale* Phase dauert etwa bis zum sechsten oder siebenten Lebensjahr. Sie überwindet die Beschränkung auf das Hier und Jetzt der sinnlichen Wahrnehmung. Ab dem sechsten Lebensjahr wird allmählich die Phase der *konkreten Operationen* aufgebaut. In ihr gelingt der logische Umgang mit konkreten Objekten und Sachverhalten. Zum Beispiel ist das Kind nun in der Lage zu erkennen, daß in ein schmaleres Glas umgegossenes Wasser einen höheren Wasserspiegel ergeben muß (sogenannte Mengenerhaltung). Erst ab dem zehnten Lebensjahr beginnt dann die Phase der *formalen Operationen*. In ihr kann das Kind das logische Denken auch auf abstrakte, sinnlich nicht wahrnehmbare Sachverhalte anwenden. Erst in diesem Stadium ist es in der Lage, Hypothesen und Theorien zu entwickeln und auf die eigene Subjektivität kritisch zu reflektieren.

Piagets Erkenntnisse sind vor allem für die Kinderpsychologie und die Pädagogik fruchtbar geworden. Weniger bekannt ist, daß auch zahl-

Georg W. Oesterdiekhoff:
Kulturelle Evolution des Geistes. Die historische Wechselwirkung von Psyche und Gesellschaft. (Strukturgenetische Psychologie und sozialer Wandel; 1), Münster und Hamburg 2006.

reiche an Piaget orientierte Untersuchungen in außereuropäischen Kulturen durchgeführt wurden. Oesterdiekhoff spricht von mehr als tausend Untersuchungen in über hundert Ethnien in den letzten siebzig Jahren. Obwohl die Ergebnisse in eine eindeutige Richtung weisen, sind aus ihnen nie systematische Schlußfolgerungen gezogen worden. Das wundert einen auch nicht, kennt man erst einmal ihre von Oesterdiekhoff zusammengefaßten Ergebnisse: Danach durchlaufen zwar alle Menschen das sensomotorische und das präoperationale Stadium. Hinsichtlich der nächsten beiden Stadien der konkreten und formalen Operationen zeigen die Befunde aber ebenso eindeutig, daß sie in den Entwicklungsländern nur von einem Teil der Menschen oder gar nicht entwickelt werden.

In traditionellen Regionen Afrikas, Asiens, Ozeaniens oder Lateinamerikas erreichen nur etwa dreißig bis fünfzig Prozent der Menschen die Phase der konkreten Operationen. Isolierte archaische Bevölkerungen (zum Beispiel australische Aborigines) entwickeln das operationale Stadium überhaupt nicht. Das Stadium der formalen Operationen mit seinem abstrakten, begrifflichen Denken wird selbst in den modernen Industrienationen nur von einem Teil der Menschen erreicht. Je nach Schwierigkeitsgrad beherrschen in diesen Ländern knapp die Hälfte bis etwa neunzig Prozent der Bevölkerung das formal-logische Denken. In einfachen, vormodernen Gesellschaften fehlt es völlig. In den Entwicklungsländern findet man es überhaupt nur bei Menschen, die eine Schule nach westlichem Muster besucht haben.

Es überrascht nicht, daß die meisten Untersucher dazu tendierten, ihre eigenen Ergebnisse abzuschwächen, und daß sie über die transkulturelle Kognitionsforschung hinaus praktisch unbekannt blieben. Tatsächlich werden sie durch die methodisch ganz anders gearteten Ergebnisse der psychometrischen IQ-Forschung bestätigt, die in allen Ländern der „Dritten Welt“ deutlich niedrigere Werte als in den westlichen Ländern fanden. Im Gegensatz zu den abstrakten IQ-Werten haben die Piagetschen Stadien jedoch den Vorteil, daß sie die kognitiven Defizite anschaulich machen. Gegenüber einer verbreiteten kulturellrelativistischen Interpretation als bloß „anderes“, prinzipiell gleichwertiges Denken, gelingt es Oesterdiekhoff nachzuweisen, daß es sich um tatsächliche kognitive Defizite handelt. Natürlich kann man sagen, daß zum Beispiel in einer traditionellen Jäger-und-Sammler-Kultur keine Notwendigkeit zum logischen Denken mit abstrakten Begriffen besteht, tatsächlich wird die Fähigkeit dazu aber auch nicht entwickelt. Man muß kein Formaldenker sein, um leben, jagen, Felder bewirtschaften, Häuser bauen oder Auto fahren zu können.

Oesterdiekhoff sieht das entscheidende Stimulans im mindestens dreijährigen Besuch einer Schule nach westlichem Vorbild. Das dort eingeübte, von konkreten Gegenständen losgelöste Denken (Grammatik, Mathematik) scheint zu dem entscheidenden Entwicklungsschritt zu befähigen. Entsprechend geschulte Angehörige traditioneller Kulturen erreichen ebenso wie Westler die fortgeschrittenen kognitiven Stadien. Oesterdiekhoff hält das für den Beweis, daß die intellektuellen Unterschiede zwischen den Europäern und den Bewohnern der Entwicklungsländer nicht auf genetischen Rassenunterschieden beruhen, sondern auf den Einflüssen der kulturellen Umwelt. Da die kognitiven Fortschritte mit der Entwicklung entsprechender neuronaler Strukturen verbunden sind, steht für sie nur ein bestimmtes ontogenetisches Zeitfenster zur Verfügung. Das heißt, wer als Jugendlicher das formal-operationale Denken nicht erlernt, hat dazu als Erwachsener keine Möglichkeit mehr.

Oesterdiekhoff verfolgt im einzelnen, welchen Einfluß die kognitiven Strukturen auf die Emotionen, das Weltbild und die Moral- und Rechtsvorstellungen in den vormodernen Kulturen haben. Aus ihnen leitet er magisches Denken und Animismus ab. Charakteristisch ist die Unfähigkeit zur Trennung von subjektiver und objektiver Wirklichkeit. Fabulieren und Lügen wirken als Selbstsuggestion. Das präformale Denken ist unfähig, die Perspektive des Anderen zu übernehmen. Es gibt keinen Zufall, hinter jedem Ereignis steckt ein tieferer Sinn. Unglücke sind Strafen Gottes oder Folgen magischer Beeinflussung (Hexerei). Der Welt wohnt eine „immanente Gerechtigkeit“ inne, Handlungen ziehen ihre Sanktionierung automatisch nach sich („das Kind wäre nicht ins Wasser gefallen, wenn es nicht gestohlen hätte“). Das soziale Handeln ist persönlich und konkret, nie prinzipiell. Empirische Untersuchungen über das moralische

Georg W. Oesterdiekhoff: *Archaische Kultur und moderne Zivilisation*, (Strukturgenetische Psychologie und sozialer Wandel; 2), Münster und Hamburg, 2006.

Georg W. Oesterdiekhoff: *Kulturelle Bedingungen kognitiver Entwicklung. Der strukturgenetische Ansatz in der Soziologie*, Frankfurt a.M. 1997.

Urteilen in außereuropäischen Kulturen zeigen, daß dort die Orientierung an Gehorsam und Bestrafung sowie am eigenen Vorteil vorherrschen, und die entwickelteren, auf der Verinnerlichung abstrakter Prinzipien beruhenden Stufen fehlen.

Lawrence Kohlberg und Elliot Turiel: *Moralische Entwicklung und Erziehung*, in: Gerhard Portele (Hrsg.): *Sozialisation und Moral*, Weinheim 1978.

Aus der mangelnden sozialen Perspektivübernahme resultieren das grausame Strafrecht und die Allgegenwart von Gewalt in vormodernen Kulturen. Auch das europäische Mittelalter und die antiken Hochkulturen zeigen nach Oesterdiekhoff diese Strukturmerkmale. Im germanischen Mittelalter galten Schwerter und Schiffe als beseelt. Gegenständen und Haustieren konnte der Prozeß gemacht werden. Noch im siebzehnten Jahrhundert schrieben Rechtsgelehrte Abhandlungen über Leichen, die in Gegenwart ihres Mörders zu bluten anfangen. Das formal-logische Denken ist demnach keine zeitlose anthropologische Konstante, sondern erst historisch im Zuge der europäischen Neuzeit entstanden. Die Unterschiede zwischen den vormodernen Kulturen, von steinzeitlichen Jägern bis zur Antike, spielen sich nach Oesterdiekhoff alle im präformalen Bereich ab.

Oesterdiekhoffs Theorie beeindruckt durch die Folgerichtigkeit ihrer Argumentation. Da die Piagetsche Theorie schon ein gewisses Alter hat, stellt sich allerdings die Frage, wie sie von der aktuellen Entwicklungspsychologie eingeschätzt wird und ob möglicherweise neue Erkenntnisse Oesterdiekhoffs Theorie entwerten. Neuere Forschungsergebnisse deuten darauf hin, daß die kognitiven Stadien nicht

universell, sondern eher bereichsspezifisch entwickelt werden. So lassen sich manche Fähigkeiten, die nach Piaget erst in höheren Stadien auftreten, auch schon bei jüngeren Kindern nachweisen. Das gilt für kausales Denken und auch für die Unterscheidung von Realität und Fiktion, wobei letztere aber immer noch als viel wirklicher erlebt wird als von Erwachsenen. Der Grund für das frühere Auftreten operationaler Fähigkeiten wird zum Teil in einer allgemeinen Akzeleration (Entwicklungsbeschleunigung) in den letzten Jahrzehnten in der westlichen Kultur gesehen. Oesterdiekhoffs Argumentation wird durch diese Befunde kaum entkräftet, ja, soweit man eine Entwicklungsbeschleunigung annehmen kann, sogar bestätigt.

Eine Schwäche von Oesterdiekhoffs Theorie stellt meiner Ansicht nach die allzu summarische Zusammenfassung aller vormodernen Kulturen als präformal dar. Es gibt viele Hinweise darauf, daß es auch schon in den alten Hochkulturen formal operationales Denken gab. So sind schon im alten Mesopotamien komplexe Formen wissenschaftlichen Denkens wie die Annahme von Gesetzmäßigkeiten und Hypothesenbildung nachweisbar. In der Antike hatte die Wissenschaft in der hellenistischen Zeit eine Blüte, die alle Zeichen abstrakten theoretischen Denkens aufwies (Euklid, Archimedes). So waren die Griechen schon zu einer ziemlich genauen Berechnung der Entfernung der Sonne und des Mondes in der Lage. Ebenso ist sicher auch für andere Hochkulturen die Existenz formal-operationalen Denkens nicht auszuschließen. Es dürfte sich dabei aber immer nur um die Fähigkeit einer kleinen Elite gehandelt haben, die oftmals ihr Wissen als Herrschaftswissen eifersüchtig hütete. Zu einer weiteren Verbreitung fand das formal-logische Denken tatsächlich erst im neuzeitlichen Europa.

Oesterdiekhoff sieht in der Tatsache, daß auch Nichtwestler das formale Stadium erreichen können, den Nachweis für den nichtgenetischen Charakter der vorgefundenen Intelligenzunterschiede. Ohne Zweifel ist Oesterdiekhoffs Theorie das zur Zeit schärfste Schwert im Lager der Milieutheoretiker – auch wenn die meisten von ihnen das noch nicht begriffen haben. Die Gegenthese, nämlich daß den IQ-Unterschieden genetisch begründete Rassenunterschiede zugrunde liegen, wird von dem britischen Psychologen Richard Lynn vertreten. Der gibt in seinem Buch *Race Differences in Intelligence* einen weltweiten Überblick über die bisherigen



Vor der Zivilisierung. Gruppe von Apachen am Ende des neunzehnten Jahrhunderts

Lucio Russo: *Die vergessene Revolution oder die Wiedergeburt des antiken Wissens*, Berlin 2005.

IQ-Ergebnisse. Die auch in einer Karte dargestellten Unterschiede sind eindrucksvoll: Der durchschnittliche IQ der autochthonen Bevölkerung (ohne eingewanderte Europäer) beträgt in Ostasien (China, Japan, Korea) 105, in Europa 100, in Südostasien 90, in Nordafrika, dem Mittleren Osten, Südasien und Amerika 85, in Schwarzafrika 67 und ist am niedrigsten bei den noch altsteinzeitlich lebenden Australiern (62) und südafrikanischen Buschleuten (56). Lynn verweist auf die Korrelation zur Gehirngröße, deren geographische Verteilung mit der des IQ weitgehend parallel geht, und sieht in den vorgefundenen Unterschieden das Ergebnis einer Evolution in Anpassung an das Klima. Die harten Überlebensbedingungen im kalten, eiszeitlichen Klima des Nordens evoluierten den hohen IQ der Ostasiaten und Europäer. Von den Umwelteinflüssen, deren Einfluß auf die geographischen IQ-Unterschiede er auf maximal fünfzig Prozent schätzt, erachtet Lynn die Ernährung, die während des kindlichen Wachstums auch die Gehirnentwicklung beeinflussen kann, als am wichtigsten, während er im Gegensatz zu Oesterdiekhoff der Erziehung nur eine geringe Bedeutung einräumt.

Oesterdiekhoff zitiert als Beleg für die große Rolle der Erziehung ältere IQ-Untersuchungen, die für noch traditionell lebende Chinesen und Japaner einen niedrigen IQ auswiesen, und Adoptionsstudien, die bei in weißen Mittelschichtfamilien aufgewachsenen schwarzen Kindern einen überdurchschnittlichen IQ fanden. Lynn beruft sich auf Studien, wonach südafrikanische Schüler und indische Studenten auch nach langjährigem Schulbesuch nur einen mäßigen IQ zeigen, sowie auf Adoptionsstudien, nach denen der IQ der Adoptierten dem ihrer ethnischen Herkunftsgruppe ähnlicher ist als dem ihrer Adoptiveltern. Letztere Adoptionsstudien scheinen gegenüber denen mit positiverem Adoptionseffekt zahlenmäßig zu überwiegen. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß beide Autoren bevorzugt solche Untersuchungsergebnisse zitieren, die ihre Theorien bestätigen. Offensichtlich gibt es beides, Nichtwestler, die bei entsprechender Ausbildung westliches Niveau erreichen, und solche, die es trotz Förderung eben nicht erreichen. Welches Phänomen von beiden das signifikantere ist und welche Faktoren hier wirksam sind, ist noch völlig offen. Stellen die erfolgreichen Nichtwestler genetische Siebungsgruppen ihrer Populationen dar, heimische Eliten, die schon einen Aufstiegsprozeß innerhalb ihrer Kultur hinter sich haben? Sind bei den Nichterfolgreichen trotz Förderung immer noch retardierende Einflüsse ihrer Kultur und sozialen Stellung wirksam? Ausschließen kann man beides sicher nicht. Auf jeden Fall zeigen die Befunde Oesterdiekhoffs, daß man die hohe Heritabilität der IQ-Unterschiede innerhalb von Populationen nicht so ohne weiteres auf die Unterschiede zwischen den Rassen und Völkern übertragen kann.

Die von Oesterdiekhoff zusammengestellten Befunde stellen eine eindruckliche Warnung vor einer naiven Verallgemeinerung europäischer Denkmuster dar. Stärker noch als die IQ-Untersuchungen machen die entwicklungspsychologischen Daten deutlich, wie weit die Realität der meisten außereuropäischen Kulturen von jenen verharmlosenden Multikultur-Vorstellungen entfernt ist, die in kulturellen Unterschieden lediglich folkloristische Äußerlichkeiten sehen wollen. Das weitgehende Fehlen formal-operationalen Denkens dürfte auch der Grund für das Fehlschlagen so vieler Demokratisierungs- und Entwicklungshilfeprojekte in der „Dritten Welt“ sein. Politisch legen die kognitionspsychologischen Erkenntnisse meines Erachtens vor allem zwei Schlußfolgerungen nahe: Erstens müssen die Gefahren einer ungesteuerten Einwanderung deutlich gemacht werden, und zweitens die Notwendigkeit konsequenter Schulbildung, insbesondere schon im Vor- und Grundschulalter.

Kurt Reusser: *Jean Piagets Theorie der Entwicklung des Erkennens*, in: *Enzyklopädie der Psychologie*, Themenbereich C, Serie V, Bd 1: *Theorien, Modelle und Methoden der Entwicklungspsychologie*, Göttingen 2006.



Nach Beginn der Zivilisierung. Gruppe derselben Apachen nach Aufnahme in eine Missionsschule

Richard Lynn: *Race Differences in Intelligence. An Evolutionary Analysis*, Augusta (Georgia) 2006.

Gerhard Meisenberg: *Challenging the Belief in a (Genetically) Just World*, in: *The Mankind Quarterly* 47/1-2, 2006.

Kampf um Frauen – Macht und Ohnmacht der „nackten Äste“

von Josef Daum

Vor mehr als sechs Jahren stellte der linksliberale Ethnologe Georg Elwert unter der Überschrift *Die rüden Krieger* in der *Zeit* (39/2000) die These auf, bei der Gewalt gegen Ausländer in den neuen Bundesländern handle es sich nicht um ideologisch bedingte Taten, sondern um den Bestandteil eines Mannbarkeitsrituals. Eine solche gewalttätige Initiation junger Männer sei in sehr vielen Kulturen zu finden: „Männer zwischen fünfzehn und fünfundzwanzig, besonders kräftig und kreativ, suchen Gemeinschaft, Risiko und Ehre. In der Jugend schafft man Bünde und Organisationen, die besser halten als alles, was nachkommt. Im Risiko suchen junge Leute Selbsterfahrung bis an die Grenzen.“ Später, kurz vor seinem frühen Tod, ergänzte der wissenschaftspolitisch einflußreiche Forscher, er halte es für wenig sinnvoll, grundsätzlich zu leugnen, „daß es in der menschlichen Geschichte selektive Prozesse gibt, die auf variierende Merkmale bezogen einen evolutionären Effekt haben“. Er meinte damit biologische Einflüsse auf menschliches Verhalten, die nicht zu leugnen für einen deutschen Sozialwissenschaftler etwas Ungewöhnliches ist. Worauf Elwert hinauswollte, sagte er klipp und klar: „Das Morden erscheint als eine Spezialität junger Männer.“ Risikofreudiges Verhalten schein „bei jungen Männern ein Teil des genetisch angelegten Programms zu sein.“ Die Gewalt äußere sich jedoch nur unter „bestimmten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen“ (*Biologische und sozialanthropologische Ansätze in der Konkurrenz der Perspektiven*, in: Wilhelm H. Heitmeyer und Hans Georg Soeffner (Hrsg.): *Gewalt*, Frankfurt a.M. 2004).

Diese „Rahmenbedingungen“ haben die Politikwissenschaftlerinnen Valerie M. Hudson und Andrea M. den Boer in ihrem Buch *Bare Branches. The Security Implications of Asia's*

Surplus Male Population (Cambridge 2004) untersucht. „Nackte Äste“ nennt man in Ostasien, wo das Problem heute besonders virulent ist, das Phänomen junger Männer, die aus demographischen Gründen keine Frau finden können. Polygamie, Hypergamie und Infantizid sind die universellen Muster, die zu diesem Männerüberhang führen. Unter Polygamie versteht man die Neigung mächtiger Männer, mehr als eine Frau zu ehelichen, unter Hypergamie die Neigung von Frauen, sozial „aufwärts“ zu heiraten. Infantizid bedeutet die weit verbreitete Erscheinung, daß die Zahl der Kinder, vor allem Mädchen, durch Schwangerschaftsabbruch oder Kindstötung reduziert wird.

Wenn Frauen knapp werden, sind aufgrund der Neigung von Frauen, Männer mit höherem sozialem Status zu heiraten, vor allem die Männer der Unterschicht von Ehelosigkeit betroffen. Das hat in vielen Kulturen Auswirkungen auf das gesamte soziale Gefüge: unverheiratete Männer werden zu permanenten Außenseitern. In diesem Fall kommen universelle statistische Tatsachen zum tragen: Männer sind gewalttätiger als Frauen. Junge Männer zeigen häufiger antisoziale Verhaltensweisen als ältere. Unverheiratete Männer neigen eher zur Gewalt als verheiratete. Männer mit niedrigem sozialem Status sind gewalttätiger als Männer mit hohem sozialem Status. Der Mißbrauch von Drogen und Alkohol macht den Ausbruch von Gewalt wahrscheinlicher. Junge, unverheiratete Männer riskieren Gewalt eher in Gruppen als allein. Das bedeutet: Die „nackten Äste“ sind, wo sie zu einem Massenphänomen werden, sozialer Sprengstoff.

Die antisozialen Instinkte dieser jungen Männer aus der Unterschicht werden nicht durch Ehe und Vaterschaft pazifiziert. Sie sind eine Gefahr für sich selbst und ihre Umwelt, besonders

für Frauen. Denn mehr potentielle Bewerber bedeuten für die Frauen nicht etwa mehr Wahlfreiheit, sondern das Gegenteil: Frauen werden entführt oder bereits im Kindesalter verheiratet. Sie können das Opfer von Übergriffen Fremder sein und unterstehen der permanenten Kontrolle durch die eigenen Männer. Auf der anderen Seite entwickeln die Männer aus den Unterschichten eine Konkurrenzkultur, die immer nur einen Schritt von der Gewalttätigkeit entfernt ist. Kein Wunder, daß die Autorinnen feststellen: „Es gibt nur wenige Dinge, die bei einer herrschenden Elite mehr Angst verursachen als eine Masse unverheirateter, kinderloser Männer mit einem Minimum an politischer Energie.“

Aus diesem Grund beschäftigte sich Frank Schirmmacher in der FAZ vom 20. September 2006 mit der Rolle des Männerüberschusses in Mitteldeutschland für die politische Perspektive der NPD: Aufgrund der Frauenarmut in Mitteldeutschland, so Schirmmacher, entziehe sich das Problem allen „sozialtherapeutischen Maßnahmen“. Zwischen Harz und Oder herrscht ein Geschlechterverhältnis wie sonst nur in Ostasien und in Europa allenfalls in Nordschweden und Nordfinnland. In den neuen Bundesländern kommen nach Untersuchungen der Universität Greifswald schon heute auf 100 Männer nur 86,5 Frauen. In sechs bis sieben Jahren werden zwei Männer um die Gunst einer Frau konkurrieren müssen, betonte der Chemnitzer Soziologe Bernhard Nauck bereits in einer Pressemitteilung vom 4. Dezember 2001 (www.tu-chemnitz.de/tu/presse/2001/12.04-13.30.html). Damit wäre die klassische Situation zur Formierung gewalttätiger Männerbünde bereits gegeben. Schirmmacher kommt zu der Einschätzung: „Die demographischen Ursachen des Extremismus erzeugen Risiken, die sich nur durch die kostspieligen Mittel von Überwachen und Strafen in Schach halten lassen.“

Schirmmacher ist nicht der erste, der solche Auffassungen vertritt. Die Herrschenden aller Zeiten und Länder haben sich einiges, darunter manches Skurrile einfallen lassen, um den ewigen Störenfrieden der gesellschaftlichen Ordnung Herr zu werden. In Australien forderten die offiziellen Stellen im neunzehnten Jahrhundert Prostituierte aus dem Mutterland an, weil sonst Rebellionen nicht zu verhindern wären. In den USA war der Kult um den Cowboy auch die Legitimierung einer Lebensform, in der sich überschüssige Männer mehr oder weniger ungestraft gegenseitig umbringen konnten. In Kalifornien wurde der Opiumkonsum chinesischer Immigranten toleriert, um die von Testosteron gesteuerte Vitalität der einsamen Einwanderer quasi einzuschläfern. In China, wo das Problem schon damals besonders prekär war, ging man während der Ming-Dynastie dazu über, Zweit- und Drittgeborene zu kastrieren, um das Übel sozusagen an der Wurzel zu packen. Mit dem Ergebnis, daß schließlich über 100.000 Eunuchen Dienst für den chinesischen Kaiser taten. Ein anderer Versuch zur selben Zeit in China sah vor, unverheiratete Söhne zu Mönchen zu



Sind sie zornig?

machen, in der Hoffnung, Spiritualität und Askese würden die jugendliche Zerstörungswut dämpfen. Die kämpferischen Shaolin-Mönche haben hier ihren Ursprung.

In den meisten Fällen brachte jedoch nur die Verlagerung des Problems nach außen durch Raubzüge und Kolonisation der Gesellschaft Entlastung. Dieser Mechanismus läßt sich bereits bei primitiven Völkern nachweisen. Der amerikanische Ethnologe Napoleon Chagnon stellte bei seinen Forschungen über das kleine Volk der Yanomami im brasilianisch-venezolanischen Grenzgebiet fest, daß der Frauenmangel, der durch die krasse Polygamie in ihrer Kultur bedingt war, zu regelrechten Raubzügen zur Erbeutung der Frauen anderer Stämme führte. In diesem „Krieg um Frauen“ kam dem „Töter“ das höchste Prestige zu. Mit seinem soziobiologischen Ansatz, Männlichkeitsideale mit der Verbesserung der individuellen genetischen Fitneß in Zusammenhang zu bringen, wurde Chagnon weltberühmt – und umstritten. (*Yanomami Social Organization and Warfare*, in: Morton Fried: *War. The Anthropology of Armed Conflict and Aggression*, Garden City 1967).

In Deutschland wird dieses Problem zunehmend virulenter. Seit den siebziger Jahren vergrößerten die Arbeitsmigranten den Männerüberschuß in Westdeutschland. Ohne die „Familienzusammenführung“, in deren Rahmen sich türkische Männer Frauen aus ihrer Heimat nachkommen ließen, wäre die Konkurrenz um Frauen vermutlich noch wesentlich härter und die Zahl sexueller Übergriffe größer gewesen. Die massive Abwanderung von Frauen aus Mitteldeutschland bringt heute das paradoxe Ergebnis hervor, daß dort alleinstehende Männer der Unterschicht als potentielle „nackte Äste“ einerseits besonders ansprechbar für völkisch-nationalistische Parolen sind, andererseits die Ehe mit Einwanderinnen, die in Deutschland ein besseres Leben suchen, mangels einheimischer Frauen für sie vermutlich die einzige Chance bietet, überhaupt eine Familie gründen zu können.

Preußen – Religion und Poesie

von Erik Lehnert

Nachdem die Tränen wieder getrocknet sind, die anlässlich des sechzigsten Jahrestages der Auflösung Preußens flossen, kann wieder zum Tagesgeschäft übergegangen werden. Da trifft es sich gut, daß ein Angehöriger der ehemaligen Alliierten, ein Buch über Preußen geschrieben hat, in dem er das, was damals als Grund für die Auflösung Preußens angegeben wurde, daß es „seit jeher Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland“ gewesen sei, schön widerlegt. Damit ist zweierlei Erkenntnis verbunden: zum einen, daß die Wahrheit doch irgendwann ans Tageslicht kommt, zum anderen, daß das die Weltgeschichte dann nicht mehr sonderlich interessiert. Mit anderen Worten: Preußen wird nicht neugegründet werden, nur weil jetzt vielleicht auch der anderen Seite klar ist, daß es so schlimm nicht war. Die Alliierten haben ja damals nicht das Urteil der Weltgeschichte vollstreckt, sondern eine Tatsache, die sie durch die Abtrennung des Großteils Preußens von Deutschland längst besiegelt hatten, durch einige, nach Begründung klingende Worte untermalt. Der Ruch des Irrationalen sollte vermieden und die wahren Gründe nicht offen geäußert werden. Ein Grundsatz, der lange vorgehalten und vor allem die deutsche Geschichtswissenschaft gelähmt hat. Merkwürdigerweise spart der von Wolfgang Neugebauer herausgegebene Band *Das Thema „Preußen“ in Wissenschaft und Wissenschaftspolitik des 19. und 20. Jahrhunderts* (Berlin: Duncker & Humblot 2006. 373 Seiten, kt., 84 €) den bundesrepublikanischen Umgang mit Preußen weitestgehend aus. Immerhin stellt Frank-Lothar Kroll in seinem Beitrag über *Preußenbild und Preußenforschung im Dritten Reich* fest, daß es sich um eine (bewußte?) Fehldeutung handelt, wenn Preußen nach 1945 „ursächlich mit der Etablierung nationalsozialistischer Herrschaft in Deutschland“ in Zusammenhang gebracht wurde.

Es ist bezeichnend, daß das oben erwähnte Buch *Preußen. Aufstieg und Niedergang 1600–1947* (München: Deutsche Verlags-Anstalt 2007. 896 Seiten, geb mit SU, Abb., 39.95 €) nicht von einem Deutschen stammt, sondern von einem Australier, der in England lehrt: Christopher Clark. Hierzulande ist es vielmehr üblich, ein Werturteil zu übernehmen, um dann an diesem Leitfaden die Fakten auszuwählen (Ausnahmen gibt es natürlich, zum Beispiel Hagen Schulze oder Thomas Nipperdey). Es ist, wenn man sich optimistisch gibt, erfreulich, daß das Buch bislang geradezu enthusiastisch besprochen wurde. Clark läßt die Vorurteile gegenüber Preußen nun nicht krachend einstürzen. Es ist kein kämpferisches, sondern ein sehr ausgewogenes Buch, das immer beide Seiten eines Sachverhalts zu Wort kommen läßt und oftmals in dieser Antinomie verharret, ohne sich für eine Argumentation zu entscheiden. Dabei steht offensichtlich die Überzeugung im Hintergrund, daß auch das Leben von Staaten nicht aufgeht, und daß es uns nicht ansteht, etwas zu verdammen, was wir nicht einmal ganz erfassen können.

Clark erzählt die Geschichte Preußens am Leitfaden der Entwicklung des Herrscherhauses, den Hohenzollern. Er setzt mit der Reformation ein, von der Vorgeschichte erfährt man recht wenig, und endet gefühlsmäßig 1871, den Fakten nach 1947. Mit dem Auftakt ist einer der tragenden Themenschwerpunkte Clarks bereits bezeichnet: Religion. Diese Gewichtung macht deutlich, daß ein Staat auf Religion gegründet sein muß. Ein Genie wie Friedrich der Große konnte sich nur vor dem Hintergrund der pietistischen Durchformung der Eliten Preußens entfalten. Seine Aufklärung hat daher nicht wenig Schuld am Untergang Preußens. Friedrich war zwar der erste Diener seines Staates, er war aber in einem positiven Sinn auch der Staat. Sein Tod

hinterließ ein Vakuum. Die Kraft des Pietismus, der in dem Offizier nicht den Haudegen favorisierte, sondern den von „Mäßigkeit, Selbstdisziplin und unbedingtem Gehorsam“ geprägten Führer, war dahin. Wie ein Fanal wirkt der tollkühne Tod von Prinz Louis Ferdinand. Zu den besten Stellen des Buches gehört die Verteidigung der Wöllnerschen Religionsedikte, die scheinbar eine alte Orthodoxie wiedererrichten wollten, in Wirklichkeit aber erkannt hatten, daß die Freiheit eine zweiseitige Sache ist, die den Untertan zu überfordern drohte. Wöllner hatte begriffen, daß es ohne Religion nicht geht. Aber dieser nüchterne Gedanke zeigt, daß es zu spät war. So wie jede „konservative Revolution“ war auch Wöllners Ansatz ein Kind der Aufklärung, der die Religion rein funktional bewertete.

Ähnlich, wenn auch ganz anders, war die romantische Opposition gegen den aufklärerischen Rationalismus, der sich Ende des achtzehnten Jahrhunderts zeigte, gelagert. Hier standen gleichsam Gefühl, Jugend und Poesie gegen Verstand, Alter und Moral. Staatspolitisch war Preußen nach dem Tod Friedrich des Großen „zur Norm in europäischen Dynastien“ (Clark) zurückgekehrt. Nach ihm kam ein großer Versager (unter dem Preußen ironischerweise die größte Ausdehnung seiner Geschichte erreichte) und dann kam Napoleon, der „Weltgeist zu Pferde“. In dieser Zeit ist das neue Buch von Günter de Bruyn *Als Poesie gut. Schicksale aus Berlins Kunstpoche 1786 bis 1807* (Frankfurt am Main: S. Fischer 2006. 524 Seiten, Ln mit SU, Abb., 24.90€) angesiedelt. Der Titel bezieht sich auf eine Bemerkung, die Friedrich Wilhelm III. zu einer militärischen Denkschrift von Gneisenau machte: „Als Poesie gut!“ Gneisenaus Erwiderung, daß allen „patriotischen, religiösen, sittlichen Gefühlen Poesie zugrunde läge und somit auch ‚die Sicherheit der Throne‘ auf Poesie gegründet sei“, ist gleichsam die These de Bruyns. Er erzählt deshalb in etwa fünfzig Kapiteln die Kulturgeschichte Preußens zwischen den Jahren 1786 und 1807 mit besonderem Blick auf Berlin, das sich damals zum „Spree-Athen“ entwickelte. Damit ist auch der tragische Zwiespalt bezeichnet, der sich zwischen dem König, der Poesie für Spielerei hielt, und den geistigen Eliten, die das von Friedrich dem Großen hinterlassene Vakuum wieder auffüllen wollten, auftrat.

Anhand von Biographien bekannter und weniger bekannter Persönlichkeiten erzählt de Bruyn auf seine unnachahmliche Weise, gelehrt und unterhaltsam zugleich, die Geschichte jener Jahre. Unter anderem werden die beiden Könige, Königin Luise, Schadow, von der Marwitz, Kleist, de la Motte Fouqué, Zelter, Rahel Varnhagen von Ense, die Schlegels, die Tiecks, Schleiermacher, Schiller, Jean Paul, Clausewitz und Madame de Staël portraitiert. Daneben aber auch jemand wie der „Sokrates aus der Mark“ August Ludwig Hülsen, der lange als Hauslehrer tätig war und von den Schlegels wegen einiger Aufsätze im *Athenaeum* geschätzt wurde. Hülsen hatte die Sinnlosigkeit seines öffentlichen Wirkens eingesehen, kritisierte die Romantiker

für ihre Rittervorlieben und wollte nur noch mit Sicherheit nützlich sein und seinen eigenen Garten anbauen, was er dann in Schleswig Holstein tat. Gestorben ist er in der Mark, als er zu Besuch in der Heimat war. Es gibt kein Bild von ihm, nur die Zeugnisse seiner Freunde. Ein ähnlicher Fall ist der des Pfarrers Schmidt, damals ein bekannter Dichter, über den sich Goethe seiner Einfalt wegen lustig machte, der aber, was auch Goethe anerkannte, ein reines Herz hatte und sich so schließlich Goethes Achtung verdiente. Er sehnte sich nach einer Berufung aufs Land, die er erhielt, und von dort an führte er sein Leben „einfach, genügsam, in schuldloser Abseitigkeit“ (Bruyn) und gab das Dichten schließlich auf.

De Bruyn schließt mit Fichtes *Reden an die deutsche Nation*, die er in ihrer Ambivalenz schildert: Sozialisten und Nationalisten hätten versucht aus Utopien, die Fichte paradigmatisch präsentiert habe, Realität werden zu lassen, „woraus dann hoffentlich das einundzwanzigste Jahrhundert, in dem es nicht mehr die Deutschen sind, die ihre Art zu leben für die wahre und weltbeglückende halten, seine Lehren zieht.“ De Bruyn sieht einen engen Zusammen-



Baron de la Motte Fouqué.

Der konservativste und toleranteste Romantiker Preußens

hang zwischen Nation und Demokratie, „so daß man Gefahr für die Demokratie wittern sollte, wenn es, wie manche wünschen und schon bald erreicht zu haben meinen, mit den Nationen zu Ende geht.“ Die preußische Entdeckungsreise de Bruyns macht durch die Rückbindung der Personen an Ort und Zeit deutlich, wie wichtig Maß und Überschaubarkeit für die Bildung einer Persönlichkeit und damit auch des Staates sind. Fichtes Reden verraten daher noch preußischen Geist: Ohne Erziehung zur Idee der Sittlichkeit im gemeinschaftlichen Handeln kann der Einzelne nicht er selbst sein.

Die Notwendigkeit einer Nationalgeschichte

von Martin Voelkel

Wenn innerhalb weniger Monate zwei der auflagenstärksten Magazine eine Serie zur deutschen Geschichte beginnen, flankierende Buchausgaben und Filmproduktionen ankündigen, dann ist das erklärungsbedürftig. Was könnte dahinterstehen an ökonomischer und politischer Strategie? Sicher die Annahme eines Publikumsinteresses, dann aber auch die Wahrnehmung, daß es ein Informationsbedürfnis gibt, das abgesättigt werden muß, vor allem abgesättigt werden muß, bevor das von anderer Seite geschieht.

Der Ton im *Stern* ist natürlich salopper, der im *Spiegel* etwas stärker um Seriosität bemüht. Aber hier wie dort geht es darum, ein Geschichtsbild zu entwerfen, das das kollektive Selbstverständnis neu begründen soll. Zu verstehen ist das nur aus der Auffassung, daß das Gemeinwesen einer Integrationsideologie bedarf. Entsprechende Vorstöße waren schon in der Ära Schröder festzustellen, mit dem Versuch positive Bezugspunkte in der Nachkriegsgeschichte – Wiederaufbau, „Wunder von Bern“, '68 – zu gewinnen, aber das Konzept blieb unzureichend und undurchdacht. Sicher haben die Erfahrungen mit dem friedlich-freundlichen Partyotismus des vergangenen Sommers die Vorstellung bestärkt, es sei an der Zeit, den Deutschen ein Nationalgefühl zuzugestehen.

Das muß selbstverständlich modern und welttoffen sein, multikulturell grundiert, optimistisch und zukunftsfähig. Diese Vorgaben erklären hinreichend die Betonung des Zufälligen und des Charakters der „Konstruktion“ oder – wie es im *Spiegel* heißt – der „Erfindung“ der Nation, und sie erklären das Bemühen um Entlarvung all dessen, was traditionell den Stolz der Deutschen begründete: der germanische Anfang, das mittelalterliche Kaisertum, die „Welttat“ (Fichte) der Reformation, der Aufstieg Habsburgs, die

unerwartete Karriere Preußens und die Reichseinigung von 1871. Was es an frühem Nationalbewußtsein gegeben hat, wird denunziert oder als chauvinistischer Reflex abgetan und die Bedeutung der Kulturgemeinschaft in Abrede gestellt. Die Geschichte eines Volkes erscheint als Ergebnis kontingenter Akte; willkürliche Entscheidungen schufen eine Einheit, die weder von Gott noch vom Weltgeist oder der Natur vorgesehen war. Die Deutschen erscheinen im Grunde nur als Täter oder als Opfer, die es nicht besser verdient haben. Die Handlungsweisen anderer Nationen werden grundsätzlich mit anderen Maßstäben gemessen. So wirkt die übliche „schwarze Legende“ zwar etwas aufgehellt, aber sie erfüllt weiter den alten Zweck: eine dunkle Folie zu schaffen für eine – verhältnismäßig – lichte Gegenwart, in der wir, 1945 glücklich besiegt, nunmehr angekommen sind.

Derartige Auffassungen werden heute von einem breiten Konsens der tonangebenden Schicht getragen: von der gouvernementalen Linken über die „Neue Mitte“ bis zur Merkel-CDU. Bedroht erscheint er nur durch „Revisionisten“, die entweder ein ganz anderes Verständnis von Nation haben oder häretische Vorstellungen von den Ursachen und Wirkungen in der deutschen Geschichte. Der Grad der Feindseligkeit gegenüber dieser Minderheit erklärt sich oft aus Ahnungslosigkeit, manchmal aber auch aus dem Wissen, daß das neue Deutschland nur gelingen kann, wenn alle Erinnerungen getilgt werden, die dem gewünschten Bild der Vergangenheit entgegenstehen, und verhindert wird, daß irgendjemand den Deutschen eine andere als die offiziell erwünschte Fassung ihrer Geschichte erzählt.

Resonanz auf eine alternative Fassung der deutschen Geschichte ist deshalb bisher nur zu erwarten, wenn sie von außen kommt. Den Ein-

druck hat man jedenfalls angesichts des Wohlwollens, mit dem die deutsche Geschichte des amerikanischen Historikers Steven Ozment (*Eine feste Burg. Die Geschichte der Deutschen*, Waltrop und Leipzig: Manufactum 2006. 478 S., geb. 24,80 €) aufgenommen wurde. Als die Originalfassung *A mighty fortress* erschien, veröffentlichte Ozment, Professor an der Universität Harvard, einen Essay zum Thema, in dem der bedenkenswerte Satz stand: „Keine Nation von Bedeutung kann ihre Angelegenheiten regeln, wenn sie ausschließlich in Sack und Asche geht.“ Man dürfte das als Selbstverständlichkeit werten, so wie man auch vieles in der deutschen Geschichte Ozments als Selbstverständlichkeit werten dürfte, wenn es sich nicht um die *deutsche* Geschichte handelte. Tatsächlich wird man aber sagen müssen, daß es sich überhaupt um eine der ganz wenigen Darstellungen neuerer Zeit handelt, die ein umfassendes und gerechtes Bild der Vergangenheit unserer Nation zu geben versuchen. In besonderem Maß hebt Ozment hervor, wie wenig von der These eines furchtbaren Sonderwegs zu halten ist. Er betont durchaus die Eigenständigkeit der Entwicklung, die Prägung durch Reformation und aufgeklärten Absolutis-

des „Zweiten Dreißigjährigen Krieges“ wie der Nachkriegszeit um entscheidende – vor allem diplomatiegeschichtliche – Aspekte erweitert werden. Aber im großen und ganzen hat hier ein Fremder den Deutschen vor Augen geführt, was sie waren und was sie sind.

Nicht nur die Deutschen, alle europäischen Völker erleben heute eine Infragestellung ihrer historischen Identität. Die hat ihre Ursache in objektiven Umständen – der Globalisierung, der Zuwanderung, dem Geburtenschwund, dem Zerfall der Demokratie – aber es ist auch der Einfluß von mächtigen Eliten wirksam, die systematisch eine Demontage dieser Art von Selbstverständnis betrieben haben. Man darf ihnen nicht trauen, wenn sie jetzt vorgeben, sich eines besseren zu besinnen. Auch unter patriotischem Vorzeichen geht es ihnen darum, den Nationen den Zugang zu jener Kraftquelle zu sperren, die in Zeiten der Krise immer wieder geholfen hat, den Selbstbehauptungswillen zu stärken. Das ist die kollektive Erinnerung, genauer: die große Erzählung, die diese Erinnerung wachhält. Es kann deshalb niemals gleichgültig sein, wer als Erzähler auftritt, was und in welchem Ton erzählt wird. Die Entscheidung darüber ist gleichbedeutend mit



mus etwa, den geistigen Einfluß von Romantik und Idealismus, die Bedeutung des „Obrigkeitsstaates“ für die Industrialisierung, auch die zum Teil erheblichen Unterschiede im Vergleich zum Westen wie zum Osten, aber er meidet Verzeichnungen.

Die Gefahr solcher Verzeichnung ist in bezug auf das zwanzigste Jahrhundert besonders groß, aber Ozment hält auch da Kurs. Allerdings ist seine Darstellung manchmal sehr „angelsächsisch“, werden die kulturelle Entwicklung oder die flankierenden Bedingungen ausgeblendet, und ohne Zweifel müßte die Interpretation

der Entscheidung, welche Auffassung von der Nation überhaupt besteht. Mit den Worten des großen Franzosen Ernest Renan: „Der Kult der Ahnen ist von allen am legitimsten; die Ahnen haben uns zu dem gemacht, was wir sind. Eine heroische Vergangenheit, große Männer, Ruhm (ich meine den wahren) – das ist das soziale Kapital, worauf man eine nationale Idee gründet. Gemeinsamer Ruhm in der Vergangenheit, ein gemeinsames Wollen in der Gegenwart, gemeinsam Großes vollbracht zu haben und es noch vollbringen wollen – da sind die wesentlichen Voraussetzungen, um ein Volk zu sein.“

Rassismus gegen Deutsche

von Daniel Leon Schikora

Eine im Herbst 2003, anlässlich des dreizehnten Jahrestages der Deutschen Einheit, öffentlich gehaltene Rede setzt sich kritisch mit der These auseinander, Ausländer seien in Deutschland „einer alltäglichen rassistischen Gewalt“ ausgesetzt – und kommt zu dem Ergebnis, daß das Gegenteil der Fall sei: Die Welt, in der die öffentlichen Ankläger deutscher Fremdenfeindlichkeit lebten, sei eine vergangene, „in der die deutschen Juden mit einem Anteil von 0,5 Prozent an der Bevölkerung tatsächlich eine mangels Masse wehrlose Minderheit gewesen sind“. Über das gegenwärtige Deutschland hingegen wird ausgeführt: „Es gibt Spielplätze, wo türkische Kinder von anderen Eintrittsgeld verlangen. Es gibt in den Gemeinden des Umlands Wohngebiete, die ein einheimischer Jugendlicher besser meidet, nicht weil er ein Faschist wäre, sondern weil türkische Jugendclans dort ein bißchen Bande spielen und mit harter Hand Revierverteidigung üben.“ Dabei ist es dem Autor der Rede keinesfalls darum bestellt, zu leugnen, daß es in Deutschland Ressentiments gegen Ausländer gebe. Im Gegenteil, er diagnostiziert, daß sich „dergleichen“ sogar in einem ausgesprochenen Haß manifestiere: „Was die Ressentiments gegen Ausländer betrifft, so sprechen übrigens Indizien dafür, daß sich dergleichen derzeit am stärksten bei türkischen Jugendlichen entwickelt, nämlich ein ausgeprägter Deutschenhaß.“ Fazit: „Ein fröhliches Kräfteressen also, aber keineswegs ‚alltägliche rassistische Gewalt‘ dergestalt, daß deutsche Täter ausländische Opfer quälen.“

Seine Ansprache zum 3. Oktober 2003, in deren Mittelpunkt die Zurückweisung des Vorwurfs stand, die Deutschen seien ein „Tätervolk“, sollte einen CDU-Bundestagsabgeordneten rund ein dreiviertel Jahr später seine Parteimitgliedschaft kosten. Die zitierten Passagen allerdings wurden nicht von Martin Hohmann

in Neuhof vorgetragen, sondern drei Tage zuvor in Berlin – auf einer Veranstaltung des linksradikalen „Bündnisses gegen Antisemitismus und Antizionismus“. Die Veranstalter schienen erst während des Vortragens der Rede zu realisieren, daß sie in Wolfgang Pohrt nicht mehr die Galiionsfigur einer „antideutschen“ Linken vorfanden, als die sie den langjährigen *konkret*-Autor gemeinsam mit Henryk M. Broder auf ihr Podium im Tempodrom eingeladen hatten.

Während die Kontrahenten der „Antideutschen“ innerhalb der fundamentaloppositionellen radikalen Linken, etwa in der *Jungen Welt* (JW), den „antideutschen“ Dissidenten Pohrt wie seine von ihm überrumpelten Gastgeber mit Häme überschütteten, zeigte sich der *konkret*-Herausgeber Hermann L. Gremliza pluralistisch und dokumentierte Pohrts Rede vollständig – nicht ohne in einer Antwort seinen Freund Pohrt daran zu erinnern, auch dieser habe „einmal gewußt, nein: geschrieben, mehr: uns gelehrt, welche Mördergruben die Herzen unserer Landsleute sind“. Vielleicht unbeabsichtigt, grenzte Gremliza damit „unsere Landsleute“, die „autochthonen“ Deutschen, von Jugendlichen und jungen Erwachsenen etwa mit türkischem „Migrationshintergrund“ ab, denn die „Mördergruben“ in deren Herzen hatte Pohrt ja durchaus thematisiert. (*konkret*, 11/2003).

In den vergangenen Wochen erweckte auch ein Teil der (neuen) „Mitte“ des bundesdeutschen „Verfassungsbogens“ (Edmund Stoiber) den Eindruck, sich dem Anliegen einer Aufklärung über Rassismus gegen „Autochthone“ verschrieben zu haben. Nach einem brutalen kollektiven Überfall arabischer und türkischer Minderjähriger auf einen Polizisten trat Armin Lehmann in dem rechtspopulistischer Tendenzen unverdächtigen *Tagesspiegel* so auf, als befände er sich als Ex-„Antideutscher“ im Tempodrom: „Es

ist ein Fall von Rassismus gegen Weiße, ein Fall von, im wahrsten Wortsinn, Fremdenfeindlichkeit. Oder ist der Ton zu hoch? Wiederholt sich diese Form von Fremdenfeindlichkeit in Berlin nicht in regelmäßigen Abständen, im Bus, in der Schule, auf der Straße? Immer wieder kommt es zu Situationen, in denen Jugendliche mit Migrationshintergrund ihre Mitmenschen ängstigen, traumatisieren, verprügeln. Stimmt unsere Wahrnehmung noch, stimmen unsere Reflexe?“ (*Der Tagesspiegel*, 23.1.2007).

Wie Lehmanns Ausführungen vor Augen führen, wird die Rhetorik des „Anti-Rassismus“ und einer multikulturalistischen Xenophilie bei Bedarf politisch-polemisch auch gegen jene gekehrt, die ohne Abstriche an romantischen Vorstellungen einer multikulturellen Idylle festhalten. (Während Armin Lehmann immerhin selbstkritisch von „unserer Wahrnehmung“ und „unseren Reflexen“ spricht und auf diese Weise in Erinnerung ruft, Welch scharfen Anfeindungen sich etwa multikulturalismuskritische Konservative in den vergangenen Jahren seitens der veröffentlichten Meinung ausgesetzt sahen, hatte sich beispielsweise Friedbert Pflügers Multi-Kulti-„Kritik“ nach der Ermordung Theo van Goghs durch einen islamistischen Fanatiker im November 2004 im wesentlichen in einseitigen Attacken auf parteipolitische Gegner erschöpft. Praktisch ausschließlich diese identifizierte Pflüger mit einem naiv-realtätsfernen Multikulturalismus, wie er selbst ihn in den 1990er Jahren in Helmut Kohls CDU mehrheitsfähig zu machen versucht hatte.)

Der „Migrationshintergrund“ in Deutschland lebender junger Menschen, der einst mit Blick auf das „Recht auf Verschiedenheit“ vielfach gleichsam als Ausweis verminderter Schuldfähigkeit galt, wenn deutsche Gesetze verletzt wurden, wird nun beinahe wie ein Stigma gehandelt – als ob aufgrund des „Migrationshintergrunds“ von Jugendlichen etwa italienischer, griechischer oder armenischer Herkunft angenommen werden könnte, daß diese dazu neigten, deutsche Polizisten oder Mitschüler zu ängstigen, zu traumatisieren und zu verprügeln. Kurz: Aus der offenkundigen Integrationsunfähigkeit insbesondere traditionalistisch-islamischer Einwanderergesellschaften, die in deutschem Staatsgebiet Gelegenheit erhalten, „Parallelstrukturen“ zu verteidigen, wird der (versteckt deutschfeindliche) Glaubenssatz abgeleitet, weltflüchtigen Deutschen sei es nicht vergönnt, friedlich mit „Migranten“ zusammenzuleben. Konsequenterweise werden deutsche Leidtragende arabisch- oder türkisch-muslimischer Jugendgewalt allen Ernstes für Opfer einer „Fremdenfeindlichkeit“ erklärt. In einer „multikulturellen Gesellschaft“ kann letztlich eben nur derjenige ein Recht auf Anerkennung reklamieren, der den Status eines (potentiell) „Fremden“ auf sich zu nehmen bereit ist.

Genau diese Haltung manifestierte sich nicht zuletzt auch in den beleidigenden Ausfällen erklärter deutscher und österreichischer Kämpfer gegen Rassismus und Antisemitismus gegen jüdische Bürger, die sich – wie Michael Wolffsohn oder Peter Sichrovsky – die Freiheit nahmen, für konservative oder rechte Strömungen ihrer Länder Partei zu ergreifen. Wer als Gegner der „Rechten“ in diesem Zusammenhang gegen deren „Hofjuden“ oder „Alibi-Juden“ polemisierte, gab damit recht freimütig zu erkennen, daß er Juden – anders als „normalen“ Bürgern – keinesfalls ein Recht auf (politischen) Irrtum zugesteht, sondern ihnen ausschließlich *als Juden* eine religiöse oder ethno-religiöse „Nische“ in einer ethnisch-kulturell zersplitterten („multikulturellen“) Gesellschaft zuzugestehen willens ist.

Immerhin: Wenn die Deutsche Polizeigewerkschaft nach dem erwähnten Gewaltverbrechen an Kriminalhauptkommissar Michael M. auf ein „konsequenteres Durchgreifen der Justiz“ dringt und ein Repräsentant dieser Gewerkschaft offen die zunehmende „Aggressivität ausländischer Jugendlicher“ problematisiert – für 2005 wurde eine Straffälligkeit eines Drittels der Jugendlichen nichtdeutscher Herkunft verzeichnet! – so begünstigen solche Vorstöße eine kritische Auseinandersetzung auch mit der spezifischen Abkapselung muslimischer Einwanderer von der deutschen „Zivilgesellschaft“. Diese Auseinandersetzung wird in Frankreich unter dem Vorzeichen einer Ächtung des „Kommunitarismus“, namentlich des islamischen, geführt. In einem Land, das sich als eine supraethnische, aber politisch-kulturell homogene *Etat-Nation* begreift, wird nicht verkannt, daß es sich bei den rechtsnihilistischen *sauvageons* (Jean-Pierre Chevènement) der *banlieues* französischer Städte nicht um irgendwelche Migrantenkids handelt, sondern vorrangig um muslimisch geprägte Jungen nord- oder schwarzafrikanischen Ursprungs. Diese Jugendlichen forderten – so der republikanische Intellektuelle Alain Finkielkraut – nicht weniger als die „christliche oder jüdisch-christliche Tradition“ Frankreichs heraus.



Ulrich Schacht – Ein deutscher Dichter in Schweden

von Siegmund Faust

Der neue Stadtschreiber in Dresden heißt Ulrich Schacht. Mit Heimo Schwilk und Rainer Zitelmann sympathisierte er Anfang der neunziger Jahre mit einer „Neuen demokratischen Rechten“, die den Schwung der Wiedervereinigung für Deutschland und gegen ein linksliberales Meinungskartell nutzen wollte. Aus dieser Nähe zur Politik wollten nun linke Kräfte in Dresden dem Journalisten Schacht einen Strick drehen. Es ist ihnen nicht gelungen. Doch droht wegen der Denunziation der Lyriker Schacht politisch überpinselt zu werden. Das wäre wiederum nicht angemessen.

Denn Gedichte sind ihm, wie er 1994 in einem Interview offenbarte, „die intensivsten Atemzüge meines Seins. Mit ihrer Hilfe überlebe ich die atemberaubenden Tiefen und Abgründe meines Lebens, das bislang nicht gerade arm war an derartigen Momenten“ (Ulrich Schacht: *Die Wiederentdeckung der Geschichte der Sonne. Versuch über die Poesie der Natur und ihr Erscheinen in der Natur-Poesie*; in: *Weißer Juli. Sechsendreißig Gedichte und ein Essay*, Hauenberg 2007).

Wahrlich, sein Leben begann schon 1951 atemberaubend im sächsischen Frauengefängnis Hoheneck. Die große Liebe seiner Mutter zu einem russischen Besatzungsoffizier führte trotz propagierter „deutsch-sowjetischer Freundschaft“ unter den damaligen Umständen schnurstracks ins Gefängnis. Daß der Vater nicht in einem sibirischen Lager verschollen ging, erfuhr der Sohn erst nach dem Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums. Die Biographie des Dichters, der sich auch als Essayist und Erzähler einen Namen machte, verlief gegen die sozialistischen Bildungsnormen und begann in seiner Heimatstadt Wismar: Grundschule, Konfirmation, Bäckerlehre, Hilfspfleger in einer psychiatrischen Einrichtung, Sonderreifeprüfung, Stu-

dium der Theologie, Relegation aus politischen Gründen, Hilfsarbeiten in kirchlichen Pflegeeinrichtungen und im Hafen von Wismar, Fortsetzung des Theologiestudiums an der evangelischen Predigerschule Erfurt, also in jenem Kloster, in dem sein theologisches Vorbild Martin Luther zum Reformator reifte. Doch des Dichters „Klosterleben“ begann erst 1973 nach Verhaftung und Verurteilung zu einer siebenjährigen Freiheitsstrafe wegen „staatsfeindlicher Hetze“. Nach über dreijährigem Aufenthalt im Zuchthaus Brandenburg wurde er, wie insgesamt über dreiunddreißigtausend andere auch, in den Westen „freigekauft“. Hier begann er ein Studium der Politikwissenschaft und Philosophie in Hamburg und zugleich eine langjährige journalistische Tätigkeit, zuletzt als Leitender Redakteur und Chefreporter für Kulturpolitik der *Welt am Sonntag*. 1990 erhielt er die wichtigste Auszeichnung im deutschen Journalismus, den Theodor-Wolff-Preis. Zahlreiche literarische Bücher erschienen seit Beginn der 1980er Jahre neben vielen politischen Polemiken, Analysen und Essays. 1987 gründete er in Dänemark mit überwiegend aus dem mecklenburgischen kirchlichen Gemeindeleben stammenden Freunden eine evangelische Bruderschaft, die sich vor allem neben Luther dem Märtyrer Dietrich Bonhoeffer sowie dem Deutschen Orden verpflichtet weiß, dessen Gegenwartszweig in der nationalsozialistischen Ära in Österreich verboten worden war.

Der „Dissident“, wie er im Westen nicht besonders zutreffend in Bausch und Bogen mit den samt ihren Privilegien ausgereisten DDR-Autoren genannt wurde, gedieh jedoch auch im Westen rasch zum abtrünnigen Freidenker, nachdem er sich enttäuscht, also neu bekehrt aus seiner zwölfjährigen Bindung zur SPD gelöst und sich nach der Gründung der nationalliberalen

Partei „Bund freier Bürger“ kurzzeitig für sie eingesetzt hatte. Einen weiteren Eintrag ins rote Totem-Buch der Antifa-Wächter erhielt der Dichter, der politisch den Kurs Kurt Schumachers zu halten suchte, als er 1994 im Ullstein-Verlag zusammen mit dem Journalisten und Ernst-Jünger-Spezialisten Heimo Schwilk das Buch *Die selbstbewußte Nation* herausgab und ein hysterisches Rauschen und Raunen im linken Blätterwald heraufbeschwor. Der Autor verhielt sich neben Botho Strauß, Rüdiger Safranski, Hartmut Lange, Ernst Nolte, Michael Wolffsohn, Klaus-Rainer Röhl, Brigitte Seebacher-Brandt unter anderem wie ein „Speerschaft“, was nun wieder auf den Namen hindeutet, um den es hier geht, der von der niederdeutschen Lautform „Schaft“ zur bergmännischen Bezeichnung der senkrechten Grube mutierte: ein abgründiger, gewissermaßen in sich ruhender Schacht also.

Ulrich Schacht attackierte nicht nur tiefsin- nig den SED-Staat, sondern besonders seine intellektuellen Kollaborateure im Westen Europas in geschliffener Sprache und von der Warte einer moralisch legitimierten Festigkeit, die seinesgleichen sucht. Doch der Kampf gegen die selbster- nannten *Political-Correctness*-Kommissare kann zur Verbitterung oder Resignation führen. Schacht sah, wie „eine juristische und politische Aufarbeitung der zweiten deutschen Diktatur“ vereitelt wurde und „Zehntausende totalitär verformte Parteiaktivisten“ und Bankrotteure in die demokratischen Verwaltungen, Länderparlamente und in Fraktionsstärke sogar in den Bundestag einziehen durften. Gleichzeitig wurden die ehemaligen Widerständler der SED-Diktatur verhöhnt und die Opfer mit Brosamen abge- speist, ein fatales Geschehen, was um die Rechts- staatlichkeit, die freiheitliche Verfassung und Zukunft der Demokratie nur bangen läßt.

Doch Schacht hat sich aus dem politischen Handgemenge 1998 nach Südschweden zu- rückgezogen, wissend, daß es auch dort „nicht spannungsärmer zu leben ist, als es ist“. Doch er möchte seiner eigentlichen Be- Gabung, dem keineswegs unpolitischen Dichten und Denken, mehr Raum widmen: „Eis / Acker wüst / wächst die steinerne / Saat in den / Himmel Nichts / tritt dir entgegen Nichts / hindert dich wortlos zu / ernten das sprachlos / machende / Wort“. Kunst, so hat er eingesehen, stellt „andere Policen“ aus als alle parteilichen „Versicherungs-Gesellschaf- ten“. „Mit Gedichten im Kopf haben Menschen die Höllen von Auschwitz und Kolyma überlebt. Da waren die juristischen und politischen Ver- sicherungspolicen, die sie zuvor erworben hat- ten, längst wertlos geworden.“

Auch in der nahen Ferne distanziert er sich nicht von patriotischen Gedanken, derentwegen er in diesem neurotischen Deutschland angefein- det wurde, denn das „Bekenntnis zu einer Nati- on ist nicht Distanzierung vom Fremden, son- dern Hinwendung zum Eigenen. Es meint, hu- man grundiert, nicht Exklusivität, sondern Be- reicherung, die auch dem Anderen nützt.“ In der kollektiven „Entgrenzung individueller Ag- gressivität“ sieht er keine spezifisch deutsche Ei-

genschaft, sondern „eine inhumane Potenz der Gattung Mensch, also eine anthropologische Konstante, die es allerdings immer wieder ein- zugrenzen gilt“. So notierte er es schon 1989 in sein noch unveröffentlichtes Tagebuch.

Doch sich am nächsten, in sich selber am tiefsten, ist sich Ulrich in seinem ureigensten Schacht, wenn er sich dem Quellgrund des Le- bens mit Gelassenheit und Ehrfurcht nähert: der Natur im weitesten und zugleich offensten Sin- ne. Deren Substanz ist ihm Rhythmus, der sich aus Quellen speist, „die noch das Gras vor dem



Haus mit dem Quasar an der Grenze des Sicht- baren verbinden“. Seine Kollegen, die er verehrt, sind jene, denen er wie Peter Huchel, Johannes Bobrowski, Uwe Johnson, Paul Celan und eini- gen anderen zuhören kann. „Sie lehren mich, über ihren Tod hinaus, durchzuatmen. Trotz al- lem. Und immer wieder. Sie beweisen, daß das Gedicht dem Meer entspricht, dem Gebirge, der Wüste, dem Baum, der Liebe, dem Licht.“

Modische Attitüden hat Schacht nicht nö- tigt, denn sowohl im imposant beherrschten Handwerk als auch im genauen und liebenden Blick auf die Landschafts-Räume unseres Seins kommt es ihm auf das poetische Idyll an, dem er traut und dem er es zutraut, ein essentielles Leitmotiv untrennbarer „Verbindung von Har- monie und Notwendigkeit“ zu sein. Das Idyll wehrt sich gegen das „ur-utopische Ziel: das Klon-Paradies der vollendeten Gleichheit oder die Diktatur des Mechanischen“, also gegen das uneinlösbare Versprechen, das noch immer un- ter der teuflischen Maske vom „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ hausieren geht und Uner- fahrene zu aufgeklärten Idioten macht. Dem we- niger Auf- und Abgeklärten aber, der mehr sei- nen Sinnen traut, gelingt am ehesten der „Rück- schluß als Auf-Schluß. Der Ort der *religio* im Sinne von *religare* (‚zurückbinden‘) entspricht solchem Prozeß“, wie Schacht in seinem Essay zur Natur-Poesie erkannte.

Jene Stadt, die solch einen Dichter und Den- ker wie Ulrich Schacht auf eine gewisse Zeit zu ihrem Stadtschreiber ernannt, könnte ebenfalls „die intensivsten Atemzüge“ ihres kulturellen Daseins erleben. Dresden hat bekanntlich eben- so „atemberaubende Tiefen und Abgründe“ überlebt und ist bestens geeignet, einem solchen Bruder im rechten Geiste mehr als nur Asyl zu gewähren.

Geheimes Deutschland

Manfred Riedel: *Geheimes Deutschland. Stefan George und die Brüder Stauffenberg*, Köln/Weimar/Wien: Böhlau 2006. 267 S., geb, 24.90 €

Die Lektüre mancher Bücher – es sind nicht viele – wirkt befreiend und beklemmend zugleich. Befreiend ist an ihnen, daß sie Gedanken und Ahnungen in gültige Worte fassen, die man selbst nicht fand, und daß in diesen Worten ein Zuspruch liegt, auf den man wartete, ohne zu wissen, wo man ihn hätte suchen können. Dieser Zuspruch, dieses Versprechen ist gleichzeitig ein Anspruch, und darin liegt dann das Beklemmende: Wenn es also das ist, wonach man suchte, wenn einem also schon der Raum aufgespannt wird, in dem anders zu atmen wäre, dann sollte man fortan diesem Anspruch, der das Geistes-Geschenk begleitet, genügen und anders (wacher, ernsthafter, kategorischer, konzentrierter, unbestechlicher, freier, tiefer) weiterlesen, weiterdenken, weiterleben.

Die Arbeit des Philosophen Manfred Riedel über die geistige Herkunft und Prägung der Brüder Stauffenberg und die Herleitung des Attentats auf Hitler aus dieser geistigen Herkunft ist ein befreiendes und beklemmendes Buch. Riedel hat seiner Schrift den Titel „Geheimes Deutschland“ gegeben, er gemahnt damit an die letzten Worte Claus von Stauffenbergs, der dem Peloton „Es lebe das geheime Deutschland“ entgegenrief, bevor die Schüsse fielen. Deutlicher kann kein Hinweis auf den Ort ausgesprochen werden, an dem nach dem Geist hinter der Tat gesucht werden sollte.

Riedels Buch ist befreiend, weil es die Tat Stauffenbergs nicht politisch-pragmatisch, sondern als Versuch begreift, der Maßlosigkeit der diktatorischen Herrschaft Hitlers wenigstens symbolisch durch ein

Maß zu begegnen, das auf unbestechlichen Kategorien gründet: Demut, Leben, Poesie.

In Heft 19 der *Sezession* wird Platz für eine gründliche Auseinandersetzung mit dieser kategoriensprengenden Verknüpfung von Politik und Poesie sein. Hier nur soviel: Was könnte es bedeuten, wenn Politik auf Poesie gegründet ist? Es geht dabei wohl um die Entwicklung des Gespürs für das Maß, die Balance, die rhythmische Verdichtung. Und es geht darum, diese Maßstäbe an die Ordnung der politischen Verhältnisse anzulegen, die den Menschen (also: das Leben) hegen soll: schützen und erziehen.

Stauffenberg legte den Maßstab an, sein Anschlag auf Hitler ist in diesem Sinne eine angemessene Tat, ist Ausdruck eines untrüglichen Sinns für das rechte Maß, und die langen Gespräche, die der Attentäter im Kreis seiner Gefährten über die Legitimation des Tyrannenmords führte, vermehren das Gewicht seiner Tat noch: Er hat es sich nicht leicht gemacht, weil er wußte, daß der gewaltsame Umsturz immer die *ultima ratio* würde bleiben müssen, und daß der Verrat an der Institution des Staatsoberhauptes nur dann angemessen sei, wenn dieser selbst jedes Maß schon überschritten habe.

Manfred Riedel zeichnet in seinem Buch die geistig-poetische Erziehung nach, die die Brüder Stauffenberg im Kreis um den Dichter Stefan George erhielten. Er steckt die Koordinaten ab, in denen George dachte: dessen „Europa-Vision“ und den deutschen Anteil an diesem „karolingischen Reich“. Es ist befreiend, wie deutlich Riedel in einem umfangreichen Gespräch wird, das die Zeitschrift *castrum peregrini* mit ihm für das Heft 1/2007 über sein Buch führte. Er spricht dort vom deutschen Auftrag, die „Bedingungs Zusammenhänge des Politisch-Historischen mit dem Geistig-

Geistlichen im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation“ auszubalancieren und nennt diese welthistorische Aufgabe „unsere Geheimgeschichte“.

Der Name „Hölderlin“ fällt und ist in diesem Zusammenhang eine Chiffre: Dieser Dichter hat die Harmonie und die Disharmonie im Einzelnen und in der Gemeinschaft zum Zentrum seines Werks gemacht. Hölderlins Dichtung, Georges Dichtung oder die Dichtung Alexander von Stauffenbergs: Es ist befreiend, wenn Riedel im Gedicht wieder eine „primäre Quelle fürs deutsche Schicksal“ erkennt, „um daran die ursprünglich griechische Deutung des Zusammenhangs zwischen Dichtung und Geschichte im Sinne letzter Menschen- und Völkerschicksale zu gewahren“, und es ist befreiend, wenn Riedel mit Nietzsche und George das „Geheime Deutschland“ im Sinne der Hölderlin-Hymne „Germanien“ verortet. „Wir müssen der Orakelsitz der Kunst für die Völker werden, notiert sich der junge Nietzsche. Und das waren wir.“

In diesem „waren“ scheint dann endlich das Beklemmende auf, das den Leser an den Scheideweg stellt: Resignation oder Unverwundbarkeit angesichts der geistigen Wüste unserer Zeit? „Das Gedicht ist heute die zentrale Instanz von Freiheit, die es in der westlichen Welt gibt“, sagt Riedel und berichtet von jahrelanger Deutungsarbeit an einem einzigen Gedicht, Georges „Geheimes Deutschland“. Nur von solchem Tun her kann Haltung, gesteigerte Sensibilität kommen, das, was Riedel auch „das Vornehme“ nennt, zu dem hin erzogen und gebildet werden muß. Darum geht es in Riedels großem Buch, und um den Zusammenhang zwischen Wort und Tat, der Schnittstelle also, wo aus dem Zuspruch der Anspruch wird. Nächstens mehr.

Götz Kubitschek

Worte aus Stein, Stahl und Beton

Michael Ellenbogen: *Gigantische Visionen. Architektur und Hochtechnologie im Nationalsozialismus*, Graz: Ares 2006. 263 S., geb, 19,90 €

„Kann ein Schwert, das zu Unrecht tötet, schön sein? Kann Schönheit im Dienste von Mördern stehen oder transzendiert die künstlerische Qualität deren politischen Mißbrauch? Wie können wir es wagen, an den imposanten Bildern dieses Buches Gefallen zu finden?“ Mit diesen rhetorischen Fragen konnte der Luxemburger Architektur-Traditionalist und bekennende Liberale Leon Krier in seinem Essay „Eine Architektur der Sehnsucht“ über Albert Speers architektonisches Schaffen die westdeutsche Architekturszene 1985 noch bis zur Weißglut ärgern. War diese doch in ihrer Mehrheit davon überzeugt, daß „im Rücken jeder sterbenden Zivilisation“ eine „blutige dorische Säule“ stecke (Herbert Read).

Eine vergleichbare Wirkung kann Michael Ellenbogens „Gigantische Visionen“ heute nicht mehr hervorrufen. Dies wird auch nicht die Absicht des Autors gewesen sein, dessen Buch eine kompakte und informative Auswahl der wichtigsten architektonischen, ingenieur- und wehrtechnischen Errungenschaften des Dritten Reiches darstellt. Der Bogen des Inhalts reicht von der Gauforen- und Germaniaplanung bis zum Atlantikwall und den U-Boot-Bunkerhallen am Ärmelkanal, daneben die Projekte von Monsterpanzern, Flugzeugträgern und Überseebombern. Der etwas reißerische Buchtitel scheint sich eher aus Erfordernissen der Vermarktung als aus inhaltlichen Erwägungen abzuleiten. Wie im Vorwort beschrieben, ist der Begriff des Gigantismus negativ besetzt, eine Wertung, die sich im Buchinhalt nur selten findet. Passender wäre im Buchtitel die Verwendung des Prädikates „grandios“ gewesen.

Arne M. Schemmerling

Wege ins Paradies

Andrea Müller/Hartmut Roder (Hrsg.): *1001 Nacht. Wege ins Paradies*, Mainz: Philipp von Zabern 2006. 212 S., geb, ca. 150 Abb., 34,90 €

Unter dem etwas mißverständlichen Titel präsentiert das Überseemuseum in Bremen seit November letzten Jahres eine Ausstellung. Dabei geht es nicht in erster Linie um mitteleuropäische Orientphantasien, sondern um das große Thema der Utopie- und Paradiesvorstellungen, bei denen die romantischen Idealisierungen des orientalischen Harems nur den Ausgangspunkt bilden. Letztendlich geht es um eine Eigenschaft des Menschen, die sich seit dem Verlassen des Naturzustands als anthropologische Konstante zeigt: die Suche nach dem verlorenen Paradies, die als Entdeckungsfahrt oder als Gedankenexperiment stattfinden kann. Bei letzterem ist zwischen religiös motivierten Paradiesvorstellungen, die im Jenseits angesiedelt sind, und sozialen Utopien, die darauf bedacht sind, das Paradies an konkreten Orten und möglichst in der Gegenwart zu errichten, zu unterscheiden. Utopia, der Ort, der nirgends ist, entzieht sich solchem Ansinnen, weil sein Widerspruch den Menschen überfordert. Illustriert wird das in dem Katalog an so unterschiedlichen Ausdrücken dieser Sehnsucht, wie dem Waren-Paradies, der Körperutopia oder Tierparks. Die große Zeit individueller Paradiesexperimente scheint hingegen vorbei, wenn man die Beiträge über den Monte Verità oder den „Sonnenorden“ des August Engelhardt liest, den dieser auf Grundlage der Kokosnuß-Ernährung in den deutschen Südsee-Kolonien zu errichten suchte. Paradigmatisch ist Engelhardts Ende: Nachdem er als Touristenattraktion sein Dasein fristete, starb er völlig entkräftet und von allen Anhängern verlassen kurz nach Ende des Ersten Weltkriegs.

Erik Lehnert

Arische Konstruktion

Paula Diehl (Hrsg.): *Körper im Nationalsozialismus. Bilder und Praxen*, München: W. Fink/Schöningh 2006. 377 S., br, 49,90 €

Zentrum der Ideologie und der politischen Praxis, Träger der sozialen Ordnung, Projektionsfläche kollektiver Ängste und Schnittstelle zwischen Biologie, Gesellschaft, Materialität und Symbolik – der Körper im Nationalsozialismus bietet ein weites Feld für wissenschaftliche Untersuchungen. 2004 lud die promovierte Sozial- und Kommunikationswissenschaftlerin Fachleute zu Beiträgen für einen interdisziplinären Sammelband ein. Entsprechend vielfältig ist das Spektrum der insgesamt achtzehn Autoren. Die Texte befassen sich unter anderem mit Portraitfotografie, Unsterblichkeitsphantasien in der Staatskunst, modernem Tanz und der FKK-Bewegung.

Von aktuellem Interesse, angesichts des Scheiterns antiautoritärer Erziehungsleitbilder, erscheinen die Ausführungen von Brockhaus über Elternratgeber in der NS-Zeit. Skurriles findet sich im Kapitel von Bruns und zur Nieden zum „germanischen Triebleben“ und den Deutungskämpfen bei Blüher, Heimsoeth und Röhm zu Fragen von Jugendbewegung, Rasse und Homosexualität. Ebenso Skurriles bietet der Text von Melzer, Klemann und Saller zur Ernährungspraxis im Dritten Reich, der den Bogen vom Reichsnährstand über den Reichsvollkornbrotausschuß bis zur Truppenversorgung schlägt. Mit einem leistungswerten Text beschließt Jörn Ahrens den Sammelband, dessen Thema „Ein neuer Übermensch. Körper und Körperüberwindung im Transhumanismus“ von Nietzsche bis in die Abgründe der Science-Fiction reicht. Der Sammelband dient als Ausgangspunkt der Vorlesungsreihe „Konstruktion des Ariers“ an der Humboldt-Universität.

Arne M. Schemmerling

Reform und Wandel

Ausstellungskatalog des Geheimen Staatsarchivs Preussischer Kulturbesitz: *Staatbankrott! Bankrotter Staat? Finanzreform und gesellschaftlicher Wandel in Preußen nach 1806*, Berlin: Duncker & Humblot 2006. 124 S., kt, zahlreiche Abb., 9,80 €

Der Begriff „Staatsbankrott“ hat für den Zeitgenossen durchaus Aktualität. Jedenfalls wird immer wieder erwogen, ob ein solcher finanzieller Kollaps bevorstehen könnte, und die Sorgen, die sich damit verbinden, erklären sich aus der Erinnerung an große Krisen wie die der Inflationszeit oder des Börsen- und Bankencrachs von 1929. Dabei handelte es sich aber immer um Vorgänge, die, trotz aller Auswirkungen auf die Politik, primär wirtschaftliche waren. In einem sehr viel unmittelbaren Sinn politisch wirkte der preußische Staatsbankrott von 1806 als Teil des vollständigen Zusammenbruchs, den die Hohenzollernmonarchie nach der militärischen Niederlage gegen Napoleon erlitt. Diesem Thema und der anschließenden Finanzreform hat das Geheime Staatsarchiv Preussischer Kulturbesitz eine kleine Ausstellung gewidmet, zu der auch ein Begleitband erschienen ist. In ihm sind nicht nur die Exponate beschrieben und teilweise abgebildet, das Buch enthält außerdem Erläuterungen zur Ursache des Desasters, den Folgen der französischen Besatzung und des Tilsiter Friedens, den Ansätzen der Reformpolitik und der Vorbereitung des Befreiungskampfes. Aufschlußreich ist, wie eng in diesem Fall der Zusammenhang von gebrochenem Verfassungsversprechen Friedrich Wilhelms III. und der gescheiterten Behebung der Finanzkrise gesehen wird. Die Vorstellung, man könne das Problem einfach „von oben“ lösen, erwies sich jedenfalls als falsch. Auch das könnte für die Gegenwart lehrreich wirken.

Martin Voelkel

Napoleon

Walter Leisner: *Napoleons Staatsgedanken auf St. Helena*, Berlin: Duncker & Humblot 2006. 91 S., kt, 28 €

Das in jüngster Zeit wieder verstärkte Interesse an Napoleon hat praktisch nur Aufmerksamkeit für die historische Persönlichkeit. Dabei erscheint er fast ausschließlich als vitaler Machtmensch, der mehr oder weniger überzeugungslos Gelegenheiten nutzte, um Stellungen im politischen Kampf zu gewinnen und zu verteidigen. Daß er zur Reflexion des Politischen sehr wohl in der Lage war, gerät dabei fast vollständig in Vergessenheit. Dem versucht Walter Leisner jetzt mit seinem kleinen Buch über „Napoleons Staatsgedanken“ entgegenzuwirken. Es handelt sich darum, die Gedanken, die Napoleon nach der Niederlage, während des Exils auf Sankt Helena, entwickelte, in eine systematische Form zu bringen. Das Ergebnis ist in manchem erwartbar – etwa wenn es um die politische Anthropologie geht oder um die Faktoren, die Ordnung und Konflikt bestimmen – in manchem aber auch überraschend – zum Beispiel im Hinblick auf die Hochschätzung der Gleichheit. An dieser Stelle wird auch das Interesse des Staatsrechtlers Leisner für seinen Gegenstand nachvollziehbar. Gegen eine starke „neoliberale“ Tendenz bezieht er sich auf eine spezifische Form demokratischer Regierung, die sich bewußt ist, daß sie das Elitenproblem nicht demokratisch lösen kann, daß es einer autoritativen, aber durch das Volk legitimierten Herrschaft bedarf. Die Problematik eines solchen politischen Verfassungskonzepts ist Leisner deutlich, aber er ist darauf aus, den Vorzug hervorzuheben; mit den Worten Napoleons: „Die absolute Gewalt muß nicht lügen; sie schweigt. Die verantwortliche Regierung muß reden, daher verschleiert sie und lügt unverschämt.“

Karlheinz Weißmann

Reaktionäre Einfälle

Louis de Bonald: *Essais und Einfälle*, hg. von Jean-Jacques Langendorf, übersetzt von Peter Weiß, Wien: Karolinger 2006. 107 S., geb, 19 €

Eine Ausgabe von Texten des französischen Denkers Bonald, der als intellektuelles Haupt der Gegenaufklärung gilt, war lange erwartet worden – nun liegt sie endlich in der Bibliothek der Reaktion bei Karolinger vor, in einem schmalen aber gehaltvollen Band. Neben aphoristischen Kurztexen finden sich Erörterungen über Vorurteile, über Sprachen, über die Frage nach dem Nutzen der Philosophie für die Regierung der Gesellschaft, über die Revolution, über Gelehrsamkeit, Unwissenheit und Einfachheit sowie über die Juden. Abgerundet schließlich wird der Band durch einen Beitrag seines lebenden Nachfahren, Jean Vicomte de Bonald, der die tiefe Verwurzelung Bonalds im Katholizismus herausstellt. Bonald betrachtete den Individualismus, das Resultat der Revolution, als einen metaphysischen Irrtum; gegen die falschen Lehren und Systeme des Tages hielt er unbeirrt an der ewigen Wahrheit fest und stellt vor allem die Familie als Fundament der Gesellschaft in den Mittelpunkt und erblickte im Ende der Monarchie das Ende von Zivilisation, Religion, Politik. Bonald verkörpert gegen den kritischen Geist der Analyse den Geist der Synthese. So ist die konservative Skepsis zu verstehen, die in dem Satz zum Ausdruck kommt, „die Gesellschaft würde es noch nicht geben, wenn man darauf hätte warten müssen, daß die Philosophen nur allein über die Definition des Wortes Gesellschaft Einigkeit erzielt hätten.“ Gerade die Erschütterung aller positiven Ideen durch die Philosophie sieht Bonald als deren Schwäche an, die der Religion bei der Regierung der Gesellschaften den Vorrang zukommen läßt.

Till Kinzel

Politisches Denken

Marcus Llanque/Herfried Münkler (Hrsg.): *Politische Theorie und Ideengeschichte. Lehr- und Textbuch*, Berlin: Akademie 2006. 480 S., geb, 29.80 €

Nach 1945 fand die Politikwissenschaft als Demokratiewissenschaft mit einem stark normativen Anspruch Eingang in die deutschen Universitäten. Politische Theorie war in den 2500 Jahren zuvor größtenteils von der Philosophie und später von der Rechtswissenschaft betrieben worden, so daß die neue Einzelwissenschaft mit dem Vorwurf der ungenügenden Fundierung zu kämpfen hatte. Diesem Mangel wollen die Herausgeber des Handbuches gleichsam abhelfen, indem sie ein umfangreiches Kompendium des politischen Denkens von Thukydides und Platon bis Carl Schmitt und Habermas vorlegen. Sinnvoll gegliedert in vier Hauptabschnitte (Das Politische, Politisches Agieren und Akteure der Politik, Politische Institutionen, Politische Normen), die jeweils mit einer Einleitung versehen sind, werden Ausschnitte aus klassischen Texten geboten, deren Länge zwischen einer und vier Spalten schwankt. Die Einleitungen, die von den beiden Herausgebern sowie Harald Bluhm und Matthias Bohlander stammen, sind als vorangestellte Kommentare zu den Quellen zu verstehen. Sie stellen historische Bezüge her und geben den Interpretationsrahmen vor. Kurzbiographien und ein Register runden das Handbuch ab, so daß ein wirklich brauchbares und in sich gelungenes Werk entstanden ist. Eine Einschränkung dieses Urteils bezieht sich auf die normative Fundierung des Buches, die sich nicht von der Fixierung auf die gegenwärtige Demokratieform freimachen kann und damit viele Anregungen, die in den Quellen enthalten sind, nur als Negativfolie gelten läßt, vor der die nicht zu hinterfragende Wahrheit erstrahlt.

Fritz Keilbar

Tocqueville

Alexis de Tocqueville: *Kleine politische Schriften*, hrsg. von Harald Bluhm (Schriften zur europäischen Ideengeschichte, Bd. 1), Berlin: Akademie 2006. 223 S., geb, 49.80 €

Tocqueville gehört selbstverständlich zu den Klassikern der politischen Theorie, insofern kann man nur begrüßen, wenn neben seinen Hauptwerken – *Über die Demokratie in Amerika* sowie *Der alte Staat und die Revolution* – weiteres dem größeren Publikum zugänglich gemacht wird. Das ist jetzt mit den von Harald Bluhm herausgegebenen *Kleinen politischen Schriften* geschehen. Es handelt sich dabei um Vorträge und Aufsätze, die zwischen 1841 und 1852 zu ganz verschiedenen Anlässen abgefaßt wurden, die aber wesentliche Themen behandeln, die auch Gegenstand der großen Untersuchungen Tocquevilles waren. Besondere Aufmerksamkeit verdienen in diesem Zusammenhang der „Bericht über die Demokratie in der Schweiz“, der sich auf die Gegenüberstellung von direkter und repräsentativer Demokratie bezieht, die „Denkschrift über den Pauperismus“, die auch auf das Problem „neuer Armut“ in der Massengesellschaft Bezug nimmt, und das Referat „Über die politische Wissenschaften“. Die politische zählte Tocqueville zu den „moralischen“ Wissenschaften, die es letztlich immer nur mit einem Problem zu tun hätten: dem Menschen. Das erkläre ihre Komplexität einerseits, ihre Überraschungslosigkeit andererseits: „Es ist unglaublich, wie viele Vorstellungen über Moral und Politik nacheinander entdeckt, vergessen, wieder aufgegriffen und abermals vergessen wurden, um etwas später erneut die Welt zu bezaubern oder zu überraschen, als ob sie neu seien, und so die Unwissenheit der Menschen, nicht aber die Produktivität des menschlichen Geistes zu bezeugen.“

Karlheinz Weißmann

Politische Repräsentation oder Demokratie

Bernard Manin: *Kritik der repräsentativen Demokratie*, Berlin: Matthes & Seitz 2007. 288 S., geb mit SU, 28.90 €

Vieles darf kritisiert werden – außer der Demokratie. So steht der „Demokrat“ über den Dingen und seine repräsentative Regierungsform bedarf gerade deshalb einer Analyse. Diese liefert Bernard Manin, Professor für politische Philosophie. Sein nüchterner Blick zielt auf das Repräsentations-Axiom. Was wir heute unter „Demokratie“ verstehen, ist Folge der Revolutionen in Amerika und Frankreich, doch keine „Regierung des Volkes“. Manin stellt dar, daß Verfassungstheoretiker in der Repräsentativität ab 1789 keine Demokratie sahen. Er reflektiert politische Selbstverständlichkeiten kritisch. Bei der repräsentativen Regierungsform seien die Bürger zwar Quelle politischer Legitimation, nicht aber amtsberechtigt. Bis auf Carl Schmitt, der diesen Antiegalitarismus erkannt habe, ignoriert Manin dabei die deutsche Demokratiediskussion. Er beweist, daß die repräsentative Demokratie keine volkliche Selbstregierung, sondern ein System ist, in dem die Politik nur zum Gegenstand des Urteils der Wähler wird, die Kluft zwischen Volk und Regierung aber bleibt. Hier hätte er die kontinentalen Projekte Fichtes und Hegels herausheben können, waren diese gleichwohl auf die reale und transzendente Konvergenz von Regierenden und Regierten, auf Identität von Ich und Nicht-Ich im absoluten Ich, von Partizipation und Repräsentation bedacht. Versöhnlich wirkt das Nachwort dieser deutschen Ausgabe, welches eine Auswertung erodierender Stammwählerschaften bietet. Repräsentativer Populismus und strukturelle Unsachlichkeit zeigen, daß konstruktiv gemeinte Demokratiekritik Zukunft hat.

Daniel Bigalke

Existenzerhellung

Erik Lehnert: *Die Existenz als Grenze des Wissens. Grundzüge einer Kritik der Philosophischen Anthropologie bei Karl Jaspers*, Würzburg: Ergon 2006. 268 S., kt, 34 €

Karl Jaspers, einst viel gelesen und geschätzt, glänzt in der aktuellen philosophischen Diskussion durch Abwesenheit. Diese Diagnose führt Lehnert zu der Frage, ob dies berechtigt ist und wo gegen den Trend doch Anknüpfungspunkte für die Frage nach dem Menschen zu finden sind. Er rekonstruiert dazu in mehreren Schritten die fundamentale Kritik an jeder Philosophischen Anthropologie, da diese Jaspers zufolge den Menschen immer stärker festschreibe als es gerechtfertigt ist. Die Existenz des Menschen ist die notwendige Grenze seines Wissens, weil der Mensch „immer noch mehr ist, als er von sich weiß“, er sich niemals vollständig begreifen kann. Das lebendige Dasein des Menschen, auf das es gerade ankomme, könne durch Philosophische Anthropologie nicht erfaßt werden. Man mag zweifeln, ob Jaspers' Kritik an sich haltbar ist, weil ja die individuelle Existenz sich nicht von den grundlegenden Parametern des Menschseins trennen läßt – wertvoll ist aber Jaspers' Betonung des Unverfügbaren des Einzelnen, worin Lehnert zu Recht ein Regulativ gegen die Funktionalisierung und Nivellierung des Menschen nach dem Tode Gottes erblickt. Jaspers zielt nicht auf ein Menschenbild, sondern auf die Erhellung der menschlichen Existenz im Vollzug der Frage, wie wir leben sollen. Stets mitgedacht dabei ist die Möglichkeit, ja Unausweichlichkeit des Scheiterns, denn Existenz ist etwas, das in einem Kampf errungen werden muß. Wir müssen, so appelliert Jaspers an den Einzelnen, das Wagnis auf uns nehmen, das Rätselhafte zu wählen und so die Freiheit zu vergrößern.

Till Kinzel

Anti-Idylle

Till Kinzel: *Die Tragödie und Komödie des amerikanischen Lebens. Eine Studie zu Zuckermans Amerika in Philip Roths Amerika-Trilogie*, Heidelberg: Winter 2006. 266 S., geb, 38.00 €

Der 1939 in Newark geborene jüdisch-amerikanische Autor Philip Roth verwendet als „Markenzeichen“ seiner Romane oft die Figur Nathan Zuckerman. Durch Zuckermans Blick wird auch Roths „Amerika-Trilogie“ erzählt, die sich verschiedenen Epochen der US-Nachkriegsgeschichte widmet. In *Amerikanisches Idyll* (1997) wird das nach außen harmonische Familienleben eines ehemaligen Football-Helden und Geschäftsmanns dekonstruiert. *Mein Mann der Kommunist* (1998) schildert die Geschichte eines Verrats während des Kalten Krieges, die Denunziation eines Schauspielers durch die eigene Ehefrau. *Der menschliche Makel* (2000) – die Lebensbeichte eines schwarzen Professors, der sich für seine Karriere als Jude tarnte und doch mit „Rassismus“-Vorwürfen konfrontiert wird – ist eine Auseinandersetzung mit Lebenslügen in Zeiten der *Political Correctness*.

Eben diese Trilogie untersucht Till Kinzel in seiner, 2005 an der TU Berlin angenommenen, Habilitationsschrift hinsichtlich der kritischen Kulturdiagnose der US-Gesellschaft. Mit Sympathie bemerkt Kinzel in Roths Werk „reaktionäre“ Züge, filtert heraus, wie Roth das zwanzigste Jahrhundert als „veritable Anti-Idylle“ präsentiert, er der Wahrheit gegenüber der moralischen Rigorosität des „bedenkenlos guten Gewissens“ den Vorrang einräumt, er schließlich den Menschen als ein utopischer oder emanzipatorischer Pädagogik unzugängliches Wesen wertet. Vergleiche zu Autoren wie Nietzsche, Kundera, Houellebecq oder Camille Paglia belegen diese Einordnung überzeugend.

Claus-M. Wolfschlag

Memento Gulag

Renato Cristin (Hrsg.): *Memento Gulag. Zum Gedenken an die Opfer totalitärer Regime*, Berlin: Duncker & Humblot 2006. 108 S., br, 34.00 €

Das schmale Bändchen versammelt Redebeiträge der dritten Tagung zum Gedenken an die Opfer totalitärer Regime, die gemeinsam vom italienischen Kulturinstitut, der Vereinigung *Comitatus pro Libertatibus* und der Konrad-Adenauer-Stiftung 2005 in Berlin veranstaltet wurde. Die Idee der Veranstalter, die bisher unausgewogen auf den Nationalsozialismus ausgerichtete Gedenkpolitik der letzten Jahrzehnte nun endlich auch auf die zweite prägende Totalitarismusform des zwanzigsten Jahrhunderts, den stalinistischen Realsozialismus auszudehnen, ist lobenswert. Wie nicht anders zu erwarten, mahnten die anwesenden Politiker, mit der Erinnerung an die Gulag-Opfer dürften nicht die Verbrechen des Nationalsozialismus relativiert werden.

Sandra Kalniete betont durch Schilderung ihres persönlichen Deportationsschicksals, wie eng die nationale Identität der jungen Staaten Ostmitteleuropas durch das traumatische Erlebnis der Verbrechen des sowjetischen Totalitarismus geprägt worden ist. Vladimir Bukowski weist auf die Gefahr hin, die der Humanität von einer angeblich die Menschheit beglückenden Utopie drohe, wobei es keinen Unterschied mache, ob es um den Kommunismus oder die Europäische Union gehe.

Der exzellente Beitrag von Hubertus Knabe zur deutschen Erinnerungskultur und dem wichtigen Hinweis, daß der Gulag bis nach Mitteldeutschland reichte, rundet den Band ab.

Zum Schluß muß einmal mehr die Frage gestellt werden, warum ein Verlag der Verbreitung seiner Publikationen durch einen derart hohen Verkaufspreis von vornherein so enge Grenzen setzt.

Olaf Haselhorst

POLITIK UND ZEITGESCHICHTE



ISBN
978-3-902475-23-7
David Hebditch /
Ken Connor
**WIE MAN
EINEN MILITÄR-
PUTSCH
INSZENIERT**
Von der Planung
bis zur Ausführung
224 Seiten, Karten
und Faksimiles im
Text, Hardcover
€ 19,90

Allein in den letzten
5 Jahren wurden
weltweit mehr als

30 oft erfolgreiche Staatsstriche durchgeführt. Anhand zahlreicher Beispiele geht dieses Buch der Frage nach, welche politischen und sozialen Bedingungen zu Militärputschen führen und welche Faktoren für ihren Erfolg ausschlaggebend sind. Dabei wird auch die Rolle der CIA analysiert, über deren Tätigkeit in einigen südamerikanischen und afrikanischen Ländern erstaunlich viel Material existiert.



ISBN
978-3-902475-03-9
Wolfgang Dewald /
Klaus Motschmann
(Hg.)
**KIRCHE –
ZEITGEIST –
NATION**
Gewandelte
Religion, verändertes
Volk?
256 Seiten,
Hardcover
€ 19,90

Das Verhältnis der
christlichen Kirchen
zu Staat und Nation

im modernen Europa wird von verschiedenen Gesichtspunkten aus beleuchtet. Stichworte wie Nationalismus, Migrationsdruck und multikulturelle Gesellschaft, die Herausforderung durch den Islam und die Zukunft der Europäischen Union werden behandelt, aber auch Themen wie Familienpolitik und Mission aufgegriffen. Renommiertere katholische und evangelische Publizisten nehmen Stellung.



ISBN
978-3-902475-13-8
Franz Uhle-Wettler
RÜHRT EUCH!
Weg, Leistung und
Krise der
Bundeswehr
216 Seiten,
zahlreiche S/W-
Abbildungen,
Hardcover
€ 19,90

General Uhle-
Wettler ist Kennern militärhistorischer Literatur in Deutschland
bestens bekannt. In diesem sehr persönlichen Buch erzählt er erst-
mals von seinen eigenen Erfahrungen mit der Bundeswehr, der er seit
ihrer Gründung 1955/56 angehörte. Wie sich die Bundeswehr seither
entwickelt hat und aus welchen Gründen man heute von einer „Krise
der Bundeswehr“ sprechen kann, ist Thema dieses Buches.



ISBN
978-3-902475-30-5
Ulrich March
**KLEINE
GESCHICHTE
DEUTSCHER
LÄNDER**
Regionen, Staaten,
Bundesländer
296 Seiten, S/W-
Abbildungen,
Hardcover
€ 19,90

Die große regionale
Vielfalt Deutschlands wurzelt schon im Zusammenwachsen verschie-
dener germanischer Stämme zum deutschen Volk, aber auch in der
späteren politischen Entwicklung, als in Deutschland große Fürsten-
tümer und kleinste Territorien, freie Reichsstädte und geistliche
Herrschaftsgebiete, katholische und evangelische Länder nebenein-
ander existierten. Unterschiedliche kulturelle, wirtschaftliche und
soziale Entwicklungen waren die Folge.

ARES VERIAG GmbH

Erhältlich in Ihrer Buchhandlung oder gleich direkt im Versand über: Bücherquelle Buchhandlungsgesellschaft m.b.H., Hofgasse 5, A-8011 Graz,
Tel.: +43/316/821636, Fax: +43/316/835612, E-Mail: office@buecherquelle.at, www.buecherquelle.at

Sagenhallen

Der Maler Hermann Hendrich (1854–1931) ist einer ähnlichen Geisteshaltung wie Fidus, Fahrenkrog oder Stassen zuzuordnen. Während letztere uns noch des öfteren als Illustratoren in Büchern begegnen, ist Hendrich dort nur sehr vereinzelt präsent. Bekannt ist Hendrich dagegen für



seine Ausschmückungen romantischer Sagenhallen. Zwischen 1901 und 1926 wurden vier Stück errichtet, von denen zwei noch heute existieren: die Walpurgishalle in Thale/Harz und die Nibelungenhalle in Königswinter bei Bonn. Ziel dieser Hallen war es, deutsches Sagengut an einem Ort anschaulich zu bewahren, um damit gleichsam die übergeschichtliche Identität zu stärken. Bei der Ausführung war die Idee eines Gesamtkunstwerks leitend, dem sich Architekt, Bildhauer und Maler unterordneten. Dem Werk und der Person Hendrichs, aber vor allen Dingen dem Erhalt der Hallen widmet sich seit einiger Zeit ein Förderverein, der mit www.nibelungen-hort.de über eine gelungene und informative Netzseite verfügt.

Islam und Verfassungsschutz

Prof. Dr. Dietrich Murswiek, Geschäftsführender Direktor des Instituts für Öffentliches Recht an der Universität Freiburg, beschäftigt sich schon seit längerem mit der Problematik der „Verdachtsberichterstattung“ des deutschen Verfassungsschutzes, besonders auch im Zusammenhang mit dem Fall der Wochenzeitung *Junge Freiheit*. Nun hat er seine differenzierten juristischen Überlegungen auch auf das Verhältnis von Islam und Verfassungsschutz angewendet. Ein Ende 2006 gehaltener Vortrag wird demnächst als Beitrag in einem Sammelband erscheinen (Janbernd Oebbecke/Bodo Pieroth [Hrsg.]): *Islam und Verfassungsschutz* [Islam und Recht;

6], Frankfurt am Main: Peter Lang 2007) und ist jetzt schon abrufbar unter: www.jura.uni-freiburg.de/institute/ioeffr3/forschung/papers/murswiek/IOER_VSB-Funktionen_Preprint.pdf

Heidnisches Jahrbuch 2007

In der letzten *Sezession* wurde auf das *Heidnische Jahrbuch 2006* hingewiesen. Mittlerweile ist der Band 2 für 2007 erschienen. Auch in diesem Fall scheint uns ein Hinweis sinnvoll, ganz gleich, ob man die Generaltendenz billigt oder nicht. In jedem Fall enthält das *Jahrbuch* wertvolle Beiträge: über die kleine naturreligiöse Gemeinschaft der „Mari“ in Rußland (von Ulrike Kahrs), den Perchten-Kult in Süddeutschland (von Thomas Lückewerth), die Interpretation der antiken Mysterien (von Reinhard Falter) oder Georges *Lieder vom Wote* (von Baal Müller). Zu beziehen über info@daniel-junker.de beziehungsweise Verlag Daniel Junker, Postfach 62 04 52, 22404 Hamburg.

Karl Kraus

Die österreichische Akademie der Wissenschaften hat die Zeitschrift *Die Fackel* von Karl Kraus im Volltext digitalisiert. Karl Kraus gründete die *Fackel* als Ein-Mann-Zeitschrift und als Plattform für seine verqueren, aber mitunter witzigen Ansichten. Kraus, ein Wiener Jude und verbittert-bissiger Egomane, galt als Proponent des „jüdischen Selbsthasses“, weil er scharf gegen die ins Deutsche Reich und nach Österreich



einwandernden Ostjuden polemisierte. Adorno gab nach dem Krieg dem „jüdischen Selbsthaß“ von Karl Kraus eine Mitschuld am Antisemitismus. Unfreiwillig habe Karl Kraus den Antisemiten der Vorkriegszeit Argumente geliefert. Hier zu stöbern lohnt sich, nicht zuletzt weil

Kraus ein Virtuose der deutschen Sprache war: <http://corpus1.aac.ac.at/fackel>

Erziehungstrends

Seit ca. einem Jahr gibt es die Initiative „Erziehungstrends“ der Stiftung Freie Schulen Berlin-Brandenburg, betreut von Horst Hennert, der vor allem als Herausgeber der „Gelben Reihe“ bekannt ist, eine unter dem offiziellen Namen *Pädagogik und freie Schule* mit weit über 100.000 Exemplaren bei derzeit 61 Titeln und 10 Sammelbänden in vielen erziehungswissenschaftlichen Fakultäten, Seminaren und Schulen

vertretene Publikation, die sich zur Aufgabe gemacht hat, die „Normen und Werte des christlichen Welt- und Menschenbildes, das die Tradition der abendländischen Kultur geschaffen und geprägt hat“ neu zu begründen – gegen das Gedankengut, das infolge der 68er Revolution in die Schul- und Bildungspolitik eingedrungen ist. Einige Bände kann man bei www.erziehungstrends.de kostenlos als pdf-Datei herunterladen. Die Seite bietet allerdings noch viel mehr interessante Informationen rund um die Themen Ehe, Familie, Erziehung, Bildungspolitik und Wertevermittlung, darunter eine wöchentliche Presseauswertung, Rezensionen, ein Jugendforum und Dossiers („Charakterbildung durch die Eltern“, „Sexualität und Person“).



Wirklichkeitsmacht der Allgemeinen Deutschen Glaubensbewegung der Gegenwart (zusammen mit Manfred Boge *Volk ringt um Gott*, 197 S., geb., 18.00 €). Besonders verdienstvoll ist der

Nachdruck von Georg Quabbes *Tar a Ri* (190 S., geb., 16.00 €), ein Buch, das man zu den wichtigsten konservativen Schriften des zwanzigsten Jahrhunderts zählen muß und das im Antiquariatshandel praktisch unauffindbar geworden ist. Bestellungen unter: www.antaio.de

KR im Reprint

Auf die im Verlag Uwe Berg erscheinende Reihe *Quellentexte zur Konservativen Revolution* wurde in der *Sezession* schon mehrfach hingewiesen. Jetzt sind erneut drei Bände zu annonciieren: Ludwig Fahrenkrogs *Deutsches Buch*, (154 S., geb., 4 Tafeln, 18.00 €), eine Art heidnische „Dogmatik“, sowie die wichtigste zeitgenössische Darstellung der Deutschgläubigen aus sympathisierender Sicht, Heinz Bartschs *Die*

Internet-Radio

Auf professionelle und angriffslustige Art und Weise ist das Internetportal www.blauenarzisse.de derzeit dabei, ein erstes Internet-Radio von rechts aufzubauen, ein sogenanntes *podcast*. Monat für Monat sollen rund zehn Minuten Berichterstattung und Kommentare hörbar gemacht werden. Nebenbei findet sich über die Notwendigkeit des Aufbaus solcher nicht-sichtbaren Organisationsstrukturen einiges sehr Lesenswertes auf der Seite.

Sezession

Von 2007 an erscheint Sezession sechsmal im Jahr: drei Themenhefte (Februar, Juni, Oktober) im Wechsel mit drei freien Heften (April, August, Dezember). Jedes Heft umfaßt 56 Seiten sowie – das ist neu! – einen vierseitigen Bilddruckteil.

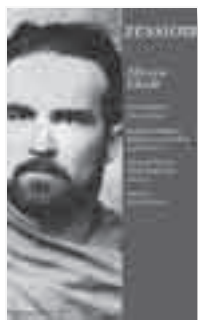
Der Abonnementpreis erhöht sich proportional auf 45,00 Euro inklusive Versand für den gesamten Jahrgang.

Schüler, Studenten und Wehrpflichtige bezahlen mit Nachweis 30,00 Euro.

Wer Sezession fördern möchte, kann dies mit einem politischen Abonnement tun: Er bezahlt 75,00 Euro für sechs Hefte.

Anschrift von Redaktion und Vertrieb:
Sezession, Rittergut Schnellroda,
06268 Albersroda
Tel/Fax: (034632) 9 09 42
www.sezession.de

Heft 16: Themenheft Mircea Eliade



Heft 17: freies Heft



Heft 18: Themenheft Christentum



„Unverzichtbar für jeden Konservativen, der mitdenken will“ (Junge Freiheit)

„Pflichtlektüre der neurechten Intelligenz“ (Tagesspiegel)

Heft 19: freies Heft



Heft 20: Themenheft Alternativen



Heft 21: freies Heft



STAATSPOLITIK — Der Einstieg gelingt mit Carl Schmitts „Begriff des Politischen“ (1927): Bis ins achtzehnte Jahrhundert, so Schmitt, hatte der Staat das Monopol des Politischen. Er stand bis ins zwanzigste Jahrhundert zumindest als klar unterscheidbare Macht über der Gesellschaft. „Dagegen wird die Gleichung Staatlich = Politisch in demselben Maße unrichtig und irreführend, in welchem Staat und Gesellschaft sich gegenseitig durchdringen, alle bisher staatlichen Angelegenheiten gesellschaftlich und umgekehrt alle bisher ‚nur‘ gesellschaftlichen Angelegenheiten staatlich werden, wie das in einem demokratisch organisierten Gemeinwesen notwendigerweise eintritt.“ Dieser Knoten ist nicht mehr aufzulösen. Jedoch bleiben Staat und Politik menschliche Ordnung und inmitten der Krise vielleicht am ehesten greifbar, weil sie als Institutionen doch noch spürbar über dem Einzelnen stehen. Und immer muß klar sein: Eine bestehende Institution ist zunächst einmal besser als keine.

Ein Staat ist die Form eines in „territorialer Geschlossenheit“ lebenden Volkes, sagt Schmitt. Drei daran gebundene Implikationen sind wichtig: Staatsgebiet, Staatsvolk und Staatsgewalt. Nur bei dieser Dreierheit kann von einem Staat die Rede sein. Politik ist ein Mittel, um Institutionen zu erhalten, das heute, gemäß der Definition Max Webers, an den Staat gebunden ist. Der Begriff der Politik ist zudem von der antiken Polis abgeleitet und hat damit nicht zuletzt die Bedeutung einer öffentlichen Sache, die alle dazu Befähigten angeht. Staatspolitik ist also nicht nur Politik des Staates, sondern auch Politik für einen Staat und sollte sich zudem auch deutlich von anderen Politikbegriffen unterscheiden: vor allem von dem der Parteipolitik, die den Hang hat, den Staat zu beschneiden und die eigenen Interessen für die des Staates auszugeben.

„Das Politische zu ergreifen ist so sehr Sache eines hohen menschlichen Ranges, daß kaum zu erwarten ist, jemand werde der hohen Aufgabe gewachsen sein.“ (Karl Jaspers) Und so versagen viele. Entweder ist es ihnen egal, oder sie finden Befriedigung am lärmenden Dabeisein. Die alte Selbstverständlichkeit, mit der der Staat in der von Carl Schmitt beschriebenen Weise noch Gehorsam und Mitarbeit einfordern konnte, ist erledigt. Die Bereitschaft muß also in jedem selbst geweckt werden. Hinzu kommt, daß Staatspolitik unbefriedigend ist, weil sie keinen endgültigen Zustand zu erzeugen vermag. Sie scheitert notwendig immer wieder. Und dennoch besteht gerade darin die Forderung des „eigentlichen Staatsbewußtseins“, es immer wieder zu versuchen. Das Politische ist nichts, was man festhalten kann, und der Staat ist keine Selbstverständlichkeit – um seinen Erhalt muß vielmehr ständig und immer wieder neu gekämpft werden. *Erik Lehnert*

ZUERST VERWIRREN SICH DIE
WORTE, DANN VERWIRREN
SICH DIE BEGRIFFE, UND
SCHLIESSLICH VERWIRREN SICH
DIE SACHEN. (KONFUZIUS)

CURRICULUM DEXTRUM — Rechts, konservativ zu denken und zu sein: das kann man lernen. Gewiß ist es nicht jedem gegeben, die seltsam simple und zugleich schwierige Lehre eines „Blicks von rechts“ auf die Welt anzunehmen und anzuwenden; aber das ändert nichts an der Tatsache, daß es über ein *curriculum dextrum* (einen „Lehrplan für Rechte“) möglich ist, ein Rechter zu werden. Den Weg dieser Verwandlung skizzierte unnachahmlich einer der Vordenker der Rechten, Armin Mohler:

„Ein Rechter wird man durch eine Art von ‚zweiter Geburt‘. Man hat sie durchlebt, wenn man sich – der eine früher, der andere später – der Einsicht öffnet, daß kein Mensch je die Wirklichkeit als Ganzes zu verstehen, zu erfassen und zu beherrschen vermag. Diese Einsicht stimmt manchen melancholisch, vielen aber eröffnet sie eine wunderbare Welt. Jedem dieser beiden Typen erspart sie, sein Leben mit Utopien, diesen Verschiebebahnhöfen in die Zukunft, zu verplempern.“

Wir behaupten, daß das Institut für Staatspolitik der Ort für glückende „zweite Geburten“ im Mohlerschen Sinne ist. Die Akademien, die intensiven Gespräche, die Atmosphäre unserer seminaristischen und publizistischen Arbeit: das alles fordert von den Teilnehmern und Lesern den Abschied von der politischen Naivität und fördert die Hinwendung zu einer gebrochenen, aber erst dadurch besonderen,

fruchtbaren Sicht auf die Dinge.

Das Gebrochene ist die Erkenntnis, daß die Welt nicht aufgeht, daß Wirklichkeit und menschliches Denken nie zur Deckung zu bringen sind, und daß derjenige, der es doch versucht, den Menschen verfehlt. „Die Geschichte ist eine Schule der Demut“ (Armin Mohler). Was ist fruchtbar an dieser Einsicht? Fruchtbar daran ist, daß mit dem gütigen Blick auf das Ungereimte, das nie Fügbar der Welt, die begrenzte, konkrete Tat in den Vordergrund rückt. Hier hat der Realismus rechten Seins und Denkens seinen Ursprung.

Wie sähe ein *curriculum dextrum* aus, das zur „zweiten Geburt“ verhilft? Gerade ein Rechter hat ja einen Kosmos, das heißt: einen Begriff von dem, was gegeben ist. Sein Kosmos orientiert sich an Leitbegriffen: Gott, Mensch, Ursprung, Natur, Ordnung, Geschichte. Diese Kategorien geben ihm den Maßstab an die Hand, mit dem er das Geschwätz vom Wort scheiden vermag.

Konkret: ein Jahrgang mit zehn Schülern und Studenten, ein Programm, das zur „zweiten Geburt“ verhilft, verteilt auf vier Seminare, ordentlich Lektüre, eine Hausarbeit und ein Praktikum im Institut. Das wird das *curriculum dextrum*. Wir beginnen im Herbst. *Götz Kubitschek*